



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

### Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

### About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



## Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

## Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

## Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

D

517.

B 84

B 477440

LUJO  
BRENTANO

173

DER VERGLEICH  
UND

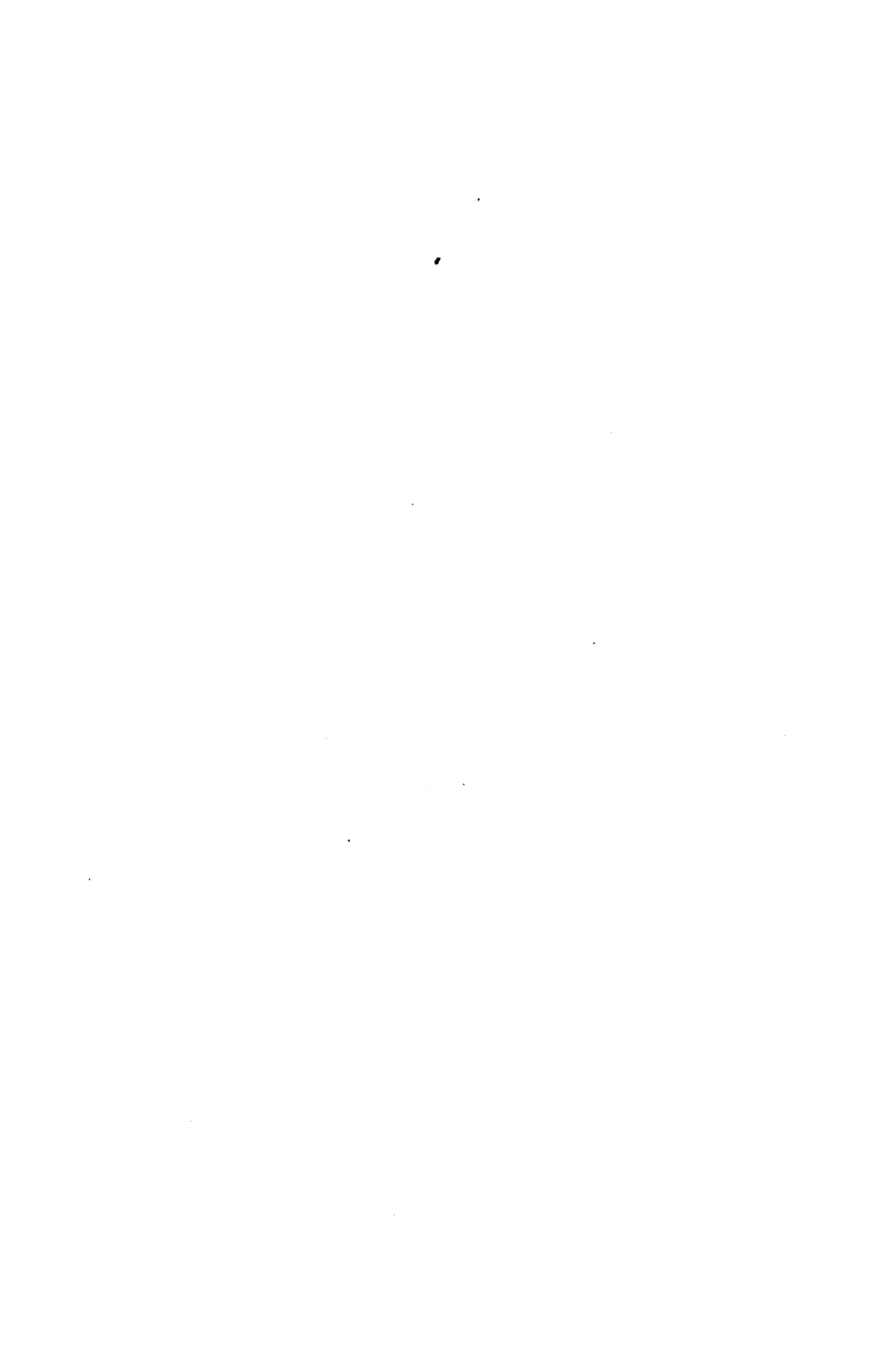
E. D. MOBEL



90

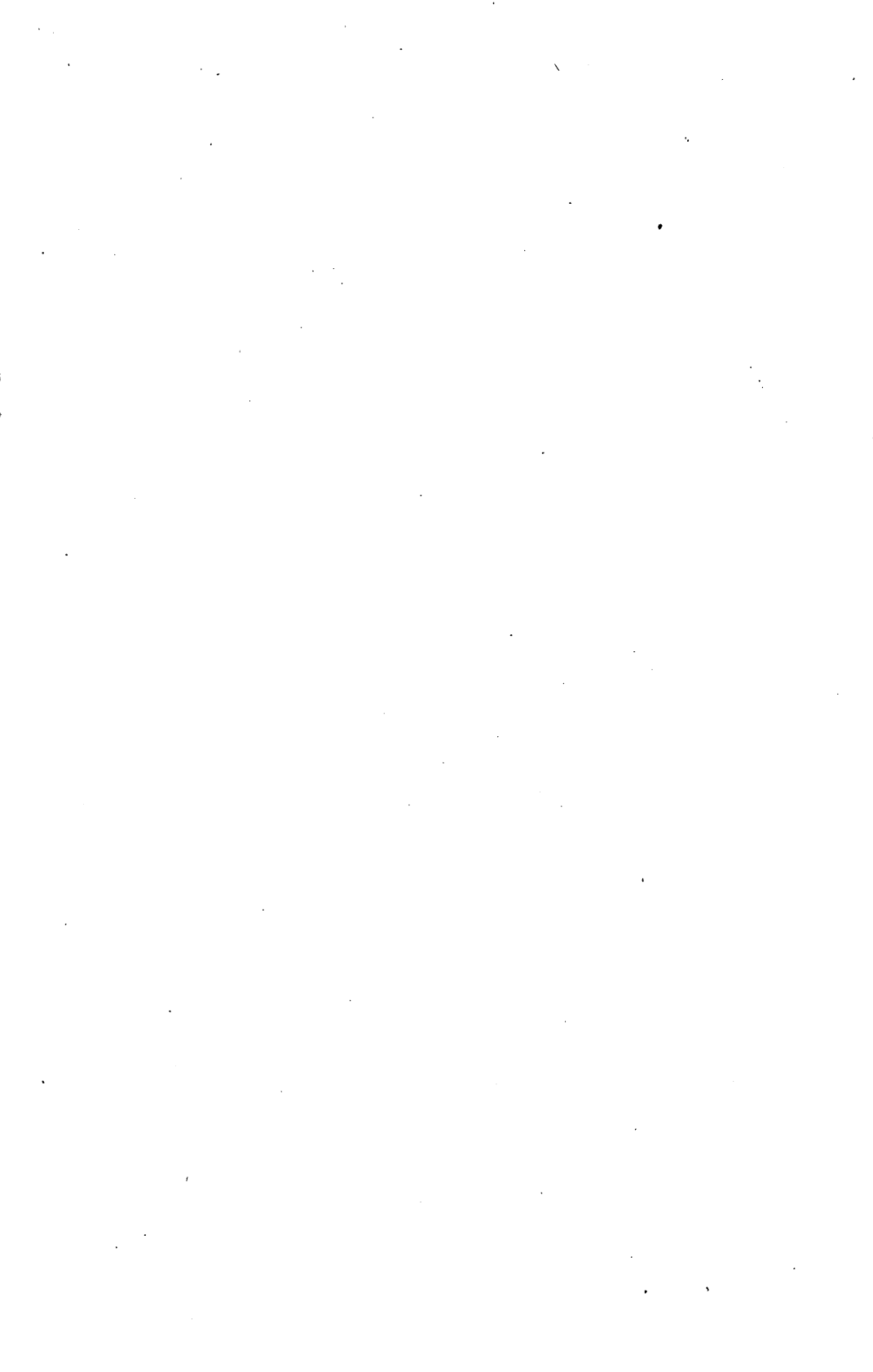
DREI·MASKEN·VERLAG·MÜNCHEN







173





**BÜCHEREI FÜR POLITIK UND GESCHICHTE  
DES DREI MASKEN VERLAGES**

---

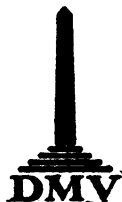
**BRENTANO / DER WELTKRIEG UND E. D. MOREL**





LUJO BRENTANO  
**DER WELTKRIEG**  
UND E. D. MOREL

EIN BEITRAG  
ZUR ENGLISCHEN VORGESCHICHTE  
DES KRIEGES



1 9 2 1

---

DREI MASKEN VERLAG MÜNCHEN



LUJO BRENTANO

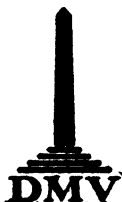
# DER WELTKRIEG

UND E. D. MOREL

EIN BEITRAG

ZUR ENGLISCHEN VORGESCHICHTE

DES KRIEGES



1 9 2 1

---

DREI MASKEN VERLAG MÜNCHEN

D  
517  
.B84

Alle Rechte vorbehalten

\*

Copyright 1921

by Drei Masken Verlag A.-G.  
München

0771D1  
19245

*Gen. Lit.  
Corp. Acq. Fr. Publ.  
3-15-47  
55179*

„Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung unrecht tat. Wohl besaß ich nicht das felsenfeste Vertrauen Delbrücks in die Klarheit und Wohlüberlegtheit ihres Programms, immerhin nahm ich an, daß sie sich der sinnenfälligen Konsequenzen ihres Vorgehens klar bewußt war, als sie sich zur Unterstützung Oesterreichs entschloß. Dann aber konnte man auf Grund der bekannten Tatsachen nur zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschland den Weltkrieg 1914 gewollt hatte, ihn planmäßig herbeiführte. Zu erklären war dieser Krieg nur als Präventivkrieg.“

„Ich war sehr überrascht, als ich in die Akten Einsicht bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht. Delbrück findet denn auch, daß für ‚den aufmerksamen Leser‘ Kautsky nicht der Ankläger, sondern der Verteidiger der deutschen Regierung ist.“

„Aber für seine Bedürfnisse bin ich das nicht absolut genug. Ich bin es nämlich nur nach der, man kann sagen, kriminalistischen Seite der Sache. Um so weniger bin ich es nach der intellektuellen Seite. Ich werde zum Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber, die sie als großen Verbrecher behandeln will. Ich werde um so mehr zu ihrem Ankläger dem deutschen Volke gegenüber. Die Entstehung des Weltkriegs zeigt uns in Deutschland ein Regierungssystem, das im Lande der Dichter und Denker, der höchsten wissenschaftlichen Leistungen, zur politischen Führung Elemente berief, die von solcher Unfähigkeit oder Streberhaftigkeit oder Leichtfertigkeit waren, daß sie sinnlos das Volk in ein Abenteuer hineinritten, aus dem sie schließlich keinen anderen Ausweg mehr fanden als die Kriegserklärung an Rußland und Frankreich, und durch das sie und die ganze Nation in den Abgrund gerissen wurden.“

Karl Kautsky, Delbrück und  
Wilhelm II. Berlin. p. 37.

## INHALT:

	Seite
I. Die zwei Arten von Engländern . . . . .	7
II. Wer ist Morel? . . . . .	14
III. Marokko und die Entente zwischen England und Frankreich .	25
IV. Morel und der Weltkrieg . . . . .	69

### Anhang

I. Im Gefängnis Pentonville . . . . .	84
II. Äußerungen britischer Stabsoffiziere über den Weltkrieg .	99



---

## I. DIE ZWEI ARTEN VON ENGLÄNDERN

„Die ganze Vorstellung vom ‚politischen Gleichgewicht‘ ist ein unheilvoller Wahn, den wir aus vergangenen Zeiten übernommen haben; wir sollten ihn aus unserer Denkweise vertreiben und die schwerwiegende Frage, ob Krieg oder Frieden, auf Grund klarerer, präziserer und sehr viel höherer Grundsätze betrachten, als die sind, die irgendwie in dem Schlagwort ‚politisches Gleichgewicht‘ enthalten sind.“

John Bright, Rede im Unterhaus am 31. März 1854.

**A**uf einem losen Blatte im Nachlasse Kants steht geschrieben: „Die englische Nation, als Volk betrachtet, ist das schätzbarste Ganze von Menschen im Verhältnis untereinander; aber als Staat gegen fremde Staaten der verderblichste, gewaltsamste, herrschsüchtigste und kriegserregendste von allen.“

Als Kant das letztere schrieb, hatte er jene arroganten, tapferen und findigen Männer vor Augen, die seit den Tagen der Normannen das englische Imperium aufgebaut haben. Rücksichtslos kennen sie kein Recht anderer, wo ein englisches Interesse in Frage kommt. Die fast tausendjährige Vergewaltigung Irlands ist dafür das noch heute lebende Zeugnis. Mit zäher Ausdauer haben sie seit Eduard III. die Seeherrschaft erstrebt, nicht nur um die Verbindung ihrer Insel mit der ganzen Welt sicherzustellen, sondern auch den Handel jedes Rivalen, der ihnen unbequem wurde, vernichten zu können. Mit Virtuosität haben sie es seit Heinrich VIII. verstanden, sich in den Streit anderer Nationen einzumischen, angeblich, um das europäische Gleichgewicht aufrechtzuhalten, in Wirklichkeit, um die Wagschale zu ihrem Vorteil sinken zu machen. Sie sind nicht davor zurückgeschreckt, Staaten, mit denen sie in Frieden lebten, zu überfallen, um ihnen etwas, was sie begehrten, zu entreißen, wie z. B. Karl II. die Holländer, um aus Neu-Amsterdam New York zu machen, und nur allzu treffend läßt der zu Kants Zeit

lebende Hamburger Büsch 1797 die Briten sagen: „Seit nur 144 Jahren zählen wir 66 Jahre der blutigsten Seekriege außer den einzelnen Jahren, in denen die gekränkte Ehre Albions uns reizte, unseren Widersachern bloß zu drohen und sie dadurch zur Nachgiebigkeit zu zwingen.“ Nicht anders im 19. Jahrhundert. Gleich zu Beginn des Bombardement Kopenhagens, um Dänemark seiner Seemacht zu berauben. Dann die gewaltsame Ausdehnung des britischen Reiches in Asien und Afrika, die Aneignung Ägyptens, der Burenkrieg. Daß noch heute derselbe Geist die britische Marine beseelt, zeigt der Rat, den der britische Seelord Fisher Eduard VII. gegeben hat, ohne Kriegserklärung über Kiel herzufallen, um sich der deutschen Flotte zu bemächtigen, und sein Plan, in britischen Schiffen russische Truppen nach Pommern zu fahren, um sie dort unter dem Schutz von britischen Panzerschiffen ans Land zu setzen, ein Plan, der schon im Juli 1914 der Ausführung nahe gewesen sein soll <sup>1)</sup>. Vor allem aber zeigt dies die Vernichtung nicht nur der deutschen Kriegsmarine, sondern auch der deutschen Handelsmarine im Versailler Frieden und die Art und Weise, wie England die heroische Torheit von Scapa Flow genutzt hat, um das Wiederaufleben der deutschen Schifffahrt zu erschweren.

Aber Kant ist sich bewußt, daß es außer den von demselben Geiste wie unsere Militärkaste beseelten noch andere Engländer gibt. Selbst in der Sittenlosigkeit der Restaurationsperiode und der Ära der Bestechlichkeit im 18. Jahrhundert war das puritanische Verlangen nicht untergegangen, daß Wahrhaftigkeit, Ehrlichkeit, Gerechtigkeit und, statt der Sonderinteressen Privater, das Wohl der Gesamtheit für das öffentliche Leben maßgebend sein solle. Die Philosophie des 18. Jahrhunderts und die neue Wissenschaft der Nationalökonomie haben es dann auch vom Standpunkt des aufgeklärten Selbstinteresses gerechtfertigt. Sie haben gezeigt, daß es einen Widerspruch zwischen dem dauernden Interesse der Völker und der Sittlichkeit nicht gibt und nicht geben kann. Trotz unzähliger Niederlagen, welche die dieser Erkenntnis entsprechende Politik im Kampf mit der den niederen Instinkten schmeichelnden Gewaltpolitik erlitt, hat sie ihre Gegner Schritt für Schritt zur Durchführung der von ihr gewollten Reformen genötigt. Ihr verdankt England den Schutz des einzelnen gegen politische Willkür, ihr die Beseitigung der Ausbeutung der Kolonien durch das Mutterland, die Abschaffung der Sklaverei in den Kolonien, die Reform des Strafrechts und des Gefängniswesens, die Gewährung der Koalitionsfreiheit an die Arbeiter, die Arbeiterschutzgesetzgebung, die Abschaffung des Protektions- und Sinekurensystems

---

<sup>1)</sup> Siehe Foreign Affairs vom März 1921 p. 144.

im Staatsdienst, die Abschaffung der Staatskirche in Irland und auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens jenen Triumph der Interessen der Gesamtheit über die einzelner Klassen, der nicht nur seinen oberen Zehntausenden, sondern auch der breiten Masse des Volkes einen den aller übrigen Völker übertreffenden Wohlstand gebracht hat. Begreiflich, daß es seit dem 17. Jahrhundert die Bewunderung der Philosophen und das Vorbild fortschrittsfreundlicher Politiker aller Länder geworden ist, das Land, auf das, außer in Irland, allenthalben die Unterdrückten als auf den Hort der Freiheit blickten, das Muster der Landwirte, Kaufleute, Fabrikanten, Arbeiter aller Länder, das Ideal innerer Politik für die edelsten Geister.

Aber es ist nicht so, als ob sich das englische Volk in diesen beiden Arten von Menschen erschöpfte. Ausgesprochene Charaktere bilden im Bösen wie im Guten allzeit die Minderheit. Zwischen beiden Arten steht die Masse der nicht selbständig Denkenden. Sie wird durch das Gefühl bestimmt und flutet bald nach der einen, bald nach der entgegengesetzten Richtung, je nachdem es den Führern der einen oder anderen gelingt, ihre Leidenschaften und ihre Vorstellungen von Gerechtigkeit und von dem, was das Interesse des Landes erheische, für sich zu gewinnen. Sie liebt ihr Land und ist stolz darauf. Ursprünglich wurde sie ausschließlich von den brutalen Instinkten der Gewaltmenschen bestimmt; daher noch heute der Spruch: *My country, right or wrong!* Je mehr aber Gerechtigkeit und Gemeinsinn das innere Leben des Volkes umgestaltet und zu seiner geistigen, sittlichen und materiellen Hebung geführt haben, desto mehr breitet sich die Vorstellung aus, daß sie auch die internationalen Beziehungen der Völker beherrschen sollten. Daher die Notwendigkeit für die Staatsmänner, wenn ein Krieg ausbricht, das Volk zu überzeugen, daß es uneigennützig für eine gute, eine heilige Sache kämpfe. Ohne daß das Volk diese Überzeugung erlangt, ist es nicht möglich, es für den Krieg zu begeistern, und ohne seine begeisterte Mitwirkung keine Aussicht auf Sieg. Daher die Anrufung der Gerechtigkeit der eigenen Sache und die Lügen über die Feinde zu Beginn jeden Kriegs. Nicht um des eigenen Vorteils, sondern eines idealen Ziels willen, in selbstloser Verteidigung von Freiheit und Recht ergreift dann das englische Volk die Waffen. Dabei hat es nie einen Widerspruch darin gesehen, wenn es am Ende eines solchen unter lauter Beteuerung seiner Uneigennützigkeit begonnenen Kriegs sich auf Kosten andrer bereichert findet. Das ist eben ein Gewinn, den es, ohne sich darüber viel Gedanken zu machen, als Lohn seiner Tugend hinnimmt, oder, wenn es sich Gedanken darüber macht, so ist ihm so viel aus der Puritanerzeit haften geblieben, daß es darin nur ein sichtbares Zeichen sieht, daß es sich in der Gnade Gottes

befinde. Nur Böswillige mögen seine Beteuerungen am Beginn jedes Kriegs, daß es lediglich aus idealen Gründen zu den Waffen greife, in Gegensatz dazu zu setzen, wenn ihm dabei in progressiver Beschleunigung die Weltherrschaft zufällt. Übrigens ist es im Interesse der Völker, wenn sie alle dem Einfluß Englands erliegen; denn es kann kein größeres Glück geben, als Engländer zu sein.

So haben die Engländer immer gedacht, und schon im 18. Jahrhundert hat in England der geistvolle Dechant von Gloucester, Josias Tucker, noch dazu ein Tory, die Geißel des Spotts über diese Heuchelei geschwungen <sup>1)</sup>. Auch ist er der erste gewesen, der den Nachweis erbracht hat, daß Friede und Freihandel im Interesse aller Völker gelegen seien; und so überzeugend waren seine Ausführungen, daß kein Oeringerer als Turgot diese seine Abhandlungen ins Französische übersetzt hat. Aber noch saßen die merkantilistischen Anschauungen zu fest, als daß die auf der Gerechtigkeit und dem aufgeklärten Selbstinteresse aufgebaute Lehre der neuen Nationalökonomie dem Ansturm der ererbten, wenn auch schlecht erprobten Anschauungen der Väter gewachsen gewesen wäre, als die Französische Revolution alles, was durch Tradition geheiligt schien, in Frage stellte; man verwarf sie mit anderen Neuerungen; und ebensowenig erfolgreich waren die englischen Liberalen im Parlament, als sie die Aufpeitschung der nationalen Leidenschaften durch Pitt bekämpften. Erst als es nach der Niederwerfung Napoleons galt, die Rechnung des zwanzigjährigen Kriegs zu bezahlen, und Jahrzehnte bitterster wirtschaftlicher Not über das englische Volk hereinbrachen, begann die Ernüchterung. In jener Zeit, da, enttäuscht von der Parlamentsreform von 1832, die Besten aller Parteirichtungen nach einer Erneuerung der Gesellschaft auf idealerer Grundlage strebten, war es der einunddreißigjährige Handlungsreisende Richard Cobden, der, wenn auch ohne die philosophische Vorbildung jener, doch von der gleichen Gesinnung getragen, in demselben Geist, der die Gewalttätigkeit aus der inneren Politik zu bannen bemüht war, an die Neuordnung der internationalen Beziehungen herantrat. Mit von überzeugender Wahrhaftigkeit getragener Beredsamkeit unterzog er 1835 und 1836 in zwei Broschüren die mit der merkantilistischen Handelsbilanzlehre so enge verwachsene Lehre vom politischen Gleichgewicht einer schneidenden Kritik. Nicht nur im Namen der Gerechtigkeit, ebenso in dem des gesunden Menschenverstands wandte er sich gegen die Einmischung Englands in die freie Entwicklung der übrigen Völker. In der Vergangenheit habe sie ihm stets mehr gekostet, als Nutzen gebracht;

---

<sup>1)</sup> Siehe Four Tracts on political and commercial subjects by Josiah Tucker, D. D., Dean of Gloucester. 3. ed. Gloucester 1776. p. 59 ff.

seit es ein überwiegender Industriestaat geworden, sei es sein größtes Interesse, daß die übrigen Völker wirtschaftlich aufblühten, denn nur reiche Völker könnten ihm seine Produkte abkaufen. Freihandel und Friede, den ersterer voraussetze, seien das einzige, was Englands Interesse entspreche.

Der außerordentliche Aufschwung, den die englische Volkswirtschaft nach Abschaffung der Schutzzölle nahm, hat das rein wirtschaftliche Programm Cobdens für die Dauer von Jahrzehnten zur allgemeinen Überzeugung Englands gemacht. Aber die politische Ergänzung desselben, die Nichteinmischung Englands in die Angelegenheiten fremder Völker, vermochte sich sehr viel schwieriger Anerkennung zu schaffen. Namentlich hat Lord Palmerston es verstanden, angeblich um das Wohlergehen anderer Völker und den Frieden und das Glück der Welt zu fördern, die alte Kampflust der Engländer zu wecken, sobald es ihm darauf ankam, der Entwicklung eines Rivalen Schranken zu ziehen. Der sprechendste Beleg dafür ist der Krimkrieg. Cobden und Bright, die gegen diesen auftraten, wurden nicht mehr ins Parlament gewählt, und der jugendliche Joseph Chamberlain hat schon 1859 ihr Programm als „Quäkerprogramm“ verspottet. Aber die Nichtigkeit des im Krimkrieg erzielten Erfolgs hat die enorme Zahl der Engländer zur Anerkennung der Richtigkeit der Cobdenschen Nichteinmischungslehre bekehrt. Allerdings ist es Cobden, selbst im Zenit seines Ruhms, nicht gelungen, die leitenden Männer Englands zur Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auch im Kriege, wodurch eine Beherrschung der See unnötig geworden wäre, zu bewegen. Und so groß war der Einfluß der Tradition und der mit Krieg und Eroberungen in fremden Weltteilen verknüpften Sonderinteressen, daß Cobden und Bright, und nach Cobdens Tod dieser allein, nur mit Mühe es hindern konnten, daß England 1860 wegen Savoyens Frankreich den Krieg erklärte und es sich in den Amerikanischen Sezessionskrieg und 1864 in den Deutsch-Dänischen Krieg einmischte. Allzufrüh hat John Bright 1865 und 1868 verkündet, daß die Lehre von der Notwendigkeit, sich im Interesse des politischen Gleichgewichts in die Angelegenheiten fremder Völker zu mischen, tot sei. Während der Kriege von 1866 und 1870/71 hat er noch über die Einmischungsgelüste der englischen Staatsmänner triumphiert. Dann aber beginnt sich ein Rivalitätsgefühl gegen das aufsteigende Deutschland, durch das prahlische Auftreten vieler Deutschen genährt, leise zu regen. Disraeli gelingt es, den britischen Jingoismus wieder zu wecken. Cypern wird annektiert, die Königin von England zur Kaiserin von Indien gemacht, Gordon wird nach China geschickt, wo sein „allzeit siegreiches Heer“ nach dem Zeugnis des Japaners Ito Chinas normale und gesunde Entwicklung

verhindert hat. Als Gladstone, dem mit gewissen City-Interessen verbundenen Drängen alter Whigs und der Jungradikalen nachgebend, sich in die Angelegenheiten Ägyptens mischte und Alexandrien von der britischen Flotte bombardiert wurde, blieb Bright selbst nichts übrig, als aus einem Ministerium auszutreten, dessen auswärtige Politik mit allem im Widerspruch stand, was er während der vierzig Jahre seines öffentlichen Lebens vertreten hatte.

Das Wiedererwachen des von Kant gezeigten Geistes der Herrschaft, Gewalttätigkeit und Kriegserregung, wo die Befreiungsbestrebungen eines Volks und sein Verlangen, seine Kräfte zur Entfaltung zu bringen, ein britisches Interesse zu bedrohen schienen, sollte aber noch weitere Folgen haben. Im Jahre 1886 ging Gladstone daran, dem seit Jahrhunderten vergewaltigten Irland Selbstregierung zu geben. Die Folge war die Spaltung der Liberalen in „Klein-Engländer“ und „Imperialisten“. Die Liberalen waren von je die Träger der inneren Reformen gewesen. Daran wollten die „Klein-Engländer“ festhalten. Statt dem britischen Szepter neue Gebiete zu unterwerfen, wollten sie die verschiedenen Teile des ungeheueren Reichs, seine zahllosen Millionen von Untertanen, die verschiedenartigen sich in ihm regenden Interessen konsolidieren, seine Kräfte entwickeln, die Lasten seiner Bürger erleichtern, die Not, wo sie in ihm sich finde, beheben und die Lebensbedingungen seiner Angehörigen verbessern, deren Lebenshaltung erhöhen. Die Imperialisten dagegen erstrebten die Unterwerfung immer weiterer Völker unter die britische Herrschaft. Um dies zu erreichen, schreckten sie nicht davor zurück, dem Volke neue Lasten aufzubürden, und schmeichelten seinem Hochmut und seiner Eitelkeit, auf daß es sie auf sich nähme. Jeder Erwerb eines Gebiets durch eine andere Nation erschien ihnen als ein an Großbritannien begangener Raub. Sie machten so dieses zu deren geschworenem Rivalen und, bei sich bietender Gelegenheit, zu deren Feind. Joseph Chamberlain, der die Führung übernahm, sprach im Gegensatz zu seinem „radikalen Programm“ von 1885, dessen agrarische Forderungen den Zorn der Konservativen erregt hatten, nun von sozialen Reformen als von „Kirchturnteressen“, die gegenüber dem hochfliegenden Ziele der Imperialisten, die Erde in ihrer Fülle sich untertänig zu machen, nicht in Betracht kämen. Nüchterner ausgedrückt: Landspekulanten und Bergwerkssyndikate sollten die Grenzen und die Verwaltung des Reichs bestimmen. Und angestachelt durch die deutsche Schutzzollpolitik ging, wie immer, auch hier die imperialistische mit einer schutzzöllnerischen Bewegung zusammen, welche die Zusammenfassung des Britischen Reichs in einem gegen andere Länder sich abschließenden Zollbund erstrebte. Damit

hat der einstige Führer der Jungradikalen die Tory-Partei gewonnen, und das hat dann zu den Kriegen gegen die Buren geführt.

So wurde der Umschwung in der Stimmung des englischen Volks vorbereitet, der an Stelle des „glänzenden Alleinstehens“ Großbritanniens die Politik der Ententen setzen sollte, wie im folgenden zu erzählen sein wird, und der den Weltkrieg gegen Deutschland ermöglicht hat. Und nun wiederholte sich, was schon im 18. Jahrhundert Josias Tucker geschildert hat. Wie sich damals bei jedem Kriege, um die Masse des Volks von dessen Gerechtigkeit zu überzeugen, über den jeweiligen Kriegsgegner, so ergoß sich jetzt eine Flut von Verleumdungen über die Deutschen<sup>1)</sup>, darunter die verhängnisvollste, daß Deutschland am Krieg allein schuld sei. Da trat E. D. Morel auf den Plan, um zusammen mit einer erlesenen Zahl von Freunden jene liberalen Traditionen zu retten, welche, um Kants Worte zu wiederholen, „die englische Nation zum schätzbarsten Ganzen von Menschen im Verhältnis untereinander“ gemacht hatten, und ihre Lehren auf die Beziehungen aller Völker zu einander zur Anwendung zu bringen.

Ich will im folgenden vorführen, sowohl in welcher Weise das englische Volk in den Weltkrieg getrieben worden, als auch wer die Männer gewesen, die den Heldenkampf gegen die irregeleitete öffentliche Meinung Englands aufgenommen haben, und was sie wollen. Vor allem aber über ihren Führer E. D. Morel.

---

<sup>1)</sup> Ein wahrer Kehrlichthaufer der Art ist das Buch von Henry de Halsalle, *Degenerate Germany*, London, 35. thousand. Zur Reklame ist dem Titelblatt die energische Zustimmung des Earl Halsbury, Lordkanzler in verschiedenen konservativen Kabinetten, des früheren liberalen Premierministers Earl Rosebery und des Admirals Lord Beresford aufgedruckt. Was würde man in England sagen, wenn man in Deutschland ein Buch schriebe, „Das entartete England“, das eine Zusammenstellung ähnlicher Vorkommnisse wie die folgenden enthielte? „Es sind eigentümliche Gerüchte in Umlauf über das, was in C. vor sich geht, wo Damen von der Hausfrau eingeladen worden sind mit ausdrücklichen Absichten auf ihre Tugend. Sie wurden ohne ihre Gatten eingeladen und erhielten Schlafzimmer neben denen der Männer, die man zu ihren Liebhabern machen wollte, und wenn sie nachts ihre Türen verschlossen, weigerten sich die übrigen im Haus befindlichen Damen mit ihnen zu reden.“ Siehe W. S. Blunt, *My Diaries*, part. II. London 1920, p. 132. Oder, was Blunt ebenda p. 368 aus dem Jahre 1911 von einer Abendunterhaltung der besten Gesellschaft erzählt, in der von geladenen Pariser Tänzern „Cancan und andere gymnastische Exzentritäten getanzt wurden, die früher auf den Jardin Mabille beschränkt waren; eine erstaunliche Aufführung, die uns in der Zeit des zweiten Kaiserreichs selbst im Mabille verletzt hätte und in meinen Jugendtagen in diesem Lande in einem öffentlichen Tanzlokal, geschweige denn in einem Salon unmöglich gewesen wäre, heute aber uns alle ohne jeden Gedanken an eine Verletzung der Ehrbarkeit entzückten unter hemmungslosem Beifall der jungen Männer und Mädchen, denn der Art ist unser neues himmlisches Königreich.“

---

---

## II. WER IST MOREL?

„Mein Gott, befreie mich aus  
der Gewalt der Gottlosen, aus  
der Faust des Frevlers und  
Tyrannen!“

Psalm 71, Vers 4

**E**dmond Dene Morel ist am 10. Juli 1873 in Paris geboren<sup>1)</sup>. Sein Vater war Franzose, seine Mutter eine Engländerin aus einer Familie, in welcher der Kampf für Recht und Menschlichkeit seit Jahrhunderten Tradition war. Kaum vier Jahre alt, hat Morel seinen Vater verloren. Damit war es gegeben, daß die Mutter auf seine Entwicklung bestimmend gewirkt hat. Sie hat ihn in England erziehen lassen, und nachdem er, 1889 nach Paris zurückgekehrt, in einem dortigen amerikanischen Bankhaus ein Jahr lang gearbeitet hatte, ist der Siebzehnjährige 1890 in den Dienst einer Reederei, Elder, Dempster & Co., in Liverpool getreten. Dies wurde entscheidend für die Laufbahn, die ihn zu einem der größten Wohltäter der Menschheit machen sollte.

Das Kontor der Liverpooler Firma war der Mittelpunkt der westafrikanischen Interessen ganz Englands. Da traf er Eingeborene aus Westafrika, vom Heizer angefangen, der dort seinen Lohn holte, bis zum reichen, mitunter sehr reichen Kaufmann. Hier lernte er die exotischen Produkte kennen, die dort ausgeladen wurden. Hier hörte er die Erzählungen von dem, was in Westafrika vorging. All das fesselte seine Phantasie und bestimmte ihn, sich mit Feuereifer auf das Studium der westafrikanischen Literatur zu stürzen. Er machte sich alles zu eigen, was über Geographie, Geschichte, Handel, Bevölkerung, deren Sitten und Gebräuche, über Flora und Fauna des Landes in Büchern, Zeitschriften und Zeitungen geschrieben war. Der Gehalt, den er von seiner Firma bezog, betrug nur 60 Pfd. St. im Jahr (100 Mark monatlich); da ermunterte ihn seine Mutter, die sein schriftstellerisches Talent entdeckt hatte, seine Kenntnisse durch Schriftstellerei zur Mehrung seines Einkommens zu nützen. Die Aufsätze, die er über West-

---

<sup>1)</sup> Ich stütze mich in den folgenden Ausführungen, soweit sie Morels Leben betreffen, auf das Buch von F. Seymour Cocks, E. D. Morel, The Man and His Work. London 1920.



afrika schrieb, zeigten eine Gründlichkeit des Wissens, die alles übertraf, was sonst in der Tagesliteratur stand, und in kurzem wurde er als die Autorität über Westafrika anerkannt, und keine Zeitung, die nicht mit Freuden seine Aufsätze genommen hätte. Was er darin ausführte, war in der Hauptsache folgendes:

Im tropischen Afrika sind Naturschätze von ungeheuerem Wert angehäuft. Es ist ein Vorratshaus von Rohstoffen, die die moderne Industrie dringend benötigt. Seine Bevölkerung ist in vielen Teilen sehr dicht. Aber für Europäer ist das tropische Afrika kein geeigneter Wohnort. Es gibt nur zwei Methoden, seine Schätze der Menschheit nutzbar zu machen.

Entweder man nimmt den Eingeborenen ihr Land, erklärt dasselbe und alles, was es hervorbringt, für Eigentum der europäischen Staaten oder gewisser Finanzgruppen, die es besetzen, und macht, um es in deren Interesse auszubeuten, die Eingeborenen zu Sklaven oder zu Lohnarbeitern. Diese Methode führt zu furchtbarer Bedrückung der Eingeborenen und zum Ruine des Landes.

Oder man erhält die Eingeborenen in ihren Rechten am Land. Man erkennt sie als freie Menschen an, die Selbstzweck und nicht bloß Mittel für kapitalistische Zwecke sind, und erzieht sie zur Gewinnung der Früchte des Landes.

Die erste Voraussetzung, um dies zu erreichen, ist, daß man sich hütet, aus der Abwesenheit individuellen Privateigentums am Land auf das Fehlen von Landeigentum überhaupt zu schließen. Kein Quadratmeter von Westafrika, der nicht im Eigentum stände, gleichviel welche Wirtschaftseinheit sein Träger ist, ob ein Stamm oder eine Familie. Ihre Ansprüche gelten nach dem ungeschriebenen Recht der Eingeborenen als ebenso heilig, als wenn sie nach allen Regeln europäischer Jurisprudenz urkundlich verbrieft wären.

Das zweite, was Morel erkannte, war, daß der Eingeborene, wenn man ihn in seinem Recht am Land schützt und als Freien behandelt, ein hartarbeitender, fleißiger Mensch ist, und daß er sein Land entwickelt, sobald die Verwaltung ihn dazu anleitet und dabei unterstützt.

Endlich war klar, daß die europäische Arbeiterwelt von Kolonien im tropischen Afrika nur dann Vorteil hat, wenn der Eingeborene arbeitet. Denn nur wenn der Afrikaner produziert, ist ein normaler Austausch europäischer gegen afrikanische Produkte denkbar; nur dann also vermehrter Absatz für europäische Waren und andererseits vermehrte Einfuhr von Lebensmitteln und Rohprodukten für europäischen Konsum.

Entsprechend dieser Erkenntnis trat Morel in allen seinen Schriften dafür ein, daß man die Besitzrechte und die Freiheit der Eingeborenen

achte und schütze. Dabei standen ihm aber die mächtigsten Interessenten gegenüber, an ihrer Spitze Leopold II. von Belgien, der skrupelloseste und gescheiteste Monarch und — Kapitalist.

Leopold hatte am 12. September 1876 eine internationale Konferenz nach Brüssel geladen, um „die besten Mittel festzustellen, Zentralafrika der europäischen Zivilisation zu erschließen“. Er hat den aus allen Ländern gekommenen Entdeckern und Gelehrten versichert, daß er persönlich ganz uninteressiert sei. Das Ergebnis war die Gründung der „Internationalen Gesellschaft zur Erforschung und Zivilisierung Afrikas“. Leopold wurde ihr Präsident. Ein Jahr später enthüllte Stanley der Welt den Lauf des Kongo. Leopold nahm ihn sofort in den Dienst seiner Gesellschaft, und Stanley begab sich 1879 und 1882 in deren Auftrag nach Afrika zurück, um mit den an den Ufern des Flusses wohnenden Häuptlingen Verträge über Landabtretung zu schließen. Damit erlangte die „Internationale Gesellschaft“ selbständigen Besitz, und 1884 wurde sie von den Vereinigten Staaten als unabhängiger Staat anerkannt. Zur Behebung von Zwistigkeiten, die als Folge mit Frankreich, Portugal und Großbritannien entstanden, hat dann Bismarck 1884 eine internationale Konferenz nach Berlin berufen, auf welcher der „Freistaat Kongo“ geboren wurde. Art. 1 der Verfassung, welche die Berliner Konferenz ihm gab, besagt: „Der Handel aller Nationen soll vollständig frei sein.“ Art. 5 schließt jedes Monopol und jedwede Erteilung von Handelsbegünstigungen aus und sichert allen Fremden ohne Unterschied der Nation Freiheit der Person, des Erwerbs von Eigentum an beweglichem und unbeweglichem Gute und des Gewerbbetriebs.

Aber schon wenige Monate später, im Juli 1885, begann der Mißbrauch der dem Kongostaate zuerkannten Rechte. Unter Verkennen der der Gesamtheit der Stammesgenossen als Wirtschaftseinheit zustehenden Eigentumsrechte am Land wurden alle nicht im Sondereigentum einzelner stehenden Ländereien im ganzen Gebiete des Kongostaats für herrenloses Gut erklärt und das Eigentum daran dem Staat zugesprochen. Einen Monat darauf erklärte Leopold sich zum Souverain des Kongostaats, und die Dekrete, die er als solcher in den Jahren 1886 bis 1888 erließ, haben die Rechte der Eingeborenen an ihrem Land aufs engste beschränkt. So machte der „persönlich ganz uninteressierte“ Leopold sich zum absoluten Herrn von rund einer Million englischer Quadratmeilen. Aber noch Schlimmeres sollte kommen. Durch weitere Dekrete hat er alle Produkte des Landes für der Regierung gehörig, die Eingeborenen, die sie einsammelten, um sie an Weiße zu verkaufen, für Diebe und die Weißen, die sie ihnen abkauften, für Hehler gestohlenen Gutes erklärt; entsprechende Strafen wurden für die Diebe wie für die Hehler fest-

gesetzt. So hat der nichts anderes als die Durchdringung Afrikas mit europäischer Zivilisation erstrebende König mit wenigen Federstrichen die Besitzrechte der Eingeborenen am Land und seinen Produkten beseitigt, Millionen freier Männer und Frauen zu Sklaven gemacht und die übrige Welt des Rechtes, Gummi und Elfenbein von ihnen einzukaufen, beraubt; sich und seinen Freunden aber hat er den unermeßlichen Reichtum des Kongobeckens zugesprochen. Er hat dann dieses Gebiet in eine Anzahl Distrikte geteilt und an verschiedene von ihm konzessionierte Gesellschaften verpachtet; der wichtigste dieser Distrikte wurde der Verwaltung des Königs reserviert.

Um die Eingeborenen, denen man jedwedes wirtschaftliche Interesse an der Einsammlung der Erträge des Landes genommen hatte, dazu zu zwingen, wurden ihnen Abgaben in Gummi auferlegt. Zu ihrer Erhebung schuf man eine Truppe von 15000 eingeborenen Soldaten, an deren Fütterung mit Menschenfleisch man keinen Anstand nahm, rüstete sie mit Gewehren aus und bestimmte, um eine Verschwendung von Patronen zu verhüten, daß von jedem von ihnen Getöteten eine Hand und bei Männern die Geschlechtsteile beizubringen seien. Je nach Zahl dieser Trophäen, welche die Söldner beibrachten, wurden sie früher oder später von ihrer Dienstpflicht befreit. Die systematische Verstümmelung der Toten zum Zweck der Kontrolle hat in den Gummidistrikten rasche Verbreitung gefunden und, wie zu erwarten war, zur Verstümmelung auch von Lebenden geführt<sup>1)</sup>. Desgleichen ging man gegen die Weißen, die man der Übertretung des Verbots, mit den Eingeborenen Handel zu treiben, beschuldigte, in empörender Weise vor. Besonderes Aufsehen erregte der Fall des englischen Kaufmanns Henry Stokes. Er wurde von dem belgischen Major Lothaire zu Gast geladen, nach Betreten von dessen Zelt gefangen genommen, in einem Scheinverfahren verurteilt und bei Tagesanbruch von ihm eigenhändig gehängt. Darauf Klage der englischen Regierung. Lothaire wurde vor Gericht gestellt, freigesprochen und auf einen höheren Posten befördert.

Schon 1896 hatte die englische Gesellschaft zum Schutze der Eingeborenen (Aborigenes Protection Society) über diese Greueltaten berichtet. Die in demselben Jahre veröffentlichten Tagebücher eines der früheren Begleiter Stanleys, E. I. Glave, hatten ein geradezu entsetzliches System von Greueln enthüllt. All das hat der jugendliche Morel gelesen, und das, was er auf den häufigen Reisen, die er im Interesse seiner Firma nach Antwerpen und Brüssel zu machen hatte, hörte, bestätigte den Verdacht einer Mißregierung am Kongo. Nichtsdesto-

---

<sup>1)</sup> Vgl. auch E. D. Morel, *The black man's burden*. London 1921. p. 121

weniger hatte der damalige britische Unterstaatssekretär Curzon, als Sir Charles Dilke Leopold ob der Missetaten am Kongo im Unterhause angriff, seine Regierung verteidigt. Da wandte sich Morel, um der Wahrheit näherzukommen, zur Prüfung der Handelsstatistik des Kongostaats. Ehrlicher Handel besteht im Austausch von Gütern, wobei die Ausfuhr durch Einfuhr bezahlt wird. Wenn die Handelsstatistik dargetat, daß ein solcher Austausch nicht stattfand und der Ausfuhr keine Einfuhr entsprach, war klar, daß die Eingeborenen beraubt wurden. Die Sprache der Handelsstatistik war in dieser Hinsicht erschreckend. Während die Handelsstatistik einer unentwickelten Kolonie einen Überschuß der Einfuhr über die Ausfuhr aufweisen sollte, war es beim Kongostaat umgekehrt. Die Ursache war, daß man die Eingeborenen ihres Landes beraubt und, damit sie doch arbeiteten, sie zu Sklaven gemacht hatte. Dabei entdeckte Morel, daß die Gegenleistung für die Ausfuhr von Produkten der Eingeborenen zum großen Teil in außerordentlich großen Mengen von Patronen, Gewehren und anderen Waffen bestand. Die Gegenleistung für die Arbeit der versklavten Eingeborenen bestand in Zwangsmitteln zu ihrer Versklavung.

Außerdem zeigte die Prüfung der Handelsstatistik, daß diese gefälscht war. Es war viel mehr ausgeführt worden, als diese angab; Morel konnte dies an der Hand der Mengen Gummi und Elfenbein nachweisen, welche durch die Dampfer seiner eigenen Firma verschifft worden waren. Die Regierung des Kongostaats und die von ihm konzessionierten Gesellschaften hatten weit größeren Gewinn gemacht, als sie das Publikum wissen ließen. Auch stiegen die Aktien, die einen Nominalwert von 20 Pfd. St. hatten, auf 1000 Pfd. St.; das angelegte Kapital brachte 300 bis 800 Prozent Gewinn. Die Aktiengesellschaften standen durch ihre Aufsichtsräte mit Leopold und seinem Hof in Verbindung; so z. B. besaß der König die Hälfte der Aktien der Société Anversoise; er ernannte ihren Präsidenten, und einer ihrer Direktoren war sein Adjutant.

Endlich fand Morel, daß die Eingeborenen im Freistaat Kongo absolut keine Rechte besaßen. Leopold war absoluter Herrscher im Land. Kein Zar, kein römischer Kaiser, nicht einmal ein orientalischer Despot, der je so schrankenlose Macht besessen hatte. Der Kongo und seine zwanzig Millionen Eingeborenen waren Eigentum eines Mannes. Und der Mann, der dies fertiggebracht, war als Schutzherr der Eingeborenen eingesetzt worden!

Zunächst versuchte nun Morel den gütlichen Weg. Er bewog den Chef seiner Firma, bei Leopold persönlich vorstellig zu werden, um ihn zu Reformen zu bewegen. Vergeblich! Erst dann hat er seinen Feldzug gegen die Kongo-Skandale eröffnet. Um seiner Firma nicht

zu schaden, trat er zu deren großem Bedauern aus ihrem Dienst und wurde ausschließlich Schriftsteller.

Den nächsten Anlaß zur Erhebung seiner Stimme gab Morel der Versuch des belgischen Kapitals, das System Leopold auf den bis dahin musterhaft verwalteten französischen Kongo auszudehnen.

Britische Kaufleute, die bis dahin friedlich mit den Eingeborenen Handel getrieben hatten, wurden mit Gewalt daran verhindert; ihre Waren wurden auf öffentlicher Straße beschlagnahmt, ihre Niederlassungen erbrochen, ihre Agenten gepeitscht; die britischen Untertanen wurden vertrieben. Da veranlaßte Morel die britischen Handelskammern in einer an Lord Lansdowne, den damaligen Minister des Äußeren, gerichteten Denkschrift gegen die Verletzung des Fundamentalartikels des Berliner Vertrags von 1885, der die Handelsfreiheit aller Nationen im Kongostaate festgesetzt und die Erteilung jedweder Monopole verboten hatte, zu protestieren. Er selbst aber begann jene Reihe siegreicher Schriften, worin er mit unanfechtbarer Gründlichkeit die Welt über Leopolds Mißregierung aufklärte. Als Abhilfe beantragte er die Ersetzung des Despotismus des Mannes, der alle Kongo-Greuel verschuldet hatte, durch Kontrolle seitens des belgischen Parlaments. Die Unanfechtbarkeit der Tatsachen, auf die er sich berief, die Sachlichkeit, mit der er sie darlegte, der ruhige Ton, mit dem er seine Forderungen vortrug, gewannen diesen trotz der heftigsten Angriffe, welche eine von Leopold bestochene Presse in allen Ländern gegen ihn richtete, die Zustimmung eines immer größeren Publikums. Als am 20. Mai 1903 die Mißstände im Kongo im Unterhause zur Sprache kamen, nahm dieses die von Morel entworfene Resolution, die Regierung möge mit den übrigen Mächten über die Durchführung des Berliner Vertrags, auf Grund dessen der Kongo-Freistaat bestehe, verhandeln, einstimmig an; und als im Februar 1904 der Bericht Sir Roger Casements, des irischen Patrioten, der damals britischer Konsul im Kongostaat war, veröffentlicht wurde, der die daselbst begangenen Greuel bestätigte, versandte ihn Lord Lansdowne zusammen mit schneidenden Bemerkungen Lord Cromers, der die Verwaltungsstationen des Kongostaates am oberen Nil besucht hatte, an die übrigen Mächte. Die Gegenmaßnahmen, die darauf Leopold zur Unterdrückung der Wahrheit ergriff, wies die britische Regierung verächtlich zurück.

Nun galt es, auch Amerika gegen die Sklavenwirtschaft am Kongo lebendig zu machen. Schon 1903 hatte sich Morel in einer Broschüre über den „Kongo-Sklaven-Staat“ an die amerikanische Regierung gewandt. Sie hatte 1884 die „Internationale Gesellschaft zur Erforschung und Zivilisierung Afrikas“ zuerst als Staat anerkannt und trug daher für die

in dem zum Sklavenstaat gewordenen Freistaat Kongo herrschenden Zustände besondere Verantwortung. Die Broschüre hatte eine Auseinandersetzung zwischen Leopold und Morel im New York Herald zur Folge gehabt; Leopold ließ sich interviewen und Morel antwortete. Im August 1904 begab sich dieser nun selbst nach Amerika, um seiner Berufung an die Vereinigten Staaten persönlich Nachdruck zu verleihen. Als bald organisierte Leopold eine Gegenkampagne. Er schickte einen mit reichlichen Geldmitteln ausgestatteten Generalstab von Lügner nach Amerika. Sie sollten es an nichts fehlen lassen, um den Senat von Beschlüssen abzuhalten, die seinem System gefährlich werden könnten. Als Hauptmittel wurde von Leopold ins Auge gefaßt, Amerika durch Erteilung einer Konzession an amerikanische Milliardäre zum Mitschuldigen zu machen. J. Pierpont Morgan, Thomas F. Ryan, John D. Rockefeller jun. sollten für 99 Jahre das Recht erhalten, auf einem Gebiet von einer Million ha nach dem System Leopold Gummi zu sammeln. Es kam zu Verhandlungen. Aber Morels Auftreten hat den Plan vereitelt. Dabei wurde er durch eine blutige Satire Mark Twains auf Leopold wirksam unterstützt. Alle Lügen und Verleumdungen Morels durch die Agenten Leopolds waren vergeblich. Der Senat faßte am 27. Februar 1905 einstimmig eine Resolution, worin er dem Präsidenten der Vereinigten Staaten seine Unterstützung zusagte, wenn er mit den Signatarmächten des Berliner Vertrags von 1885 zur Besserung der Lage der Eingeborenen am Kongo zusammenwirkte.

Ich übergehe den Bericht über die Zustände am Kongo, den eine von Leopold im März 1905 dahin geschickte Kommission erstattet hat; er hat, als er sehr verspätet erstattet wurde, am Urteil über Leopolds Regierung nichts geändert. Nichtsdestoweniger erließ Leopold im Juni 1906 ein Manifest, in dem es hieß:

„Der Kongo war und konnte nur eine persönliche Unternehmung sein. Kein Recht aber, das legitimer und ehrwürdiger wäre als das Recht des Urhebers an seinem eigenen Werk, an den Früchten seiner Arbeit.... Meine Rechte am Kongo sind unteilbar. Sie sind das Ergebnis meiner Arbeit und meines Aufwands von Kosten.... Die Einwirkung, welche meine Rechte (durch Übertragung des Kongostaates an Belgien und damit durch Stellung seiner Verwaltung unter die Kontrolle des belgischen Parlaments) zu mindern strebt, bedeutet eine wahre Usurpation, um kein härteres Wort zu gebrauchen.“

Indem Leopold den Kongostaat als sein persönliches Werk in Anspruch nahm, erkannte er auch seine persönliche Verantwortung für die dort bestehenden Greuel an. Wirksame Mittel zu ihrer Beseitigung mit dem Rechte des Urhebers an seinem Werke ablehnen zu wollen, ent-

fesselte in Großbritannien einen solchen Sturm der Entrüstung, daß auch die Regierung in steigendem Maße zugunsten der Eingeborenen Stellung nahm. Sir Edward Grey, der im Dezember 1905 an Stelle Lansdownes Minister des Äußeren geworden war, erkannte an, daß Morels Forderung nach Annexion des Kongostaates durch Belgien mehr als eine Anzahl von Reformen, nämlich einen völligen Wechsel im Regierungssystem bedeuten würde. Aber er war — und hier beginnt, wie wir noch sehen werden, die Rücksicht auf Belgien für den Fall eines deutsch-französischen Kriegs eine Rolle zu spielen — weit entfernt, die Konsequenz aus dieser Erkenntnis zu ziehen. Die Annexion des Kongostaates durch Belgien barg die Gefahr, daß die belgische Regierung das System Leopold verewigen würde; daher Morels Congo Reform Association vom Parlament verlangte, daß die Annexion, wenn sie stattfände, dem Berliner Verträge entsprechen müsse. Alles stimmte ihr zu: die Presse, die Nonkonformisten, die Bischöfe, zahlreiche Stadtgemeinden. Aber Sir Edward Grey war nicht dazu zu bringen, die Forderung der belgischen Regierung zu übermitteln. Er redete sich heraus, daß er erst deren eigene Annexionsbedingungen kennen müsse. Da wurden diese am 3. Dezember 1907 bekannt. Die belgische Regierung erklärte, daß sie am System Leopold festhalten wolle. Nun gab es kein Halten mehr. Das britische Volk flamte in solcher Entrüstung auf, daß selbst Grey am 16. Februar 1908 zugestand, seit dreißig Jahren habe keine Frage der auswärtigen Politik das britische Volk so erregt wie die Kongo-Frage, und daß Belgien, bevor von Annexion die Rede sein könne, Bürgschaft geben müsse, daß die im Berliner Verträge übernommenen Verpflichtungen erfüllt würden.

Aber noch immer verhindert die Rücksicht auf die belgische Regierung Grey, seinen Worten wirksame Folge zu geben. Er begnügt sich damit, die Annexion nicht anzuerkennen, was die belgische Regierung völlig gleichgültig läßt. Darauf nötigt die gesteigerte Agitation von Morels Gesellschaft zur Reform des Kongo Grey, am 8. November 1908 endlich von der belgischen Regierung die sofortige Besserung des Loses der Eingeborenen zu verlangen.

Nie ist eine Depesche vom britischen Volke mit gleicher Begeisterung begrüßt worden. Aber um ihren Erfolg sicherzustellen, war nötig, auch die Mitwirkung anderer Regierungen, vor allem der französischen, zu gewinnen. Zu diesem Zweck begab sich Morel auf eine Agitationsreise auf den Kontinent. Er war bestrebt, das Ausland über die Motive des englischen Vorgehens aufzuklären, da die von Leopold bestochenen Literaten als Grund desselben lediglich Handelsneid hinzustellen bemüht waren. Auf dieser Reise wurde er stets von Spionen verfolgt. In Brüssel

wurde er von Freunden vor Meuchelmördern gewarnt und unterließ es, auf Wunsch der britischen Gesandtschaft, in öffentlicher Versammlung zu sprechen. In Frankreich und der Schweiz erzielte er vollen Erfolg. Im Herbst 1909 erschien dann sein von Conan Doyle eingeleitetes Buch über Großbritannien und den Kongo, „die furchtbarste,“ wie Conan Doyle sagt, „je gegen einen Mann und ein System gerichtete Anklage,“ gleichzeitig aber auch eine scharfe Kritik der tödlichen Kompromisse der Diplomatie und der paralysierenden Einflüsse ihrer Gleichgültigkeit und moralischen Schlappheit. Hätte Morel schon 1909 gewußt, was wir seit dem 3. August 1914 aus Greys eigenem Munde wissen, daß das Triumvirat Grey, Asquith und Haldane ohne Wissen des Kabinetts schon seit Anfang 1905 unter dem Einfluß von Delcassé und Cambon mit der belgischen Regierung über den Einmarsch britischer Truppen in Belgien verhandelte, falls es zu einem Kriege zwischen Frankreich und Deutschland komme, er würde sich über die Ursache von Greys Schlappheit noch ganz anders geäußert haben.

Unmittelbar nach dem Erscheinen von Morels Buch über Großbritannien und den Kongo wurde ein Reformprogramm der belgischen Regierung veröffentlicht. Danach sollte ab Juli 1910 in der einen Hälfte des belgischen Kongo die Zwangsarbeit aufhören und die Eingeborenen wieder in ihre Rechte eingesetzt werden, dagegen sollte das alte System bis Juli 1911 in dem einen, bis Juli 1912 in einem andern und in einem dritten Teil für unbestimmte Zeit fort dauern. Da Grey keinen Einspruch erhob, nahm die belgische Kammer den Gesetzentwurf trotz des Einspruchs einiger Liberalen und der Sozialdemokraten an. So unvollkommen die Reform war, sie bedeutete doch einen Fortschritt, und dieser Erfolg war ein Sporn zu erhöhter Tätigkeit der britischen Reformer. In der Albert Hall fand unter Vorsitz des Erzbischofs von Canterbury eine Riesendemonstration statt. „England,“ so sagte er, „und Zehntausende außerhalb Englands fühlen sich zu Dank gegen Morel verpflichtet, mehr als sie je werden abtragen können, für Jahre tapferer, hingebender Aufopferung für das, was rechtschaffen ist und gerecht und wahr.“

Da, am 17. Dezember 1909, starb der Ursprung und die Ursache der Fortdauer aller Greuel, Leopold, der größte Schurke unter allen denen, welche die höchsten Stellen auf Erden innehatten, unter Hinterlassen unermeßlichen Reichtums. Ihm folgte König Albert, von dessen gutem Willen man die beste Meinung hegte. Es galt abzuwarten, ob er sie rechtfertigen würde. Bis dahin verweigerte die britische Regierung, von der Gesellschaft für Kongo-Reform unterstützt, der Annexion des Kongostaates durch Belgien die Anerkennung.



Morel benützte die Pause, um zum ersten Male den Erdteil zu betreten, um dessen Befreiung er sich unsterbliche Verdienste erworben hatte. Er reiste nach Nigeria, um sich an Ort und Stelle über die dortigen Verhältnisse ein Urteil zu bilden. Er wurde von den Eingeborenen rührend begrüßt. In der ihm von mohammedanischen Häuptlingen überreichten Adresse heißt es:

„Ihre Arbeit, Herr, steht einzig da. Gegen sein eigenes Volk für Fremde zu kämpfen, die nicht einmal von derselben Rasse sind und Tausende von Meilen fern von Ihnen wohnen, und dies unter Gefahr, den guten Willen, das Interesse und die Achtung Ihrer eigenen Brüder zu verlieren, ist, menschlich gesprochen, unnatürlich. Daher nehmen wir an, daß es von Gott kommt; und wir zählen Sie zu den Wenigen, die Er von je dazu auserwählt hat, Seine Pläne auszuführen und unter den Nationen der Welt Seine Ehre zu wahren.“

Aber auch zu Haus blieb die Anerkennung nicht aus. Unter dem Vorsitz Lord Cromers und der Teilnahme der Helfer Morels aus allen Ländern, einer großen Zahl hervorragender Mitglieder beider Häuser des Parlaments, der Bischöfe, Politiker und Schriftsteller jeglicher Richtung, wurde Morels Werk gefeiert. „Ich glaube,“ schrieb der durch Krankheit am Vorsitz verhinderte Bischof von Winchester, „daß Morel das Werk eines Helden vollbracht hat, aus den Beweggründen und mit dem Mut eines Helden und unter Überwindung von Hindernissen, welche die Erfüllung heroischer Aufgaben nie schwieriger gemacht haben als in unserer komplizierten modernen Zeit“; und dann fuhr er in der Denkweise der mohammedanischen Häuptlinge in Nigeria fort: „Ich schäme mich nicht, zu glauben und es auszusprechen, daß die göttliche Vorsehung uns den Mann in einer großen moralischen Krise gegeben hat.“ In denselben Lobsprüchen bewegten sich die übrigen Redner. Morel wurde als ein zweiter Wilberforce, der große Sklavenbefreier, gefeiert, seine Tat wurde als eine Leistung gepriesen, die ihm dauernd einen Platz unter den großen Wohltätern der Menschheit sichere.

Um diese Zeit war der Sieg Morels vollkommen. Eine der von ihm geforderten Reformen nach der anderen war durchgeführt; das System Leopold war von dessen Nachfolger Albert preisgegeben worden; die Greuelthaten hatten aufgehört; die Konzessionäre waren verschwunden oder zur Bedeutungslosigkeit verurteilt; die Gummisteuer und alle die unregelmäßigen Abgaben, die erpreßt worden, waren beseitigt. Nun wurde die Annexion des Kongostaats durch Belgien von Großbritannien anerkannt. Am 16. Juli 1913 fand die letzte Zusammenkunft der Gesellschaft für Kongo-Reform unter erneuten Huldigungen für ihren Begründer Morel statt. Sie hatte ihr Ziel erreicht und löste sich auf.

Morel war gerade vierzig Jahre alt geworden, als er als der nationale Heros dastand, auf den ganz England mit Stolz blickte. Aber ein moderner Herakles ruhte er nicht von der Erfüllung einer Aufgabe aus, sobald es galt, eine noch größere zu erfüllen. Ohne Besinnen hat er allen errungenen Ruhm und Liebe und Ehre in die Schanze geschlagen, um die geheimen Machenschaften der englischen Diplomatie zu bekämpfen, sobald er erkannte, daß sie England in einen Krieg zu stürzen drohten, der die Zivilisation ganz Europas in Frage stellen würde.

---

---

### III. MAROKKO UND DIE ENTENTE ZWISCHEN ENGLAND UND FRANKREICH

„Der Todesengel beginnt  
seinen Flug; schon hört man  
seine Fittige rauschen.“

John Bright, Rede im Unter-  
haus am 23. Februar 1855.

**M**orel ist kein prinzipieller Pazifist. Aber er ist von je gegen kriegs-  
rische Lösungen internationaler Zwistigkeiten gewesen, die selbst  
nur der Ausgangspunkt für weitere Kriege sein würden. So ist er ver-  
möge seines genauen Studiums aller Nachrichten über Afrika zwar im-  
stande gewesen, seinerzeit als erster die Engländer vom Eintreffen  
Marchands in Faschoda zu unterrichten; aber ebenso war es wesentlich  
seiner journalistischen Tätigkeit zu danken, daß aus der darauffolgenden  
Spannung zwischen England und Frankreich kein Krieg entstanden ist.  
Er hat die öffentliche Meinung in England über das Anwachsen der  
französischen Kolonialmacht beruhigt, indem er zeigte, wie durch Siche-  
rung der „offenen Tür“ in Westafrika die britischen Handelsinteressen  
vollauf gewahrt würden. Das Ergebnis war ein englisch-französischer  
Vertrag, der jede differenzielle Behandlung des britischen Handels in  
Westafrika ausschloß. Das war Morels erster politischer Erfolg gewesen.

Dieselbe Denkweise war es, was Morel antrieb, der diplomatischen  
Bürokratie Großbritanniens und dem ihr nicht nur dienenden, sondern  
sie hetzenden Teil der britischen Presse entgegenzutreten, als er als  
Folge ihrer systematischen Deutschfeindlichkeit den Weltkrieg voraussah.

Um zu zeigen, wie von der britischen Geheimdiplomatie die Fäden  
geknüpft wurden, die Deutschland erdrosseln sollten, muß ich über  
Marokko etwas ausführlicher werden. Denn wenn auch die russischen  
Wühlereien auf dem Balkan<sup>1)</sup> der Ausgangspunkt des Weltkriegs gewesen  
sind, so datiert doch die Beteiligung Großbritanniens an diesem von  
seiner Preisgabe Marokkos<sup>2)</sup> an Frankreich.

---

<sup>1)</sup> Vgl. darüber Mr. Edith Durham, *Twenty years of Balkan Tangle*.  
London 1920.

<sup>2)</sup> Im Jahre 1906 hat Kurt Eisner seine Schrift „Der Sultan des Welt-  
krieges, ein marokkanisches Sittenbild deutscher Diplomatenpolitik“ veröffent-

1. Die Franzosen haben den Engländern die „Schmach von Fashoda“, d. h. daß Marchand dort vor Kitchener zurückweichen mußte, lange nicht vergessen, und Delcassé, der 1898 französischer Minister des Äußeren geworden war, sann auf Rache. Er suchte sie in Marokko. Vier Mächte waren dort vor allen anderen interessiert: Frankreich, England, Spanien, Deutschland.

Das größte Interesse hatte Frankreich als Nachbar. Es hatte unter den häufigen Überschreitungen seiner algerischen Grenze seitens der nur nominell der Souveränität des Sultans von Marokko unterworfenen Stämme der Araberber zu leiden. Dabei betrug sein Handel mit Marokko nahezu so viel wie der Englands, im Jahre 1909 2195109 Pfd. St. gegen 2204771 Pfd. St. der Engländer. Aber weit wichtiger waren seine territorialen Ansprüche. Schon Napoleon I. hatte aus dem Mittelmeer einen französischen See machen wollen, wozu der Erwerb Marokkos nötig gewesen wäre. Napoleon III. hat 1857 England den Vorschlag gemacht, sich in den Besitz Ägyptens zu setzen, während Frankreich Marokko nehmen und Piemont durch Tunis entschädigt werden sollte; aber England war damals der Protektor der Türkei; es gab damals noch keinen Suezkanal, durch den der Weg nach Indien führte; Palmerston verschanzte sich in einer Note vom 1. März desselben Jahres hinter dem moralischen Prinzip, auf welchem die Union der Westmächte beruhe, die nur den Zweck verfolge, den Schwachen gegen den Starken zu schützen <sup>1)</sup>. Als dann Fürst Bismarck die Franzosen, um ihre Gedanken von Elsaß-Lothringen abzulenken, auf den Erwerb von Kolonien verwiesen hatte, ging das Streben der französischen Kolonialpolitiker dahin, ein großes nordwestafrikanisches Reich zu gründen. Schon hatten sie den die Beherrschung des Mittelmeers gleichfalls erstrebenden Italienern Tunis vorweggenommen; nun sollte Marokko an die Reihe kommen. Endlich waren die Franzosen von Besorgnissen wegen der durch den Stillstand ihrer Bevölkerung gefährdeten Wehrkraft Frankreichs erfüllt; um der Gefahr vorzubeugen, hatte Oberstleutnant Mangin in seinem Buche „La force noire“ vorgeschlagen, eine Armee von 200000 Senegalnegern und Araboberbern, die nach französischem Muster ausgebildet, von französischen Offizieren und Unteroffizieren befehligt werden sollten, für einen eventuellen „europäischen“ Krieg Frankreichs ins Leben zu rufen; er hatte mit dem Gedanken viel Anklang gefunden.

---

licht. Sie ist eine einseitige Verteidigung Delcassés, bei deren Beurteilung allerdings nicht zu vergessen ist, daß Delcassés Geheimverträge über Marokko damals noch unbekannt waren. Aber sie enthält manches Treffende, und ein prophetischer Blick läßt sich dem Verfasser nicht absprechen.

<sup>1)</sup> Adolph von Conring, Oberstleutnant a. D., Marokko, das Land und die Leute. Berlin 1880. S. 321.

Englands Beziehungen zu Marokko beginnen schon im 17. Jahrhundert. Von 1660 bis 1684 hat es Tanger besessen. Aber seit Gibraltar sein war, brauchte es keine Besitzungen in Marokko, um seinem Handel den Weg ins Mittelmeer und, nach dem Bau des Suezkanals, den nach Indien offenzuhalten. Es mußte nur darauf sehen, daß sich dort keine Macht festsetzte, die ihm diesen Weg oder den um das Kap der Guten Hoffnung verlegen konnte, und daß ferner die „offene Tür“ in Marokko nicht versperrt werde. Daher sein Interesse an der Unabhängigkeit des Sultans und der Reform seiner Verwaltung, deren schreiende Mißstände sowohl seine Unabhängigkeit als auch den englischen Handel gefährden mußten.

Spaniens Beziehungen zu Marokko waren wesentlich historisch. Aus der Zeit, da es mit ihm Kriege geführt hatte, datierten noch einige Besitzungen an seiner Mittelmeerküste (Ceuta, Melilla, El Penon de Velez de la Gomera, Albuemas, die Zefferinas-Inseln) und an der atlantischen Küste (eine Niederlassung am Rio del Oro mit undefinierten Ansprüchen bis nördlich zum Kap Bojador an der Saharaküste des nominalen Marokko). Seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Marokko waren ganz unerheblich.

Endlich Deutschland. Zur Zeit, da Englands und Frankreichs Beziehungen zu Marokko schon ziemlich entwickelt waren, war Deutschland noch nicht imstande, koloniale Ansprüche zu erheben. Seine diplomatischen Beziehungen zu Marokko beginnen erst 1850. Nach Gründung des Deutschen Reichs lenkte sich der Blick der für Schaffung eines deutschen Kolonialreichs Schwärmenden auch auf Marokko<sup>1)</sup>. Aber Fürst Bismarck war kein Kolonialmensch. Nichtsdestoweniger brachte es die Logik der Tatsachen mit sich, daß ein Land, das den Freihandel abschwor, dabei aber die Rohstoffe, die es brauchte, nicht ausreichend produzierte, nach Erwerb von Kolonien streben mußte, um sich selbst genügen zu können. Kolonien waren ihm um so nötiger, als die zweitgrößte Kolonialmacht, wozu Frankreich, von Bismarck ermuntert, aufgestiegen war, die überwiegende Zahl seiner Kolonien den Fremden durch hohe Zölle verschloß<sup>2)</sup>. Auch hat Deutschland alles, was es vor November 1911 an Kolonien in Afrika und Australien besaß, unter Bismarck erworben. Dagegen war er für koloniale Abenteuer, die Deutschland in Konflikt mit anderen Mächten gebracht hätten, nicht zu haben gewesen. Immerhin mußte Deutschland, ebenso wie England, darauf bestehen, daß in Marokko die Gleichberechtigung aller Nationen

---

<sup>1)</sup> Siehe Conring a. a. O. S. 313 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. Lujo Brentano, Die französische Kolonialpolitik, ein Hemmnis des Völkerbundes. Berlin 1919.

in allen wirtschaftlichen Beziehungen aufrechterhalten werde. Sein Handel mit Marokko war allerdings im Vergleich zum englischen und französischen gering; aber er war im Steigen; er hat sich 1901—1904 von 5,1 auf 8 Millionen Mark erhöht und ist bis 1912 auf 27 weiter gestiegen. Besonderes Interesse hatte Deutschland am Bergwerksbetrieb in Marokko, wobei aber nichts irriger wäre als die Annahme, daß die Unternehmungen, an denen es beteiligt war, geschlossen deutsch-nationale gewesen wären, welche ausländischen, speziell geschlossen französischen, gegenübergestanden hätten<sup>1)</sup>. Von den dort rivalisierenden Unternehmungen war an den französischen ebenso deutsches, wie an den deutschen französisches Kapital beteiligt. An der internationalen Union des Mines hat der Anteil des deutschen Kapitals nicht weniger als 40%, an der Société Marocaine des travaux publics 30% betragen<sup>2)</sup>; an der vielgenannten deutschen Mannesmann-Gesellschaft war neben anderen Franzosen der frühere Präfekt von Paris Andrieux beteiligt<sup>3)</sup>. Außerdem sind Hafenbauten in Marokko durch deutsche Unternehmer ausgeführt worden<sup>4)</sup>.

Noch andere Nationen haben mit Marokko Handel getrieben und Konsuln daselbst gehabt, so Belgien, Portugal, die Vereinigten Staaten, Italien u. a. Aber sie bieten für unsere weitere Betrachtung kein Interesse, außer daß auch sie an den internationalen Abmachungen über Marokko teilnahmen.

2. Die erste dieser Abmachungen hat 1880 in Madrid stattgefunden. Die schreiende Mißregierung des Sultans hatte dazu geführt, daß zahlreiche Eingeborene, um der fortwährenden Bedrohung ihres Lebens und Besitzes durch den Sultan zu entgehen, sich in die Schutzgenossenschaft der diplomatischen Vertreter und Agenten irgendeiner europäischen Macht begeben hatten. Dadurch waren sie der Gerichtsbarkeit und den Steuern des Sultans entzogen. Dies hatten die diplomatischen Agenten gründlich ausgenützt, und mancher darunter hat sich durch das, was er von den

<sup>1)</sup> Zur französischen Gruppe der an der Union des Mines Beteiligten gehörten die Cie. des Forges de Chatillon-Commentry et Neuves Maisons, Schneider et Cie., Banque française pour le commerce et l'industrie, Comte Armande usw.; zur deutschen Gruppe Krupp, die Metallurgische Gesellschaft in Frankfurt, die Nationalbank für Deutschland in Berlin usw.; zur britischen Gruppe A. E. Harris, von Harris Dixon, Ltd. London, Bonar Law, M. P., W. B. Harris, Korrespondent der Times in Tanger usw.; zur spanischen Gruppe der Marquis de Villamejor usw. Die Humanité hat im März 1911 eine Liste der Teilhaber veröffentlicht. Man vgl. auch Manchester Guardian vom 8. Mai 1911, aus E. D. Morel, Ten years of secret diplomacy. An unheeded warning. 6. ed. London 1920. p. 116. — Vgl. auch die Reden des Staatssekretärs von Schön und des Unterstaatssekretärs Stenrich im Deutschen Reichstag am 10. März 1910.

<sup>2)</sup> Morel, Ten years, p. 22.

<sup>3)</sup> Siehe Eduard Bernstein, Die englische Gefahr und das deutsche Volk. Berlin 1911. S. 21.

<sup>4)</sup> Sager und Wörner in München; Morel a. a. O. 22.

Eingeborenen als Entgelt für den gewährten Schutz bezog, ein hübsches Vermögen gemacht<sup>1)</sup>. Die Souveränität des Sultans und seine Einnahmen waren dadurch geschädigt. Durch die Konvention von Madrid wurde diesen Mißbräuchen durch Regelung der Schutzrechte gesteuert. Sie wurde abgeschlossen auf Grund der Anerkennung der Souveränität des Sultans und der Gleichberechtigung aller Nationen in Marokko. Art. 17 lautet: „Das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation wird seitens Marokkos als allen auf der Madrider Konvention vertretenen Mächten zustehend anerkannt.“ Diese Mächte, die alle den Vertrag unterzeichnet haben, waren: Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Dänemark, Spanien, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Großbritannien, Italien, Marokko, die Niederlande, Portugal und Schweden.

Zehn Jahre später hat Deutschland den Handelsvertrag von 1890 mit Marokko abgeschlossen; es hat seinen Wortlaut den Madrider Signatarmächten mitgeteilt mit dem Bemerken, daß es ihn nicht ratifizieren werde, wenn eine derselben Einspruch erhebe. Das zeigt, wie sehr man damals in Deutschland zu verhindern suchte, daß Marokko zum Zankapfel der europäischen Mächte werde. Ein Einwand wurde nicht erhoben und der Vertrag ratifiziert.

Von demselben Geiste der Rücksichtnahme war Lord Salisbury beherrscht. Er hat 1891 eine Spezialmission nach Marokko geschickt. In der dem Gesandten erteilten Instruktion wird betont, wie es stets das Ziel der britischen Regierung gewesen sei, die Unabhängigkeit und Integrität des marokkanischen Reichs zu erhalten, dabei aber keine Gelegenheit zu versäumen, den Sultan davon zu überzeugen, wie diese durch nichts mehr gesichert werde als durch Reformen, durch die die Mißbräuche in seiner Verwaltung beseitigt würden. Gleichzeitig brachte Salisbury den Entwurf eines Handelsvertrags mit Marokko zur Kenntnis der Signatarmächte und lud sie ein, ihn zu unterstützen, da der Vertrag für Großbritannien nicht den geringsten Vorteil vor anderen Mächten in Anspruch nehme. Alle Signatarmächte, besonders Deutschland und Italien, haben ihre Unterstützung gewährt, nur Frankreich hat sie versagt; und als die britische Mission infolge französischer Intrigen scheiterte, wurde ihr Mißerfolg von der französischen Presse als ein Triumph der französischen Diplomatie gefeiert<sup>2)</sup>. Frankreich wollte eben nichts weniger als die Unabhängigkeit und Integrität des marokkanischen Reichs. Caprivi dagegen, von den Alldeutschen wegen seiner Unterstützung des englischen Vorgehens allzu großer Englandfreundlichkeit bezichtigt, antwortete, daß Deutschland vor allem den Wunsch habe, sich das Ein-

---

<sup>1)</sup> Siehe Conring a. a. O. S. 63, 64.

<sup>2)</sup> Siehe Morel a. a. O. p. 11.

vernehmen mit England zu sichern. Umgekehrt erstrebten die Alldeutschen für Deutschland dasselbe wie die französischen Kolonialpolitiker für Frankreich. Sie verlangten deutsche Kohlenstationen an der marokkanischen Küste und einen Anteil von Marokko, wenn es zerstückt würde.

Die englandfreundliche Politik Caprivi's hat wesentlich dazu beigetragen, die wegen seiner Herabsetzung der Getreidezölle gegen ihn entfachte Agitation der deutschen Schutzzöllner zu steigern. Sie wurde durch den über seinen Sturz erbitterten Bismarck eifrig genährt. Als er im Amte war, war er allerdings für den Erwerb von Lüderitzland als deutscher Kolonie erst zu haben gewesen, nachdem England, dem er es anheimgestellt hatte, es abgelehnt hatte, und Fürst Bülow berichtet <sup>1)</sup> von ihm, daß er zu sagen pflegte: „In Ägypten sind wir englisch, in Serbien österreichisch und in Bulgarien russisch“; nach seinem Sturz aber, 1893, hat er zu Heinrich von Sybel gesagt <sup>2)</sup>: „England ist der gefährlichste Gegner Deutschlands.“ Derartige Aussprüche waren Wasser auf die Mühle der Alldeutschen. Caprivi wurde 1894 der maßlosen, von Bismarck begünstigten Agitation der vereinten Schutzzöllner und Alldeutschen vom Kaiser geopfert, und nach Anhalten des deutschen Schiffs „Bundesrat“ durch britische Kriegsschiffe während des Burenkriegs begann Deutschland den Bau einer Kriegsflotte, zunächst bescheiden — 1896 besaß Deutschland nur erst drei Kreuzer — dann in steigendem Maße.

3. Von da ab entwickelt sich der Gegensatz zwischen England und Deutschland infolge beiderseitiger Schuld.

Englands Schuld bestand darin, daß es allein unter allen Nationen sich weigerte, die Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auch im Kriege, die sog. Freiheit der Meere, anzuerkennen. Das war ein Überbleibsel des alten Merkantilismus. Dessen Grundgedanke war, daß kein Land gewinnen könne, ohne daß ein anderes verliere. Das Merkantilssystem bedeutete einen Krieg jeden Staats gegen alle übrigen <sup>3)</sup>. Seine Kriege waren nur die folgerichtige Durchführung seines Grundgedankens, indem es sich der Waffengewalt als eines Mittels zur Förderung des eigenen auf Kosten des fremden Handels bediente, und die Zerstörung des schwimmenden Privateigentums des Feindes und der mit ihm Handel

<sup>1)</sup> Fürst von Bülow, Deutsche Politik. Berlin 1916. S. 85.

<sup>2)</sup> Ebenda S. 25.

<sup>3)</sup> Siehe W. Roscher, Nationalökonomik des Handels und Gewerbefleißes, § 39. Ebenso Captain Mahan, der berühmte Verfasser von The influence of sea power upon history, in einem 1890 veröffentlichten Aufsatz: „Was ist unser Protektionssystem anders als ein organisierter Krieg?“ Siehe A. T. Mahan, Die weiße Rasse und die Seeherrschaft. Leipzig 1909. S. 11.



treibenden Neutralen nur ein weiterer Ausfluß desselben Prinzips. Daher das Streben Englands nach Beherrschung der Meere seit dem ersten Aufkommen merkantilistischer Denkweise. Aber, wie schon bemerkt, hat Cobden schon 1835 seinen Landsleuten gezeigt<sup>1)</sup>, daß dieses Streben notwendig zu Haß und Gegenmaßregeln der übrigen Nationen führe, und noch 1862, nachdem England alle seine Schutzzölle und die Navigationsgesetze abgeschafft und das Monopol des Handels mit seinen Kolonien preisgegeben hatte, hat er ihnen gelehrt<sup>2)</sup>, daß die Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auch im Kriege ebenso wie alle ebengenannten Maßnahmen zum Freihandel gehöre. Er hat sie vor den Folgen ihres Bestehens auf der Beherrschung der Meere gewarnt. Aber die Imperialisten waren für den Verzicht darauf nicht zu haben gewesen. Sie hatten also kein Recht sich zu beklagen, wenn Deutschland zum Schutz seines Handels eine Kriegsflotte baute. Sie haben es dazu genötigt, wollte es im Falle eines Kriegs, gleichviel zwischen wem er geführt wurde, die Früchte seiner Arbeit nicht willkürlicher Beraubung durch die Engländer preisgeben.

Deutschlands Schuld bestand in seinem vollständigen Rückfall in die Anschauungsweise des Merkantilismus, von der das freihandelsstolze England nur in einem Punkte sich nicht hatte trennen wollen. In voller Erkenntnis, daß im normalen Handel, bei dem der eine gewinnt, auch der andere gewinnt, und das Aufblühen der anderen Nationen die Voraussetzung des Aufblühens der eigenen ist, war Deutschland unter schrittweiser Annäherung an vollen Freihandel aufgeblüht. Da erfolgte Ende der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts seine Rückkehr zu der Auffassung, daß der Vorteil des einen auf dem Schaden des anderen beruhe, und zu der Roßtäuschepolitik, daß es in einem Handelsvertrag darauf ankomme, den Gegenkontrahenten zu übervorteilen. Seine ganze Wirtschaftspolitik wurde auf Feindseligkeit gegen das Ausland aufgebaut. Es hätte den dauernden Frieden nur sichern können, wenn es zum Freihandel zurückgekehrt wäre und sich mit England, auf Grundlage der Anerkennung der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See auch im Kriegsfall, über die Abrüstung verständigt hätte. Zu beidem wollte Deutschland sich nicht ver-  
stehn. Es hat seine Schutzzollpolitik zu einer wirtschaftlichen Aggressivpolitik ausgestaltet und — übrigens ebenso wie Frankreich — jedwede vertragsmäßige Beschränkung der Rüstungen abgelehnt. So kam als notwendige Ergänzung seines Neomerkantilismus auch die Rückkehr zur Politik, die Waffengewalt in den Dienst des Handels zu stellen, und die Reden des

<sup>1)</sup> Siehe The political writings of Richard Cobden. London 1867. I, 284—339.

<sup>2)</sup> Ebenda II, 20.

Deutschen Kaisers mußten in England die Vorstellung erwecken, das Ziel Deutschlands bei seiner seit 1897 einsetzenden Steigerung seines Flottenbaus ginge weit über den Schutz seines Handels hinaus.

Schon die am 3. Januar 1896 an Krüger gesandte Depesche, worin er ihn zur Festnahme Jamesons beglückwünschte, hatte tiefe Mißstimmung gegen Deutschland in England erregt. Sie steigerte sich, als der Kaiser ein Jahr darauf, am 17. Januar 1897, erklärte: „Der Dreizack gehört in unsere Faust.“ Von da ab in fünfzehn Jahren vier große Flottenvorlagen und, kaum daß eine angenommen war, ein neuer Ausspruch des Kaisers, der die Seegewalt für Deutschland in Anspruch nahm. Die Folge war schon damals viel Gerede unter den englischen Imperialisten<sup>1)</sup> über einen kommenden Krieg um die Weltherrschaft. Am 9. November 1898 hat der Kaiser dann zu Damaskus „den 200 Millionen Mohammedanern, die auf der Erde zerstreut leben“, versichert, „daß zu allen Zeiten der Deutsche Kaiser ihr Freund sein wird“, was den Engländern, die über viele Millionen Mohammedaner herrschen, erschien, als sollten sie unter Kontrolle des Deutschen Kaisers gestellt werden. Auch überlegte man in England nicht, daß die Ablehnung von Chamberlains dreimal gemachtem Anerbieten einer englisch-deutschen Allianz durch Bülow die notwendige Folge der von den Engländern verweigerten Freiheit der Meere gewesen ist. Bülow lehnte ab, weil er befürchtete<sup>2)</sup>, daß Deutschland dadurch ins Schlepptau von England gerate und in der Vergrößerung seiner Flotte behindert werde; die Engländer aber sahen darin ein Zeichen, daß Deutschland Pläne verfolge, die gegen die englischen Interessen gerichtet seien<sup>3)</sup>. Diese Auffassung erschien um so mehr gerechtfertigt, als Bülow bei Empfehlung einer neuen Flottenvorlage im Reichstag den Ausspruch tat: „In dem kommenden Jahrhundert wird das deutsche Volk — d. h. Deutschland als Reich — entweder Hammer oder Amboß sein.“ Deutschland baute also eine Flotte, um England niederzuhämmern. Am 3. Juli 1900 sagte der Kaiser, der Ozean beweise, „daß ohne Deutschland und ohne den Deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen dürfe“; die Engländer, die noch mit den Buren beschäftigt waren, haben dann geschickt sich der chinesischen Wirren bedient, um den gefährlichen Rivalen anderwärts zu beschäftigen; sie schickten ihn an der Spitze eines Heers der Großmächte nach China; und als Rußland diese Gelegenheit nutzte, um die Mandschurei zu besetzen, schloß England ein Abkommen mit Deutschland betreffend den Bestand von China und der „offenen Tür“, das beiden ein gemeinsames Interesse an seiner

---

<sup>1)</sup> Siehe W. S. Blunt, *My Diaries*, p. 487.

<sup>2)</sup> Siehe Fürst von Bülow a. a. O. S. 28 ff.

<sup>3)</sup> Siehe Earl Loreburn, *How the war came*. London 1919. p. 72.

Durchführung geben sollte; als aber Rußland nach Zurückziehung der Truppen der Großmächte aus China sich Sonderrechte in der Mandschurei sicherte, die nach englischer Auffassung dem englisch-deutschen Abkommen widersprachen und daher das Auftreten Deutschlands gegen Rußland erfordert hätten, hat Bülow im März 1901 im Reichstag erklärt, daß sich dieses Abkommen auf die Mandschurei nicht bezöge; darauf schwand alles Vertrauen der Engländer in die Zuverlässigkeit Deutschlands. Als gar der Kaiser nach einer Zusammenkunft mit dem Zaren in Reval im Sommer 1902 an diesen telegraphierte: „Der Admiral des Atlantischen Ozeans dem Admiral des Stillen Ozeans“, schien es erwiesen, daß der deutsche Flottenbau gegen England sich richtete, um ihm die Seeherrschaft, die es seit Jahrhunderten beansprucht hatte, zu entreißen.

4. Schon im Jahre vorher war die Königin Viktoria gestorben. Mit der seit dem Krimkrieg verfolgten Nichteinmischungspolitik in europäische Angelegenheiten hatte England schon durch Chamberlains Bündnisangebote an Deutschland gebrochen. Vom Jahre 1903 an verstand es Eduard VII., seinen persönlichen Einfluß auf die auswärtige Politik Englands zur Geltung zu bringen, wobei Hardinge sein hauptsächlicher Berater war<sup>1)</sup>. Dieser Einfluß war gegen Deutschland gerichtet. Er suchte durch eine Reihe von Ententen die anderen Staaten an sich zu ziehen und so Deutschland allmählich matt zu setzen. Diesem Ziele wurden sogar nicht unwichtige britische Interessen geopfert. Eduard VII. hatte dabei weniger die Absicht, England im Falle eines Kriegs den Sieg über Deutschland zu sichern; er glaubte vielmehr dadurch eben den Ausbruch eines Kriegs zu hindern, und wurde deshalb vielfach als Friedensfürst gefeiert; nur daß er übersah, daß England durch seine Ententen in Abhängigkeit von Staaten geriet, die seit Jahrzehnten auf den Krieg hinarbeiteten. Die wichtigste dieser Ententen war die mit Frankreich. Aber Frankreich war der Verbündete Rußlands, des traditionellen Feindes Englands in Asien, der im Februar 1904 von dem mit England verbündeten Japan ohne Kriegserklärung angefallen worden war; außerdem stand dem Einvernehmen mit Frankreich die „Schmach von Faschoda“ im Wege. Es war ein diplomatisches Meisterstück, über beides hinwegzukommen, Rußland, den Verbündeten Frankreichs, durch Japan, seinen eigenen Verbündeten, schlagen zu lassen und gleichzeitig mit Frankreich die intimsten Beziehungen anzuknüpfen. Das Frühstück Eduards mit Delcassé im Frühjahr 1903 hat beides eingeleitet. Als Japan Rußland anfiel, erklärte Delcassé, abweichend vom russischen Minister des Äußeren von Giers, das Bündnis Frankreichs mit Rußland beziehe sich nur auf Eu-

---

<sup>1)</sup> Siehe W. S. Blunt, My Diaries II, p. 488.

ropa, und überließ Rußland den Japanern, und zum Vergessen Faschodas führte der Weg über Marokko.

Ich habe schon erzählt, wie die Franzosen 1891 die Bemühungen Lord Salisburys, die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos durch Reformen in seiner Verwaltung zu sichern, zu Fall gebracht haben. Den nächsten Schritt zur Verwirklichung ihrer Absichten auf Marokko tat Delcassé. Zur Zeit, da er Minister des Äußeren geworden, und noch viele Jahre nachher galten die Engländer den Franzosen als ihre größten Gegner in Marokko<sup>1)</sup>. Der nach Rache für Faschoda dürstende Delcassé suchte die Verwicklung Englands in den Burenkrieg zur Verwirklichung der französischen Pläne zu nützen<sup>2)</sup>. Als ein Franzose bei Unruhen zufällig das Leben verloren hatte, schüchterte er erst den Sultan durch eine Flottendemonstration ein, bis er Genugtuung gab, und ließ ihm dann (am 27. Juli 1901) durch den französischen Gesandten sagen, „daß Frankreich, je nachdem sich die Regierung des Sultans entscheide, ihr zuverlässigster Freund oder ihr gefährlichster Feind sein könne“... „von ihm hänge es ab, in den Franzosen die sichersten, auf die Erhaltung der Integrität seiner Macht am meisten bedachten Freunde zu sehen, die mehr als alle übrigen Nationen imstande seien, sie im Notfall zu schützen. Ihre Loyalität wie übrigens auch ihr Interesse seien ihm Bürgen, daß sie ihr keinen Abbruch täten“<sup>3)</sup>. Für diese Loyalität ist bezeichnend, daß Delcassé zur selben Zeit, da er so dem Sultan die Integrität seiner Macht garantierte, mit Spanien über die Teilung Marokkos zu verhandeln begann<sup>4)</sup>. Diese Verhandlungen fanden hinter dem Rücken Englands statt. Ende September 1902 erhielt das Abkommen Frankreichs mit Spanien definitive Gestalt. Spanien sollte das nördliche Zentralmarokko, einschließlich Fez und Taza, und die nördliche marokkanische Küste am Atlantischen Meer, Frankreich den Rest erhalten. Schon glaubte Delcassé, die marokkanische Frage damit endgültig gelöst zu haben. Da verzichtete der Ministerpräsident Sagasta plötzlich auf sein Amt. England hatte von dem, was vorging, Wind erhalten, und es fand sich kein spanischer Minister, der den Vertrag zu ratifizieren bereit war. So scheiterte Delcassés erster Versuch, Frankreich ein Protektorat über Marokko zu verschaffen.

5. Aber Delcassé verzichtete nicht auf sein Ziel und erstrebte es mit derselben Doppelzüngigkeit wie bisher. Die Gelegenheit, sich ihm zu

<sup>1)</sup> Sogar noch auf dem Nationalen Afrikanischen Kongreß, der im Oktober 1908 in Paris abgehalten wurde, hat André Tardieu gesagt, Großbritannien sei seit 20 Jahren der gefährlichste Gegner Frankreichs in Marokko gewesen. Morel, Ten years, p. 48.

<sup>2)</sup> Siehe Morel, The black man's burden p. 75.

<sup>3)</sup> Ministère des affaires étrangères. Documents diplomatiques. Affaires du Maroc 1901—1905. Paris 1905. p. 20. Fortan zitiert als Gelbbuch.

<sup>4)</sup> Morel, Ten years, p. 49 ff.

nähern, ergab sich, als England, um mit Frankreich zu einer Entente zu gelangen, die zahlreichen, in verschiedenen Teilen der Welt zwischen Frankreich und England bestehenden Ursachen zu Reibungen am 8. April 1904 durch eine Anzahl von Sonderabmachungen gleichzeitig beseitigte. Die wichtigste darunter war die, in der der damalige britische Minister des Äußern, Lord Lansdowne, der traditionellen Politik Englands in Marokko zugunsten Frankreichs entsagte, gegen dessen Verzicht auf Untergrabung der englischen Stellung in Ägypten. Nun wurde Fashoda vergessen. Der Weg zu einer Entente gegen Deutschland war frei. England erkannte in dem Vertrage an, daß Frankreich als Nachbarstaat von Marokko das Recht habe, die Ruhe dort zu erhalten und dem Sultan im Notfall militärische und finanzielle Hilfe bei seinen Verwaltungsreformen zu leisten, vorausgesetzt, daß die Maßnahmen, welche Frankreich zu diesem Zwecke ergreife, die Rechte nicht verletzen, welche England auf Grund von Verträgen, Abmachungen und des Herkommens in Marokko genieße, einschließlich des Rechtes zum Küstenhandel zwischen den Häfen Marokkos, dessen sich die britischen Schiffe seit 1901 erfreuten. Außerdem versprachen sich die beiden Mächte, daß Engländer und Franzosen sowohl in Ägypten als auch in Marokko gleich hohen Zöllen, Abgaben und Eisenbahnfrachten unterworfen sein sollten, indes nur für die Dauer von 30 Jahren. Abgesehen von dieser Begrenzung leidet das Abkommen an dem Fehler, daß nichts darin vorgesehen ist, um den Unternehmungen der verschiedenen Nationen sowohl bei öffentlichen Arbeiten in Marokko als auch in der Entwicklung des Bergbaus die Beteiligung zu gleichen Bedingungen zu sichern. Die wichtigsten Bestimmungen des Vertrags waren indes der Art. 1, in dem Frankreich ausdrücklich versprach, daß es den „politischen Zustand“ Marokkos nicht ändern, d. h. an der Souveränität des Sultans und der Integrität seines Reichs nicht rütteln werde, und der Art. 8, der vorsah, daß Frankreich sich mit Spanien verständigen solle. Im Art. 9 haben beide Regierungen sich „diplomatische Unterstützung“ in Durchführung des Abkommens zugesagt.

Aber gleichzeitig mit dieser zu veröffentlichenden Abmachung, in der sich die Franzosen verpflichteten, am politischen Zustand Marokkos nichts zu ändern, hat Delcassé mit Balfour und Lansdowne ein geheimes Abkommen getroffen, worin diese auf eben jene Abmachung zwischen Frankreich und Spanien von 1902 zurückkamen, die damals am Einspruch Englands gescheitert war. Es konnte Großbritannien nicht gleichgültig sein, wenn eine militärisch so starke Macht wie Frankreich die Nordküste Marokkos beherrschte. Daher Spanien das ihm 1902 von Delcassé in Aussicht gestellte Gebiet erhalten sollte, indes nur dann, wenn es sich zur Be-

obachtung der in Englands Interesse getroffenen Bestimmungen des öffentlichen Vertrages verpflichtete. Den Rest, d. h. vier Fünftel von Marokko sollte Frankreich erhalten. Damit war Frankreich das so lange erstrebte Protektorat über Marokko von Großbritannien zugesprochen.

Im folgenden Oktober dann die entsprechenden Verträge Frankreichs mit Spanien. Auch hier wieder ein öffentlicher und ein Geheimvertrag. In dem ersteren erklären Frankreich und Spanien, daß sie „streng an der Integrität des marokkanischen Reichs unter der Souveränität des Sultans“ festhalten; in dem gleichzeitigen Geheimvertrag verabreden sich beide Mächte über die Teilung Marokkos. Art. 2 desselben setzt die Einflußsphäre Spaniens in der gleichen Weise wie in dem 1902 an Englands Widerspruch gescheiterten Verträge fest; es soll darin dasselbe Recht des Vorgehens haben wie Frankreich in dem ihm im französisch-britischen Verträge zugeschriebenen Rest von Marokko. Indes verpflichtet sich Spanien, von diesen ihm zugesprochenen Rechten während 15 Jahren keinen Gebrauch zu machen, ohne die Zustimmung von Frankreich, es sei denn, daß das marokkanische Reich zusammenbräche, dessen Regierung die Ordnung nicht aufrechtzuerhalten vermöge oder irgendeine andere Ursache vorläge, die von beiden Parteien als zu reichend erkannt würde. Nach Art. 8 darf Spanien, falls es zu einer militärischen Operation schreitet, in keinem Falle die Hilfe einer fremden Macht in Anspruch nehmen. Art. 10 bestimmt, daß alle öffentlichen Arbeiten, Eisenbahnbauten u. dgl., Bergwerksunternehmungen und wirtschaftliche Unternehmungen überhaupt sowohl in der französischen, wie der spanischen Einflußsphäre, d. h. in ganz Marokko, nur an französische und spanische Unternehmer vergeben werden dürfen. Damit wurde nicht nur jede britische Unternehmung, sondern auch die jeder anderen Nation zugunsten der französischen Unternehmungen — denn spanische kamen praktisch nicht in Betracht — ausgeschlossen.

6. Es ist diplomatische Etikette, daß Abmachungen zwischen zwei Ländern, welche die Interessen eines befreundeten dritten berühren, diesem in schriftlicher Form zur Kenntnis gebracht werden. Dementsprechend hat Großbritannien der deutschen Regierung von seinem Abkommen mit Frankreich, soweit es sich auf Ägypten bezog, formell Mitteilung gemacht<sup>1)</sup>. Hinsichtlich der Marokko betreffenden Abmachungen, soweit sie für die Öffentlichkeit bestimmt waren, hätte Frankreich dieselbe Höflichkeitspflicht zu erfüllen gehabt. Delcassé hat sie weder gegen-

<sup>1)</sup> „The British Government, as the party more particularly interested in the Egyptian section of it, formally notified the Powers — notably Germany.“ Morel, Ten years, p. 52. Dagegen machte Großbritannien keine Anzeige von den auf Marokko bezüglichen Bestimmungen des Vertrags; da es auf Marokko zugunsten Frankreichs verzichtet hatte, überließ es dies Frankreich.

über Spanien noch gegenüber Deutschland erfüllt. Spanien mußte er, als er mit ihm über den französisch-spanischen Ergänzungsvertrag, der am 6. Oktober 1904 zum Abschluß kam, verhandelte, selbstverständlich davon Mitteilung machen. Dagegen unterließ Delcassé, Deutschland das britisch-französische Abkommen formell zur Kenntnis zu bringen. Wohl aber hatte Delcassé, bevor dieses am 8. April 1904 unterzeichnet wurde, mit dem deutschen Botschafter in Paris, Fürsten Radolin, darüber gesprochen. Dieser hatte von den britisch-französischen Verständigungsverhandlungen gehört und am 23. März 1904 gelegentlich Delcassés diplomatischem Empfang diesen über deren Inhalt und speziell auch über die Marokko betreffende Verständigung befragt. „Wir wollen,“ hatte Delcassé geantwortet, „in Marokko den gegenwärtigen politischen und territorialen Zustand erhalten; aber dieser Zustand muß, um haltbar zu sein, offenbar gestützt und verbessert werden. Allein im Laufe der letzten Jahre hat uns Marokko durch wiederholte Angriffe starke und rechtmäßige Gründe zu einer Intervention gegeben. Ich habe aber, jedesmal mit mehr Mühe, den natürlichen Forderungen derjenigen widerstanden, welche vergossenes Blut rächen wollten, und denjenigen, welche in Marokko selbst Bürgschaften zu suchen verlangten für die Sicherung unserer algerischen Grenze und für die Ruhe der Bevölkerung, die an der Grenze wohnt. — Alle Welt werde von dem Abkommen Nutzen haben: Es ist überflüssig, hinzuzufügen, daß, unter welcher Form auch immer wir veranlaßt werden, dem Sultan Hilfe zu leisten, die Handelsfreiheit streng und vollständig geachtet werden wird.“ „Fürst Radolin,“ schrieb Delcassé am 27. März an Bihourd, den damaligen französischen Botschafter in Berlin<sup>1)</sup>, „fand meine Darlegungen sehr natürlich und durchaus vernünftig und dankte mir lebhaft für die ihm von mir gewordene Auskunft.“ Zwei Tage, nachdem diese Unterredung Delcassés mit Radolin stattgefunden, am 25. März, hat Bihourd an Delcassé eine Depesche geschickt, worin er ihm über eine am 20. März in Eßlingen stattgefundene Versammlung der Alldeutschen berichtete<sup>2)</sup>, worin Marokko als deutsche Ackerbaukolonie und Stützpunkt für die deutsche Flotte in Anspruch genommen worden war, gleichzeitig aber auch über einen Artikel in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, worin von den französisch-englischen Verhandlungen über Marokko gesagt war, nach dem, was man darüber gehört habe, sei kein Grund, die im Werk befindliche französisch-englische Verständigung über Marokko vom deutschen Standpunkt mit unfreundlichen Augen zu betrachten. Dieser Ar-

<sup>1)</sup> Siehe das schon zitierte französische Gelbbuch über Marokko 1901—1905, p. 122, No. 142.

<sup>2)</sup> Siehe ebenda p. 121, No. 141.

tikel war wohl der Widerhall eines Berichtes, den Radolin über seine Unterredung mit Delcassé nach Berlin gesandt haben dürfte. Jedenfalls zeigt sich, daß Deutschland die Bestimmungen des bekanntgegebenen britisch-französischen Abkommens liebenswürdig aufgenommen hat. Auch Delcassé scheint diesen Eindruck gehabt zu haben. Er hat am 27. März Bihourd sein Gespräch mit Radolin mitgeteilt und ihn dabei angewiesen, mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen in gleichem Geiste zu sprechen, und sich beeilt, sein an Bihourd über seine Unterredung mit Radolin gesandtes Telegramm am 28. März an die französischen Botschafter in London, Petersburg, Rom und Madrid zu telegraphieren<sup>1)</sup>. Er war mit der deutschen Aufnahme also augenscheinlich sehr zufrieden. Am 8. April 1904 wurde der französisch-englische Vertrag unterzeichnet und am selben Tage veröffentlicht, der gleichzeitig abgeschlossene Geheimvertrag selbstverständlich nicht.

7. Aber wenn Fürst Radolin den Vertrag auch sehr freundlich und auf Grund seines Berichts das Auswärtige Amt und die von ihm beeinflusste Presse ihn nicht unfreundlich aufnahmen, so hat der Deutsche Reichskanzler Graf Bülow doch Delcassés Gespräch mit Radolin nicht als Ersatz der fehlenden Notifizierung des Vertrags anerkannt. Als die Alldutschen Lärm schlugen, weil die deutschen Interessen durch ihn verletzt seien, hat er am 12. April im Reichstag betont, daß ihm der Vertrag amtlich nicht zur Kenntnis gebracht sei, dabei aber erklärt, daß kein Grund zur Annahme vorliege, daß er eine Spitze gegen eine andere Macht habe und andere Zwecke verfolge als die Beilegung von Streitpunkten zwischen England und Frankreich. Eine solche sei im Interesse des Weltfriedens auch deutscherseits sehr zu begrüßen. Was speziell Marokko angehe, so habe Deutschland dort nur wirtschaftliche Interessen, deren Gefährdung nicht zu befürchten sei. Und als am 14. April Graf Reventlow auf den Vertrag zurückkam, der in Deutschland als Demütigung aufgenommen worden sei, hat ihm Bülow geantwortet, ob Deutschland zum Schwert hätte greifen sollen, um ein Stück von Marokko für sich zu erlangen; er hat es abgewiesen, Deutschland in ein solches Abenteuer zu stürzen. Aber diese trefflichen Äußerungen würden vielleicht größeres Vertrauen in die Dauer des Friedens geweckt haben, hätte er sie nicht mit den Worten geschlossen: Ich möchte dem Grafen Reventlow, der eine Neigung zur Diplomatie zu haben scheint, sagen, daß, wenn man „allenthalben“ Reibungsflächen zu schaffen gewillt ist, man es nicht von allen Dächern verkünden muß. Friedrich der Große hat in der Politik vielleicht da und dort einen machiavellistischen Schachzug getan, aber er hat den Anti-Machiavell vorher geschrieben. Dieser Schluß legte

---

<sup>1)</sup> Ebenda p. 123, No. 143.



es nahe, daß auch die Abweisung Reventlows nur ein Anti-Machiavell sei, den der Deutsche Reichskanzler ganz entgegengesetzten Maßnahmen vorausschicke.

Während die Übersetzung der Bülowschen Rede im französischen Gelbbuch diese den Glauben an den Ernst von Bülow's friedlicher Gesinnung schädigende Stelle bringt, hat sie den Satz ausgelassen, worin Bülow sagt, daß er vom französisch-englischen Verträge keine amtliche Kenntnis habe<sup>1)</sup>. Ich sehe darin die Absicht Delcassés, seinen Landsleuten zu verheimlichen, daß Bülow diesen Vorstoß gegen die diplomatische Etikette von Anfang an gerügt habe. Bihourd hat ihn von Anbeginn mit Unbehagen empfunden und üble Folgen davon vorhergesehen. Er suchte diesen zuvorkommen und telegraphierte am 18. April an Delcassé, ob er nicht den deutschen Staatssekretär von Richthofen bei dessen nächstem diplomatischen Empfang „ohne seine Fragen abzuwarten“, von dem französisch-englischen Abkommen und speziell von der im Artikel 4 desselben gegebenen Zusicherung der Handelsfreiheit unterhalten solle<sup>2)</sup>. In deutschen Zeitungen war nämlich mit Recht hervorgehoben worden, daß diese Zusicherung nur den beiden vertragsschließenden Mächten, nicht aber den übrigen Signatarmächten der Madrider Konvention von 1880 gegeben sei, und daß sie sich auf die Dauer von nur 30 Jahren, eine kurze Zeit im Leben der Nationen, erstrecke. Bihourd wollte die Zusicherung der Handelsfreiheit auf alle im Handelsverkehr mit Marokko stehenden Mächte erstrecken<sup>3)</sup>. Delcassé hat gegen letzteres nichts eingewendet. Aber sein Verstoß gegen die diplomatische Etikette war wohl nicht ohne die Absicht geschehen, Deutschland anzudeuten, daß es in marokkanischen Angelegenheit nicht mitzureden habe<sup>4)</sup>. Jedenfalls hat er von einer Nachholung der unterlassenen Notifikation, zumal nachdem sie von Bülow gerügt worden war, eine Schädigung der Würde Frankreichs befürchtet<sup>5)</sup>. Er versteifte sich also darauf, daß mit der Mitteilung, die er am 23. März dem Fürsten Radolin gemacht hatte, nicht nur allen diplomatischen Anforderungen Genüge geschehen sei, sondern sich darin sogar ein beson-

---

<sup>1)</sup> Vgl. ebenda S. 126, No. 150.

<sup>2)</sup> Ebenda S. 128, No. 151.

<sup>3)</sup> Ebenda S. 130, No. 153.

<sup>4)</sup> *Pressensé* schrieb im *Temps*, der damals eine andere Richtung verfolgte wie heute: „Herr Delcassé, trunken von der Entente mit England, zu der er sich erst in der elften Stunde verstand, und hypnotisiert durch die Gunst des Zaren, hielt die Stunde für heroische Unternehmungen gekommen. Er träumte, wenn er es nicht bewußt beabsichtigte, von einer Art Revanche durch Demütigung Deutschlands.“ *Morel* p. 93.

<sup>5)</sup> Er hat auch später, als es zur ersten Marokko-Krise gekommen und Delcassés Kollegen im Ministerium diese Nachholung von ihm verlangten, sie verweigert.

ders liebenswürdiges Entgegenkommen zeige, wie dies auch von Radolin anerkannt worden sei <sup>1)</sup>). Er telegraphierte daher an demselben 18. April an Bihourd zurück <sup>2)</sup>), er möge dem deutschen Staatssekretär in der Form, die ihm als die passendste erscheine, die Erklärungen wiederholen, die er am 23. März dem Fürsten Radolin gemacht habe. Die französisch-englischen Abmachungen zeigten unzweideutig, daß Lord Lansdowne und er sich ausschließlich bemüht hätten, ihren beiderseitigen Ländern zu dienen, ohne den Interessen irgendeiner anderen Macht zu nahe zu treten. „Sie können dies ohne Umschweife erklären, denn es entspricht der Wahrheit, und unserer Würde geschähe dadurch kein Eintrag.“ Bihourd hat dann am 26. April im Sinne Delcassés mit Richtigem gesprochen und dabei betont, daß er es gewürdigt habe, wie der Reichskanzler im Reichstag betont habe, daß die französisch-englische Verständigung gegen keine Macht gerichtet sei und die deutschen Handelsinteressen in keiner Weise bedrohe <sup>3)</sup>). Er wollte dabei augenscheinlich auch festlegen, daß Bülow von der Verständigung Kenntnis genommen habe.

Aber trotz der Erklärung Bülows ging die Agitation des deutschen Kolonialvereins und der Alldutschen gegen die französisch-englische Verständigung weiter. Auf einer Versammlung des ersteren am 30. Mai wurde einstimmig eine Adresse an den Deutschen Reichskanzler beschlossen, worin, solange der zeitige Zustand in Marokko dauere, Aufrechterhaltung voller Handelsfreiheit und aller politischen und kommerziellen Rechte der in Marokko lebenden Deutschen, und für den Fall, daß am politischen Zustand Marokkos etwas zugunsten Frankreichs geändert werde, für das Deutsche Reich Kompensationen verlangt werden, welche zum mindesten dem Machtzuwachs Frankreichs gleichkämen, Kompensationen, die gleichzeitig den deutschen Interessen in Marokko, dem Bedürfnis der deutschen Flotte nach Stützpunkten und dem Bedürfnis Deutschlands nach Ausbreitung seiner Bevölkerung entsprächen. Wenige Tage darauf eine Versammlung der Alldutschen in Lübeck. Sie verlangte im politischen und wirtschaftlichen Interesse Deutschlands die Annexion der atlantischen Küste Marokkos, erklärte es für eine Demütigung Deutschlands, daß es nicht zu dem französisch-englischen Abkommen zugezogen worden sei, und forderte die deutsche Regierung auf, die Gelegenheit zu nützen, um die deutschen Ansprüche zur Geltung zu bringen und im marokkanischen Reich festen Fuß zu fassen. Bihourd hat über beide Versamm-

---

<sup>1)</sup> Gelbbuch No. 244, S. 211.

<sup>2)</sup> Ebenda S. 129, No. 152.

<sup>3)</sup> Gelbbuch S. 131, No. 155.

lungen an Delcassé berichtet <sup>1)</sup>, jedoch nicht ohne hinzuzufügen, daß die ernst zu nehmende Presse, diese Beschlüsse energisch abgelehnt habe, so der Börsenkurier, die Nationalzeitung, die Kreuzzeitung.

In den Beschwerden des Deutschen Kolonialvereins und der Alldeutschen war berechtigt, daß das französisch-englische Abkommen nur Großbritannien und auch diesem nur für 30 Jahre Handelsfreiheit zusicherte. Die Ausdehnung auf sämtliche Mächte wurde erst in den darauffolgenden amtlichen Erklärungen Frankreichs zugestanden. Delcassé hat darin, entgegen dem Wortlaut des französisch-englischen Abkommens, so geredet <sup>2)</sup>, als habe sich die in diesem Großbritannien gegebene Zusicherung von Anfang an auch auf Deutschland erstreckt. Dagegen blieb die Beschränkung dieser Zusicherung auf 30 Jahre bestehen <sup>3)</sup>, und außerdem war in dem Abkommen von Freiheit und rechtlicher Gleichstellung nicht-französischer Unternehmungen mit den französischen keine Rede. Was diese Unterlassung bedeutete, zeigt, daß Art. 10 des französisch-spanischen Geheimvertrags diese sogar ausdrücklich ausschloß.

Der im französisch-englischen Abkommen vorgesehene Vertrag zwischen Frankreich und Spanien ist, wie ich schon erzählt habe, am 6. Oktober 1904 getätigt worden. Diesmal hat Delcassé die Notifikation nicht unterlassen. Noch an demselben Tage hat er die französischen Botschafter in Petersburg, Berlin, Wien, Rom und Washington angewiesen <sup>4)</sup>, den Regierungen, bei denen sie beglaubigt seien, noch vor der Veröffentlichung des neuen Vertrags dessen Wortlaut mitzuteilen. Er ist sehr einfach. Er besagt nur, daß Spanien, dem von der französisch-englischen Verständigung vom 8. April Mitteilung gemacht worden, dieser beigetreten sei, und daß beide Mächte „streng festhalten an der Integrität des marokkanischen Reichs unter der Souveränität des Sultans“. Die französisch-englische Verständigung vom 8. April erschien somit als die Hauptsache, und nach den von Bülow im Reichstag abgegebenen Erklärungen mußte die Welt annehmen, daß sich die deutsche Regierung der Vorzugsstellung nicht widersetze, die Großbritannien Frankreich, als dem Nachbarstaat Marokkos, zugestanden hatte, nämlich dem Rechte, die Ruhe dort zu erhalten und dem Sultan im Notfall bei seinen Verwaltungs-

---

<sup>1)</sup> Gelbbuch S. 136, No. 162 und S. 138, No. 166. Der Börsenkurier sagte, es sei eine patriotische Pflicht, auf die Leichtfertigkeit des Gebarens der Alldeutschen hinzuweisen; die Nationalzeitung, daß Deutschland unmöglich wegen seiner Einfuhr in Marokko, die nur 2—3 Millionen Mark betrage, Krieg führen könne; die Kreuzzeitung, daß man sich nicht den Kopf zerbrechen solle über das, was in 30 Jahren sein werde.

<sup>2)</sup> Gelbbuch S. 167, No. 192.

<sup>3)</sup> Siehe Bihourd im Gelbbuch S. 130, No. 153.

<sup>4)</sup> Gelbbuch S. 164, No. 187.

reformen militärische und finanzielle Hilfe zu leisten. Dies um so mehr, als noch im Juli 1904 der deutsche Gesandte in Tanger, zusammen mit den diplomatischen Vertretern der übrigen Länder, an den französischen Gesandten die Bitte gerichtet hatte<sup>1)</sup>, angesichts der damals im Lande herrschenden Unruhen Maßnahmen zum Schutze der Fremden zu ergreifen. Die führende Stellung Frankreichs in Marokko schien damit auch praktisch von Deutschland anerkannt. Auch der spanisch-französische Vertrag vom 6. Oktober 1904 schien, als er veröffentlicht wurde, den Reichskanzler nicht zu beunruhigen; Deutschland hatte ja, wie er im Reichstag gesagt, nur Handelsinteressen in Marokko, die ihm gesichert erschienen. Auch hat Delcassé den französischen Botschafter in Berlin am 12. Oktober nochmals auf seine Besprechung mit Radolin hingewiesen<sup>2)</sup>, worin dieser seine Darlegungen sehr natürlich und durchaus vernünftig gefunden und für die ihm gewordene Auskunft gedankt habe; „der Vertrag mit Spanien verstärke noch die Garantien, die der internationale Handel in Marokko genieße“; das solle der Botschafter dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen mit aller Deutlichkeit sagen. Das geschah, und Frhr. von Richthofen billigte die Erklärungen durchaus.

8. Aber im Oktober 1904 veröffentlichte Reuters Agentur die augenscheinlich autorisierte Mitteilung<sup>3)</sup>: „Jede Einzelheit des spanisch-französischen Vertrags ist der britischen Regierung bekanntgegeben worden, und die Bedingungen des neuen Vertrags werden mit Genugtuung von den Regierungen von London, Paris und Madrid betrachtet. Der Vertrag enthält eine Anzahl geheimer Klauseln, welche nicht veröffentlicht werden.“ Das mußte auf die Haltung der deutschen Regierung zurückwirken. Außer dem veröffentlichten gab es also noch einen geheimen Vertrag. Morel berichtet<sup>4)</sup>, daß der Geheimvertrag dem Führer der französischen Kolonialpartei Etienne mitgeteilt worden sei; die Indiskretion der französischen Politiker und Journalisten sei notorisch, auch wisse jeder, der mit der diplomatischen Geschichte Frankreichs bekannt sei, daß Abschriften der Geheimverträge, deren Originale am Quai d'Orsay lägen, gegen entsprechende Summen Geldes zu haben seien. Ob der deutsche Botschafter sich eine Abschrift der Geheimverträge verschafft und der Reichskanzler so von den Bestimmungen, welche die Teilung Marokkos zwischen Frankreich und Spanien und den Ausschluß aller Nicht-Franzosen von Unternehmungen in

---

<sup>1)</sup> Siehe Gelbbuch S. 157, No. 178.

<sup>2)</sup> Gelbbuch S. 167, No. 192 und 193.

<sup>3)</sup> Morel, Ten years etc., p. 87.

<sup>4)</sup> Morel, Ten years etc., p. 88.

Marokko vorsahen, Kenntnis erhalten hat? Es ist dies kaum anzunehmen; die Veröffentlichung dieser Geheimklauseln wäre eine Waffe gewesen, welche in dem nunmehr beginnenden Konflikte die öffentliche Meinung von ganz Europa auf die Seite Deutschlands gebracht hätte; das Unterbleiben der formellen Überreichung des französisch-englischen Abkommens vom 8. April dagegen, mußte, zumal Delcassé dessen Inhalt dem Fürsten Radolin bereits am 23. März mitgeteilt hatte, von der Welt als unzureichend erachtet werden, deshalb die Gefahr eines Weltkriegs heraufzubeschwören, als Bülow, wie wir gleich sehen werden, diesen Verstoß gegen die diplomatische Etikette zum Anlaß nahm, um das Abkommen vom 8. April anzufechten. Dabei ist auffallend, daß Fürst Bülow die schon seit 1911 allgemein bekannten Geheimverträge Frankreichs mit Großbritannien und Spanien selbst in seiner 1916 herausgegebenen „Deutschen Politik“ nicht erwähnt. Wie immer es sich aber mit der Kenntnis der deutschen Regierung vom Inhalt der Geheimverträge verhalten haben mag, die offiziöse Mitteilung der Reuterschen Agentur, daß ein geheimes Abkommen über Marokko zwischen Frankreich, Großbritannien und Spanien bestehe, machte es manifest, daß Deutschland bei der Regelung einer Frage, in der es interessiert war, übergangen werden sollte.

Es ließe sich die Frage aufwerfen, ob es von deutscher Seite nicht klug gewesen wäre, entsprechend den Gedanken Bismarcks, die Franzosen sich in Marokko verbeißen und damit für einen Rachekrieg gegen Deutschland unfähig machen zu lassen. Von Deschanel <sup>1)</sup> und anderen französischen Politikern wurde dies als Folge von Delcassés Vorgehen in Marokko befürchtet. Aber das duldeten weder die deutschen Industriellen und Finanzmänner, die ihre kapitalistischen Sonderinteressen unter Zurschautragen der nationalen Flagge verfolgten <sup>2)</sup>, noch auch die Alldeutschen. Die deutsche Regierung war dadurch, daß man sie systematisch links liegen ließ, in ihrer Würde gekränkt. Der Kaiser hatte am 3. Juli 1900 in öffentlicher Rede beansprucht, daß „ohne Deutschland und ohne den deutschen Kaiser keine große Entscheidung mehr fallen dürfe“. Man habe nicht gesiegt und geblutet, „um sich bei großen, gewaltigen Entscheidungen beiseite schieben zu lassen“. Wenn es sein müsse, seien „auch die schärfsten Mittel anzuwenden“. Nun war Deutschland ostensibel zur Seite geschoben. Da wurde Bülow energisch. Sein Standpunkt war, daß die Madrider Konvention von 1880 die Souveränität des Sultans und die Integrität seines

<sup>1)</sup> Siehe Morel a. a. O., p. 90.

<sup>2)</sup> Vgl. das S. 28, Anm. 1 über die Zusammensetzung der an Marokko sich interessierenden Konsortien Gesagte.

Reichs ausgesprochen und allen Signatarmächten das Recht der meistbegünstigten Nation zuerkannt habe; demgemäß könne keine einzelne Signatarmacht ein von der Madrider Konvention abweichendes Abkommen ohne Zustimmung aller übrigen treffen. Als Delcassé den Sultan mit einer Fülle von Reformvorschlägen bestürmte, die, an sich vortrefflich, dem Sultan unbequem waren, unterstützte Deutschland den Sultan in seinem Widerstand, und am 11. Februar 1905 überraschte der französische Geschäftsträger in Tanger, Graf Cherisey, Delcassé mit der Nachricht<sup>1)</sup>, daß sein deutscher Kollege von Kühlmann ihm angezeigt habe, Graf Bülow habe ihm mitgeteilt, daß die deutsche Regierung den Inhalt sämtlicher Abkommen über Marokko nicht kenne und sich in keiner Weise für in der Marokko-Frage gebunden erachte. Darauf eilt Delcassé an Bihourd zu depeschieren<sup>2)</sup>, er möge dem deutschen Auswärtigen Amt seine Unterredung mit Radolin vom 23. März 1904, von der er ihm Kenntnis gegeben, und seine Notifikation des französisch-spanischen Abkommens vom 6. Oktober 1904 in Erinnerung bringen. Bihourd begibt sich sofort in die Wilhelmstraße, und aus einem dort geführten Gespräch geht hervor, daß man deutscherseits den ersten Satz von Kühlmanns Mitteilung im Sinne des zweiten deutet, „daß die deutsche Regierung sich in keiner Weise für in der Marokko-Frage gebunden erachtet“<sup>3)</sup>, und am 22. März 1905 wiederholt Bihourd in einem Situationsbericht<sup>4)</sup>: „Weil die Erklärung vom 8. April 1904 durch das Pariser Kabinett nicht notifiziert worden und ihr in Berlin keinerlei Zustimmung erteilt worden ist, gibt die deutsche Regierung vor, sie amtlich nicht zu kennen und durch sie in keiner Weise gebunden zu sein.“

9. Es war klar, daß die deutsche Regierung nicht gewillt war, die bevorzugte Stellung Frankreichs, welche England im Abkommen vom 8. April ihm als Nachbarstaat Marokkos eingeräumt und an welcher Bülow in seiner Reichstagsbesprechung des Abkommens keinen Anstand genommen, anzuerkennen. Daher auch ein Streit, der an die Empfehlung von Reformen seitens des französischen Gesandten in Fez anknüpfte. Saint-René Taillandier habe deren Durchführung vom Sultan im Namen der Mächte verlangt. Deutschland bestritt, daß er berechtigt gewesen, im Namen der Mächte zu sprechen; der Franzose bestritt, in deren Namen gesprochen zu haben<sup>5)</sup>; der Sultan benützte den Streit, um den verhaßten Reformen zu widerstehen. Da entsandte Bülow den Kaiser nach Tanger. Am 31. März hielt dieser an den ihn begrüßenden

---

<sup>1)</sup> Gelbbuch S. 196, No. 225.

<sup>2)</sup> Ebenda No. 226.

<sup>3)</sup> Ebenda S. 198.

<sup>4)</sup> Ebenda S. 202, No. 232.

<sup>5)</sup> Gelbbuch S. 207, No. 238.

Oheim des Sultans eine Ansprache, worin er demonstrativ betonte, daß Deutschland den Sultan als „völlig freien Souverän“ betrachte. Der Besuch habe den Zweck, kundzutun, daß Deutschlands Kaiser entschlossen sei, mit seiner ganzen Macht Deutschlands Interessen in Marokko zu schützen und sich mit dem Sultan direkt über Mittel zum Schutz dieser Interessen zu verständigen. Hinsichtlich der geplanten Reformen müsse der Sultan „mit großer Vorsicht“ vorgehen und auf die religiösen Gefühle der Bevölkerung Rücksicht nehmen, so daß die öffentliche Ordnung keinen Augenblick infolge dieser Reformen gestört werde.

Diese Rede war eine Herausforderung und wurde als solche aufgefaßt. Die Spannung steigerte sich, als der französische Botschafter in Berlin trotz aller Bemühungen, zu erfahren, was Deutschland bezüglich Marokkos eigentlich verlange, von Herrn von Richthofen keine Antwort erlangen konnte. Das erweckte den Eindruck, als ob Deutschland absichtlich zum Krieg treibe. Am 28. April 1905 schreibt Bihourd<sup>1)</sup> an Delcassé: „Es fehlt zweifellos nicht an kriegesischen Ratgebern in der Umgebung des Souveräns; sie unterlassen es sicher nicht, geltend zu machen, daß der Zweibund in der Mandschurei eine schwere Wunde erhalten hat. Unter solchen Verhältnissen haben sie leichtes Spiel, um die Stunde für gekommen zu erachten, die einem Waffengang mit Frankreich günstig ist.“ Und doch hatte Bihourd schon drei Wochen vorher berichtet<sup>2)</sup>, daß drei deutsche Zeitungen gleichzeitig eine neue Zusammenkunft der Madrider Signatarmächte zur Regelung der Marokko-Frage verlangt hätten. Eine neue internationale Konferenz, das war, wie Bihourd in seiner Depesche vom 28. April selbst sagt<sup>3)</sup>, die Forderung, an der die Deutsche Reichskanzlei trotz der schlechten Aufnahme, die sie bei den hauptsächlich in Betracht kommenden Kabinetten gefunden habe, mit Zähigkeit festhielt. Bihourd selbst neigte dazu, auf die Forderung einzugehen. Nicht aber Delcassé. Für ihn, der sich infolge seiner Abmachungen mit England und Spanien am Ziel seiner Marokko betreffenden Wünsche glaubte, bedeutete sie eine Niederlage. Daher er sich an die sehr ungeschickte Äußerung Kühlmanns, daß Deutschland von dem Abkommen vom 8. April 1904 amtlich nichts wisse, klammert, um Deutschland ins Unrecht zu versetzen. Bihourd muß nochmals dem deutschen Auswärtigen Amte vortragen, was Delcassé schon am 23. März 1904 dem Fürsten Radolin über den Inhalt des französisch-englischen Abkommens mitgeteilt habe; er erklärt sich bereit<sup>4)</sup>, ihm den Wortlaut

---

<sup>1)</sup> Gelbbuch S. 215, No. 249.

<sup>2)</sup> Gelbbuch S. 206, No. 236.

<sup>3)</sup> Gelbbuch S. 216.

<sup>4)</sup> Ebenda S. 214, No. 246 und 247.

dieser Unterhaltung zu überreichen, und als der deutsche Unterstaatssekretär dies für unnötig erklärt, weil er seinerzeit durch Radolin vollständig mitgeteilt worden sei, beeilt sich Delcassé, diese Antwort, aus der hervorgehe, daß man in Berlin den Wortlaut des Abkommens amtlich gekannt habe, an die französischen Botschafter in Petersburg, London, Rom, Wien und Madrid zu depeschieren<sup>1)</sup>. Dabei kommt es ihm bei seiner Ablehnung darauf an, jedweden anderen Einfluß auf Marokko außer dem französischen, d. h. den mit diesem allein rivalisierenden deutschen, auszuschließen. Daher er gegenüber Marokko mit Energie betont, daß es zwischen Frankreich, dem Grenzland Marokkos, und diesem kein vermittelndes drittes Land geben könne<sup>2)</sup>. Aber der Sultan lehnt unter dem Einfluß des deutschen Spezialgesandten Grafen Tattenbach die französischen Reformvorschläge ab und verlangt eine neue internationale Konferenz über Marokko.

England hat Delcassé in Vertretung seines Anspruchs, daß die marokkanische Frage durch sein Abkommen mit Frankreich vom 8. April 1904 erledigt sei, durchweg unterstützt. Es entsandte im April 1905 den Spezialgesandten Lowther nach Tanger, der einem Korrespondenten des Temps erklärte, seine Sendung sei nicht aus Etikettenrücksichten, sondern in Erfüllung der Klausel des Abkommens erfolgt, welche England und Frankreich zu gegenseitiger diplomatischer Unterstützung in Durchführung desselben verpflichtete. Lord Lansdowne lehnte, wie Delcassé, das von Deutschland inspirierte Verlangen des Sultans nach einer neuen internationalen Konferenz ab. Die „Times“, die seit dem Auftreten des Kaisers in Tanger gewütet hatte, steigerte noch ihre Angriffe<sup>3)</sup>. Eine neue Konferenz würde für England und Frankreich eine Kapitulation und Demütigung bedeuten. Das britische Kabinett ließ den Sultan wissen, daß es an einer Konferenz nicht teilnehmen werde.

Damit wurde der europäische Krieg in greifbare Nähe gerückt. Da wurde das französische Kabinett unruhig. Delcassé hatte seinen ganzen Feldzug gegen Deutschland ohne Wissen der übrigen Kabinettsmitglieder, geschweige denn des Parlaments, geführt; als 1911 der Geheimvertrag Frankreichs mit Spanien von 1904 veröffentlicht wurde, erklärten die nächstbeteiligten Minister der Kolonien und der Marine im Kabinett Rouvier-Delcassé, daß er selbst ihnen verheimlicht worden sei<sup>4)</sup>. Daher die äußerste Bestürzung, als Frankreich am 6. Juni 1905 plötzlich durch den Ministerpräsidenten Rouvier erfuhr, Delcassé habe, um die Worte

---

<sup>1)</sup> Ebenda S. 216, No. 250.

<sup>2)</sup> Ebenda S. 217, No. 252.

<sup>3)</sup> Siehe eine Blütenlese bei Morel, Ten years, pp. 78, 79.

<sup>4)</sup> Morel a. a. O. S. 78, Anm. 1.



des Sozialdemokraten Anatole France zu gebrauchen, „eine Mine vom Quai d'Orsay nach der Wilhelmstraße gegraben. Wenn er nicht den Fuß auf die Zündschnur gesetzt hätte, wäre Europa gestern abend in die Luft gesprengt worden“. Im französischen Parlament trat die Sozialdemokratie unter Führung von Jaurès Delcassé mit erfolgreicher Energie entgegen. Sie wurde dabei durch demonstrative Versammlungen der deutschen Sozialdemokraten mit der Losung: „Kein Krieg, keine Politik der Ränke in und um Marokko“ unterstützt. Am 7. Juni 1905 fand die entscheidende Sitzung des französischen Kabinetts statt. Delcassé soll darin geäußert haben, daß England sich bereit erklärt habe, im Falle eines deutsch-französischen Kriegs seine Flotte mobil zu machen, sich des Kieler Kanals zu bemächtigen und hunderttausend Mann nach Schleswig-Holstein zu werfen<sup>1)</sup>. Nichtsdestoweniger blieb er im Kabinett mit allen gegen eine Stimme in der Minderheit. Die Folge war seine Demission. Er hat sich dann wenige Wochen später interviewen<sup>2)</sup> lassen und dabei geäußert: „Was würde Deutschland seine junge Flotte nützen im Fall eines Kriegs, in dem England, wie ich Ihnen sage, ganz sicher mit uns gegen Deutschland gehen würde? Was würde aus den deutschen Häfen, seinem Handel, oder seiner Handelsflotte werden? Sie würden vernichtet werden. Das ist's, was der vorbereitete und berechnete Besuch der britischen Flotte in Brest bedeutet, während der Gegenbesuch der französischen Flotte in Portsmouth die Demonstration vollenden wird. Die Entente zwischen den beiden Ländern und das Zusammenwirken ihrer Flotten bedeutet eine so gewaltige Maschine für Seekrieg, daß weder Deutschland noch irgendeine andere Macht es wagen wird, einer so überwältigenden Seemacht entgegenzutreten.“

10. Nach dem Sturze Delcassés hat der Ministerpräsident Rouvier selbst das Ministerium des Äußeren übernommen. Aber Rouvier war ebenso wenig wie Delcassé bereit, in eine neue internationale Konferenz über Marokko zu willigen<sup>3)</sup>. Indes doch ein großer Unterschied. Delcassé kam es, nach eigenem Eingeständnis, nicht darauf an, den Krieg zu vermeiden; Rouvier wollte den Frieden. Er erklärte sich zu Sonderverhandlungen mit Deutschland bereit, wobei er insbesondere betonte, daß eine

---

<sup>1)</sup> Diese Äußerung wurde im Oktober 1905 von dem Delcassé sehr ergebenden Journalisten Stephan Lauzanne im „Matin“ mitgeteilt, und Jaurès hat erklärt, daß ihm genau dasselbe von einem Kabinettsmitglied bald nach der Sitzung gesagt worden sei. Lord Loreburn hat (a. a. O., p. 76) die Behauptung, soweit der damalige Minister des Äußern, Lord Lansdowne, in Betracht komme, für jeder Grundlage entbehrend erklärt. Lauzanne hat seine Angabe in seinem unlängst erschienenen Buche „Les Hommes que j'ai vus“ wiederholt.

<sup>2)</sup> Le Gaulois vom 12. Juli 1905.

<sup>3)</sup> Siehe Gelbbuch S. 230, No. 268. S. 232, No. 270. S. 235, No. 273.

internationale Konferenz überflüssig sei, sobald Deutschland und Frankreich sich verständigt hätten. Solche Sonderverhandlungen aber wurden von Deutschland abgelehnt. Es war durch die Rede des Kaisers und die darauffolgende Forderung einer zweiten internationalen Konferenz der Madrider Signatarmächte so festgelegt, daß es ohne Gefährdung seines Ansehens auf letzterer bestehen mußte<sup>1)</sup>. Außerdem wünschte es, daß die Reformen, über deren Notwendigkeit es mit Frankreich vollständig einverstanden war, nicht von Frankreich allein, sondern von ganz Europa in Marokko durchgeführt würden, wobei ihm selbst die Möglichkeit, seine Interessen zu wahren, gesichert würde. Frankreich dagegen kam es darauf an, die Reform von Marokko allein in die Hand zu nehmen; wenn ihm dies gesichert wurde, war es, im Interesse des Friedens, auch bereit, in die internationale Konferenz zu willigen. Sehr bezeichnend für die Haltung der deutschen Regierung ist in der Depesche Bihourds vom 23. Juni 1905, worin er über eine Unterhaltung mit dem Fürsten Bülow berichtet, die folgende Stelle<sup>2)</sup>: „Fürst von Bülow betonte nachdrücklich seinen Wunsch nach Wiederherstellung sehr guter Beziehungen zu Frankreich; er legte mir dar, wie nach seiner Auffassung die Konferenz dazu führen würde; ohne gegen irgend jemand Vorwürfe oder Angriffe machen zu wollen, sagte er mir, „daß Deutschland heute nicht tun könne, was es ohne Zweifel vor einem Jahr hätte tun können und,“ wie er lächelnd hinzufügte, „was es in einem Jahre tun könne“. Er ist der Meinung, daß die Marokko-Frage weder Ursache noch Vorwand für einen Konflikt zwischen unseren beiden Ländern sein könne; ein solcher Konflikt könne nur aus einer allgemeinen Ursache entstehen.“ Und noch deutlicher erklärte Bülow zwei Tage darauf<sup>3)</sup> dem französischen Botschafter: „Nachdem der Kaiser einmal sich dem Sultan gegenüber verpflichtet hat, kann er ihn nicht im Stich lassen; aber die Zukunft gehört demjenigen, der warten kann. Die Unabhängigkeit des Sultans muß proklamiert werden und eine Organisation (seiner Verwaltung) muß durch Vermittlung der Mächte versucht werden. Wenn der Versuch scheitert, was sehr möglich ist, dann wird Frankreich die Rolle erhalten können, die es wünscht. Der Fürst hat das letztere mit Nachdruck betont.“

Schon drei Tage vorher hatte Rouvier dem Auswärtigen Amt die Deutschland von Delcassé vorenthaltene Notifikation der Verträge von 1904 zukommen lassen<sup>4)</sup>. Delcassé selbst war nicht mehr am Quai d'Orsay.

<sup>1)</sup> Siehe Gelbbuch S. 232, No. 270. S. 234, No. 272. S. 244, No. 279.

<sup>2)</sup> Ebenda S. 240, No. 277.

<sup>3)</sup> Ebenda S. 244, No. 279.

<sup>4)</sup> Gelbbuch S. 237: „Le gouvernement impérial en trouvera ci-joint le texte.“

Es brauchte also nur noch Frankreichs Einwilligung in die Konferenz, und Deutschland war bereit, gegen diese formalen Zugeständnisse materiell alles zu bewilligen, was Frankreich wünschte. Am 9. Juli depechiert <sup>1)</sup> Bihourd an Rouvier; „In seiner gestrigen Unterhaltung hat der Reichskanzler auf neue den Gegensatz betont zwischen dem Widerstand, den er vor der Konferenz unseren Forderungen entgegenstellen zu müssen glaube, und der Leichtigkeit, mit der er unseren berechtigten Ansprüchen entgegenkommen werde, wenn man seinen Worten vertraue und die Konferenz stattfände.“ Das war die völlige Kapitulation Bülow's. Noch an demselben Tage telegraphiert <sup>2)</sup> Rouvier an die französischen diplomatischen Vertreter in London, Berlin, Petersburg, Wien, Rom, Madrid, Washington, Brüssel, Haag, Kopenhagen, Stockholm, Lissabon und Tanger, daß Frankreich an der vom Sultan von Marokko vorgeschlagenen internationalen Konferenz teilzunehmen bereit sei und der deutsche Botschafter ihm die formale Zusicherung gegeben habe, daß Deutschland auf dieser das französisch-englische Abkommen vom 8. April 1904 nicht in Frage stellen werde. Am 10. Juli 1910 hat Rouvier der französischen Abgeordnetenkammer die zwischen Frankreich und Deutschland ausgetauschten Briefe, worin die in der kommenden Konferenz festzulegenden Prinzipien ausgesprochen waren, und, nicht ohne Stolz, den Erfolg, den er erzielt hatte, mitgeteilt <sup>3)</sup>. Nun gibt es noch einige Streitigkeiten, ob gewisse Abschlüsse, welche einzelne deutsche Unternehmer und Finanzmänner mit Marokko getätigt hatten, in der Zeit vor oder nach dem deutsch-französischen Vergleiche stattgefunden hätten. Sie werden beglichen. Darauf zieht auch England seinen Widerspruch gegen die internationale Konferenz zurück, und am 16. Januar 1906 treten in dem spanischen Orte Algeciras unter dem Vorsitz des spanischen Ministers Herzog von Almodovar del Rio die Vertreter der Mächte zusammen.

11. Dieser Herzog war derselbe spanische Minister, der 1901 das Abkommen mit Delcassé über die Teilung Marokkos abgeschlossen hatte <sup>4)</sup>, das am Einspruch Englands gescheitert war. Von den übrigen in Algeciras vertretenen Mächten war Rußland mit Frankreich verbündet, Großbritannien durch einen damals noch unbekannten Geheimvertrag an dessen marokkanische Absichten gebunden; Portugal folgte, wie immer, im Schlepptau Großbritanniens. Belgien war, wie ich gleich erzählen werde, schon in voller Unterhandlung mit Großbritannien und Frankreich über die Besetzung seines Gebietes durch deren Truppen,

<sup>1)</sup> Gelbbuch S. 249, No. 286.

<sup>2)</sup> Ebenda S. 250, No. 287.

<sup>3)</sup> Ebenda No. 288, S. 250—253.

<sup>4)</sup> Siehe Morel, Ten years, p. 50.

falls es zu einem deutsch-französischen Kriege käme. Sogar dem dritten Teilnehmer am Dreibund, Italien, hatte Frankreich schon 1900 Tripolis als Trinkgeld<sup>1)</sup> in Aussicht gestellt für den Fall, daß es selbst Marokko erhalte; kein Wunder, daß es in Algeciras mit Frankreich ging. Damit war von vornherein in allen Fragen, in denen Frankreich und Deutschland nicht übereinstimmten, eine Mehrheit gegen Deutschland gegeben. Nur Österreich-Ungarn war, nach des Kaisers Ausdruck, Deutschlands „brillanter Sekundant“, wofür er Gegenleistung in Aussicht stellte, — jene „Nibelungentreue“, die für Deutschland so verhängnisvolle Folgen gehabt hat. Aber nach den vorausgegangenen Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland hatte dieses, allerdings noch ohne Kenntnis der französischen Geheimverträge, Frankreich ja schon alles bewilligt, was ihm in dem veröffentlichten Vertrage vom 8. April 1904 von Großbritannien eingeräumt worden war. Immerhin ist in Algeciras ein Vertrag vereinbart worden, der „im Namen Gottes des Allmächtigen“ abermals „das dreifache Prinzip der Souveränität und Unabhängigkeit Seiner Majestät des Sultans, der Integrität seiner Staaten und der wirtschaftlichen Freiheit ohne jedwede Ungleichheit“ als Grundlage der in Marokko durchzuführenden Reformen aussprach. Von besonderer Wichtigkeit war der Schlußartikel 123: „Alle bestehenden Verträge, Verabredungen und Abmachungen zwischen den Signatarmächten und Marokko bleiben in Kraft. Sollten ihre Bestimmungen indes mit denen des vorstehenden Vertrags in Widerspruch stehen, so sollen die letzteren vorgehen.“

<sup>1)</sup> Siehe Morel, Ten years, p. 49; The black man's burden, pp. 94, 95. Indem ich das Wort Trinkgeldschreibe, gebrauche ich einen Ausdruck des italienischen Ministers Luzzatti. Es war in Bern i. J. 1911. Wir saßen bei einem Abendessen, durch welches die erste Sitzung der Carnegie-Stiftung zur Förderung des internationalen Friedens eingeweiht wurde. Eben waren Tischreden auf das zu erreichende Ziel gehalten worden, als eine Depesche überbracht wurde, welche die Beendigung der durch die Entsendung des „Panther“ nach Agadir hervorgerufenen Spannung zwischen Frankreich und Deutschland durch eine Verständigung meldete. Alles war in gehobener Stimmung; das in den soeben gehaltenen Tischreden gepriesene Ziel schien nähergerückt. Nur der zu meiner Rechten sitzende Luzzatti bekam einen roten Kopf und erhob sich mit dem Ruf: Si l'Allemagne et la France s'entendent, l'Italie demandera una buona mancia. Wir lachten, denn wir wußten nichts von dem Abkommen zwischen Frankreich und Italien über Tripolis. Wenige Wochen, nachdem wir uns getrennt hatten, stürzten sich die Italiener in das tripolitanische Abenteuer. Man vgl. auch Fürst von Bülow, Deutsche Politik S. 94: „Als in Rom (1911) bekannt wurde, daß die Einverleibung Marokkos in den französischen Kolonialbesitz sicher sei, sagte der damalige italienische Minister des Außern, Marquis San Giuliano, seinen Sekretären, indem er seine Uhr zog: „Merken Sie sich diese Stunde und dieses Datum! Heute hat es sich entschieden, daß wir nach Tripolis gehen. Es bleibt uns keine andere Wahl, wenn wir nicht den letzten Moment versäumen wollen, wo die Besitzergreifung von Tripolis für uns möglich ist.“ San Giuliano konnte so sprechen, denn er wußte, daß Frankreich schon 1900 die Besitznahme von Tripolis zugesagt hatte, falls es Marokko erwerbe. Hat Bülow, der so lange Botschafter in Rom war, davon nichts gewußt?

Durch diesen Artikel wurde jede Signatarmacht, welche an dem politischen Statuts Marokkos etwas ändern wollte, an die Zustimmung der übrigen Signatarmächte gebunden.

Das war das öffentliche Recht Europas betreffend die internationale Stellung Marokkos seit dem 18. Juni 1906. Merkwürdigerweise erklärte Hubert, der Berichterstatter über den Vertrag in der französischen Abgeordnetenversammlung, daß dieses Recht der traditionellen Politik Frankreichs in Sachen der Souveränität des Sultans und Integrität seines Reichs entspreche<sup>1)</sup>. Traditionell war, wie die Politik Delcassés seit dessen Amtsantritt beweist, die Untergrabung der Souveränität und Unabhängigkeit des Sultans durch die Franzosen und, seit Napoleon I., ihr Streben sein Reich sich anzueignen. Sie haben sich durch den Vertrag von Algeciras in diesem Streben nicht hemmen lassen, und für den Sturz Delcassés, den sie, gerade weil Bülow alles, was Delcassé verlangt hatte, seinem Nachfolger zugestanden hat, als eine durch deutsche Intrigen ihnen zugefügte Demütigung empfanden, in noch engerem Zusammenschluß mit England Rache gesucht. Dabei kam ihnen die politische Entwicklung in diesem zustatten.

12. Im Dezember 1905 fand in England ein Kabinettswechsel statt. An die Stelle des konservativen Arthur Balfour trat der radikale Sir Henry Campbell-Bannerman. Aber wie die Liberalen bald klagen sollten, in der auswärtigen Politik trat keine Änderung ein. An Stelle von Lord Lansdowne wurde Sir Edward Grey, der intime Freund Eduards VII., Minister des Äußeren. Seine äußere Politik stand in direktem Gegensatz zu der des neuen Premierministers. Dieser hielt an der Tradition der Nichteinmischung Englands in die Politik anderer Völker fest und war ein heftiger Gegner des Burenkrieges gewesen. Grey hielt an der Tradition Palmerstons fest. Er hatte sich zur Übernahme des Ministeriums des Äußeren (vielleicht auf Wunsch des Königs?) nur bereit erklärt, wenn er die auswärtige Politik Englands nach seinem Kopf leiten dürfe<sup>2)</sup> und zeigte sich sehr eifersüchtig, Campbell Bannerman von jeder Einmischung fernzuhalten. Nachdem sich dieser 1908 aus dem Ministerium zurückgezogen, hat Grey souverän im Auswärtigen Amte geherrscht<sup>3)</sup>.

Grey war noch nicht einen Monat im Amt, als die Freundschaft Großbritanniens mit Frankreich in für den Weltfrieden verhängnisvollem Maße inniger wurde<sup>4)</sup>. Auf eine private Anfrage des französischen Botschafters Paul Cambon, ob Frankreich, falls die marokkanische Krise

<sup>1)</sup> Morel, Ten years, p. 35.

<sup>2)</sup> Siehe Wilfrid Scawen Blunt, My Diaries II, 210. London 1920.

<sup>3)</sup> Ebenda p. 208.

<sup>4)</sup> Earl Loreburn, How the war came. London 1919. p. 76.

zum Krieg führe, auf die bewaffnete Unterstützung Englands rechnen könne, sagte Grey, wie er am 3. August 1914 selbst berichtet hat, daß er einer auswärtigen Macht nichts versprechen könne, wenn keine Aussicht wäre, daß er, wenn der vorgesehene Fall einträte, von der öffentlichen Meinung von ganzem Herzen unterstützt würde. „Ich sagte, daß, wenn Frankreich zum Krieg wegen Marokkos, worüber eben ein auf beiden Seiten sehr populäres Abkommen — Grey meinte das veröffentlichte, selbstverständlich nicht das geheime — zwischen Frankreich und Großbritannien abgeschlossen war, gezwungen würde, die öffentliche Meinung sich nach meinem Dafürhalten für die materielle Unterstützung Frankreichs erklären würde. Ich gab kein Versprechen, aber, soweit ich mich erinnere, habe ich während der Krise diese meine Meinung mit fast denselben Worten sowohl dem französischen, als auch dem damaligen deutschen Botschafter kundgetan. Ich gab kein Versprechen, auch drohte ich nicht, aber ich sprach meine Meinung aus.“

Als Grey diese Antwort gab, hatte er die öffentliche Meinung vor Augen, wie sie durch die Preßhetze gegen Deutschland in den englischen Blättern, namentlich in der Times, vergiftet war. Wie Morel dargelegt hat<sup>1)</sup>, war das englische Publikum in den Glauben versetzt worden, Deutschland trete für das gerade Gegenteil von dem ein, was es wirklich vertrat; es war für die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos; da der englische Zeitungsleser nur den veröffentlichten französisch-englischen Vertrag kannte, der heuchlerisch eben dies an die Spitze stellte, glaubte er, daß Deutschland die Unabhängigkeit und Integrität des marokkanischen Reichs anfechte und um dessentwillen die Verfeindung von England und Frankreich erstrebe. Im Gegensatz zur Rede Greys am 3. August 1914 schreibt Earl Loreburn<sup>2)</sup>, der Lordkanzler in dem Kabinett Grey-Campbell-Bannerman: „Wer sich des im Januar 1906 erwählten Unterhauses erinnert und seines starken Unwillens über den imperialistischen Krieg in Südafrika, wird in keiner Weise dem zustimmen, daß die öffentliche Meinung 1906 zur materiellen Unterstützung Frankreichs bereit gewesen sei. Sie würde sie aufs heftigste bekämpft haben“; und dann fährt Loreburn fort: „Das zeigt, wie gefährlich es ist, wenn Minister die Politik des Landes bestimmen auf Grund ihrer eigenen Auffassung von dem, wie das Publikum denkt, statt dies auf verfassungsmäßigem Wege durch Befragung der Volksvertreter festzustellen.“ Paul Cambon, der französische Botschafter in London, war begreiflicherweise äußerst erfreut, einen so entgegenkommenden britischen Minister des Außern zu finden. Er sagte sich ganz richtig, daß Grey, wenn er

<sup>1)</sup> Morel, Ten years, pp. 76 ff.

<sup>2)</sup> Earl Loreburn a. a. O., p. 77.

auch den Abschluß eines formellen Bündnisses ablehne, doch von Frankreich nicht mehr loskommen könne, wenn er ihn nur erst zu weiteren Verabredungen für den Fall eines deutsch-französischen Kriegs gebracht haben würde. Er drang daher auf Abmachungen zwischen den militärischen Sachverständigen beider Länder für den Fall eines solchen Kriegs. Grey hat am 3. August 1914 gesagt, er habe sich der Vernunft dieser Forderung nicht verschließen können, nur habe er betont, daß Großbritannien auch durch solche Abmachungen nicht gebunden werden dürfe, im Kriegsfall Frankreich wirklich Hilfe zu leisten. Cambon durchschaute, daß dieser Vorbehalt nur eine Deckung war, die Grey angesichts seines geheimen Vorgehens für sich in Anspruch nehmen mußte, um sich vor dem Parlament rechtfertigen zu können, falls ihm einmal vorgeworfen werde, daß er das Land ohne dessen Wissen verpflichtet habe, und ging, wohl wissend, daß so weitgehende Zwiesgespräche zwischen den Militärbehörden zweier Länder ein zukünftiges Zusammengehen unvermeidlich machen, auch darauf ein.

Grey hat 1914 zugegeben, daß er all dies ohne Wissen des Kabinetts auf seine alleinige Verantwortlichkeit hin betrieben hat. Als Entschuldigung dafür gibt er an, daß das Kabinett wegen der bevorstehenden Neuwahl des Parlaments nicht habe zusammenberufen werden können; doch habe er den Premierminister Campbell-Bannerman, den Kriegsminister Haldane und den Schatzkanzler Asquith zu Rat gezogen. Diese hätten sein Vorgehen gebilligt. Erst später habe er die Sache vor das Kabinett gebracht. Aber Loreburn zieht dies in Zweifel, indem er hinzugefügt<sup>1)</sup>: „Er sagt nicht wann.“ Auch habe gar keine Schwierigkeit bestanden, das Kabinett zusammenzurufen. Ja noch mehr! Loreburn schreibt<sup>2)</sup> „Einige unter denen, die Sir Henry Campbell-Bannerman kannten und im Dezember 1905 und Januar 1906 in engem vertraulichen Verkehr mit ihm standen, wollen nicht glauben, daß er die Tragweite und Bedeutung dessen, was in Wirklichkeit geschah, verstanden hat, solange nicht Beweise dafür erbracht werden.“ Grey hat bis jetzt keinen Beweis zur Beseitigung dieser Anfechtung seiner Glaubwürdigkeit beigebracht<sup>3)</sup>. Loreburn bemerkt weiter, daß es nicht so zufällig sei, wie dies nach Greys Rede erscheine, daß dieser gerade Asquith und Haldane zu Rat gezogen habe; seien doch die beiden, zusammen mit Grey, die Vizepräsidenten der liberalen Liga, einer Fortsetzung der liberalen imperialistischen Bewegung gewesen, die, im Gegensatz zu Campbell-Banner-

---

<sup>1)</sup> Loreburn a. a. O., p. 80.

<sup>2)</sup> Ebenda p. 105.

<sup>3)</sup> Die mit Greys Behauptung übereinstimmende Angabe in Haldanes Buch p. 30 ist kein solcher Beweis: 1. weil sie nur eine Wiederholung von Greys Angabe ist, 2. aus den im Text Angeführten sich ergebenden Gründen.

man, den Burenkrieg unterstützt hätte<sup>1)</sup>). Als es sich nach Balfours Sturz um die Bildung der liberalen Regierung handelte, haben sie Sir Henry die größten Schwierigkeiten bereitet, und es fehlte nicht viel, daß die liberale Partei darüber gespalten wurde. Sir Henry, der deren Einheit erhalten wollte, hat infolge der unfreundlichen Haltung der Drei viel Ärger gehabt. Infolge einer Intervention Dritter (des Königs?) wurde die Spaltung vermieden; Grey und Haldane gaben nach und traten in die Regierung ein. Aber Campbell-Bannerman stand während der zwei Jahre, da er Premier war, niemals auf freundschaftlichem Fuße mit einem der beiden; nie hat er sich mit einem der beiden beraten, noch auch ihre Meinung eingeholt. Beide mögen ihm eine Mitteilung betreffend Frankreich gemacht haben; aber die Frage war von so überwältigender Bedeutung, daß sie nicht durch gerade eine Mitteilung erledigt werden konnte; sie war ein Gegenstand für fortwährende Beratung und sehr sorgfältige Erwägung. Was immer die Mitteilung gewesen sein mag, welche Grey und Haldane Sir Henry machten, eines steht fest: Sir Henry ist sich niemals bewußt gewesen, was sie bedeutete. Denn selbst wenn er die Mitteilung seinem Privatsekretär Arthur Ponsonby, der nie etwas davon gehört hat, absichtlich vorenthalten hätte, so doch nicht Lord Loreburn und Lord Morley of Blackburn. Diese waren in steter Beratung und voller Übereinstimmung mit ihm, und es ist völlig ausgeschlossen, daß er ihnen die Mitteilungen Greys und Haldanes verheimlicht hätte, hätte er deren Bedeutung begriffen. Hätte er gewußt, daß die beiden England gegenüber Frankreich verpflichteten, das selbst an Rußland durch einen Vertrag gebunden war, dessen Bestimmungen unbekannt wären, und daß Europa solcherweise unwiderruflich in zwei feindliche Lager geteilt würde, so würde er den beiden nie zugestimmt haben, jedenfalls aber würde er die Frage mit seinen Freunden im Kabinette besprochen haben. Um zusammenzufassen: es ist möglich, daß Campbell-Bannerman eine formelle Mitteilung gemacht wurde; tatsächlich aber wurde er niemals völlig unterrichtet oder wirklich zu Rat gezogen<sup>2)</sup>). Grey, Haldane und Asquith bleiben für alle, welche die Beziehungen Campbell-Bannermans zu diesen Dreien kennen, die für die Abmachungen Englands mit Frankreich allein Verantwortlichen. Loreburn hat davon nichts erfahren und ist der Meinung, daß sie nicht ohne Absicht verheimlicht worden seien. Das Parlament hat davon bei Kriegsausbruch, am 3. August 1914, zum ersten Male gehört<sup>3)</sup>).

<sup>1)</sup> Ebenda p. 80.

<sup>2)</sup> Ich habe das Vorstehende auf Grund von Mitteilungen Arthur Ponsonbys, des früheren Privatsekretärs Campbell-Bannermans, geschrieben.

<sup>3)</sup> Loreburn p. 81.



Mitte Januar 1906 fanden dann die Beratungen des britischen Obersten Barnardiston mit dem Chef des belgischen Generalstabs, dem General Ducarme, über die Entsendung von 100000 Mann britischer Truppen nach Belgien im Fall eines deutsch-französischen Kriegs statt<sup>1)</sup>. Sie fanden statt im Einverständnis mit Frankreich<sup>2)</sup>. Dagegen weiß Loreburn nichts davon, daß dem britischen Kabinett davon Mitteilung gemacht worden sei<sup>3)</sup>.

13. In diesem geheimen Vorgehen des Triumvirates Grey, Haldane und Asquith ist der Anfang der Teilnahme Großbritanniens am Weltkrieg gegen Deutschland zu sehen. Grey hat sein Land unter dem Drängen Cambons zum Zusammengehen mit Frankreich im Kriegsfall verbrüderet, Haldane hat während seiner Amtszeit als Kriegsminister (1905—1912) das britische Heer umgestaltet, damit es, wenn es zum Kriege komme, kampftüchtig sei; Asquith hat das Vorgehen der beiden mit der liberalen Flagge gedeckt. Lord Haldane, ein genauer Kenner Deutschlands, hat in seinem 1920 erschienenen Buche erzählt<sup>4)</sup>, wie er sich bei seinen Reformen an das deutsche Muster gehalten habe. Nach dem Vorbild des deutschen Generalstabs hat er einen englischen geschaffen. Nach dem der deutschen Mobilmachung hat er Vorsorge getroffen, daß die vom britischen Generalstab für das britische Heer in Aussicht genommenen Stellungen von diesem in kürzester Zeit eingenommen werden könnten. Zu diesem Zweck hat er die eben erwähnten Besprechungen mit den maßgebenden Persönlichkeiten Belgiens und Frankreichs veranlaßt für den Fall, daß Deutschland die belgische Neutralität nicht respektiere. Er hat die britische Armee, die seit Dezennien nur Kriege in fernen Weltteilen geführt hatte, so umgebildet, daß sie fähig war, dem deutschen Heere entgegenzutreten. Dabei ist er in seinem Buche voll Anerkennung für das Entgegenkommen, das er in Berlin, besonders beim Kaiser, bei seinen Studien über die Organisation des preußischen Kriegsministeriums gefunden hat, wobei er nicht hervorzuheben versäumt, daß ihm übrigens nichts mitgeteilt worden sei, was nicht in Deutschland öffentlich bekannt gewesen. Nichtsdestoweniger ist, was er erzählt, ein schlagendes Zeugnis dafür, daß Deutschland den Krieg nicht gewollt hat; auch bezeugt dies Haldane ausdrücklich für den Kaiser und die Mehrheit seiner Umgebung; niemand ladet einen anderen ein, die eigene Kriegsorganisation zu studieren, wenn er gegen denselben Krieg führen will.

---

<sup>1)</sup> Ebenda pp. 82 ff. Siehe auch das deutsche Weißbuch, Aktenstücke zum Kriegausbruch, S. 62 ff.

<sup>2)</sup> Ebenda p. 85.

<sup>3)</sup> Ebenda p. 84.

<sup>4)</sup> Before the war by Viscount Haldane. London 1920. p. 26 ff.

Aber alle guten Wirkungen dieses Verhaltens Deutschlands wurden wieder wettgemacht, als es zu der von Campbell-Bannerman beantragten Besprechung der Abrüstungsfrage auf der Haager Friedenskonferenz lauter ausgesprochene Gegner der Abrüstung als seine Vertreter sandte; da war Frankreich weit klüger; auch seine Regierung war gegen die Abrüstung, entsandte aber nach dem Haag ausgesprochene Anhänger derselben. Noch schlimmer wirkten der sich steigernde Flottenbau Deutschlands und die ihn begleitenden Reden des Kaisers und der alldutschen Agitatoren. Wenn z. B. selbst ein Organ, dessen Aufgabe war, die christliche Liebe zu fördern, die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“, über die deutsche Flotte schrieb<sup>1)</sup>: „Wir müssen so lange an ihr weiterbauen und mit England wettrüsten, bis England zwar noch dreimal soviel Schiffe hat wie wir, sie aber nicht mehr bemannen kann. Bis dahin ist Kriegshetze Wahnsinn“, so war dies selbst Kriegshetze, und es ist begreiflich, daß im englischen Volk die Gegenhetze, wir beabsichtigten eine Landung in England, Glauben fand. Daher auch nach Algeciras eine fortschreitende Annäherung Englands an Rußland, um auch dieses für den Fall eines Kriegs mit Deutschland zum Verbündeten zu haben.

Diese Rücksicht war schon der Grund gewesen, warum Großbritannien nicht schärfer auf die Beschießung englischer Fischer durch russische Kriegsschiffe in der Nacht vom 21. auf 22. Oktober 1904 an der Doggerbank geantwortet hat. Aus den Briefen Wilhelms II. an den Zaren geht hervor, daß dieser<sup>2)</sup> am 29. Oktober telegraphisch an den Kaiser die Bitte gerichtet hat, ihm den Entwurf zu einem deutsch-russischen Bündnis zu senden. Der Kaiser übersandte umgehend am 30. Oktober den gewünschten Vertragsentwurf. Es kam aber aus nicht völlig aufgeklärten Gründen zu nichts. Es scheint, daß Graf Lamsdorff die Absicht des Zaren durchkreuzt hat, indem er verlangte, daß der Bündnisvertrag vor seinem Abschluß dem mit Rußland alliierten Frankreich mitgeteilt werde, während der Kaiser wünschte, daß dies erst nach dem Abschluß geschehe und Frankreich nichts übrigbleibe als dem Bündnis beizutreten; die Kontinental-Koalition gegen England wäre damit fertig gewesen. Aber Delcassé konnte ein Bündnis Rußlands mit Deutschland gegen England begreiflicherweise nicht passen. Es ist ihm gelungen, sowohl Ruß-

<sup>1)</sup> Ich zitiere die Stelle aus Eduard Bernstein, Die englische Gefahr und das deutsche Volk. Berlin 1911. S. 20.

<sup>2)</sup> Die Auffassung, daß die Initiative zu diesem Bündnisanerbieten von Deutschland ausgegangen sei, ist unrichtig. Erst am 26. Juli 1905 hat Wilhelm II. in Björkö von sich aus den Gedanken wieder aufgegriffen; es wurde abermals ein Vertrag entworfen, diesmal auch von beiden Souveränen unterzeichnet; es ist trotzdem abermals zu nichts gekommen. Vgl. Prof. Dr. W. Götz, „Briefe Wilhelms II. an den Zaren 1894—1914“, S. 138 ff. und S. 190 ff.

land als auch England zu beruhigen, und dessen veränderte Haltung gegen Serbien zeigt, in welchem Maße es alsbald im Hinblick auf Deutschland den Intrigen der russischen Politik entgegenkam<sup>1)</sup>). Nach der Ermordung von Alexander und Draga Obrenowitsch im Jahre 1903 hatte Eduard VII. die diplomatischen Beziehungen zu Serbien abgebrochen. Nun, nach der Annäherung Englands an Frankreich wurden sie plötzlich wieder aufgenommen. Der Grund war, daß England zum Einverständnis mit Frankreich gelangt und Frankreich an Rußland gebunden war. Peter Karageorgowitsch aber war der Mann Rußlands. Daher England auch genötigt wurde, Serbien, das an Stelle Montenegros der russische Agent auf dem Balkan geworden war, anzuerkennen. Die Sache war um so auffälliger, da Eduard VII. stets bemüht gewesen, sich mit Franz Josef gutzustellen, und Alexander Obrenowitsch gerade deshalb umgebracht worden, weil er der Mann Österreichs gewesen war.

Ein paar Jahre später eine weitere Annäherung Englands an Rußland durch Vermittlung von Frankreich. Persien war ein Zankapfel zwischen England und Rußland gewesen. Das durch das Vorrücken Rußlands in Persien wegen seiner indischen Herrschaft beunruhigte England willigte unter französischer Vermittlung in ein Abkommen mit Rußland, worin es ihm den Norden Persiens preisgab und nur den persischen Süden dem englischen Einfluß vorbehielt. Das Abkommen wurde 1907 unterzeichnet<sup>2)</sup>). Die neue Freundschaft Englands mit Rußland hat dann umgekehrt eine noch größere Intimität Englands mit Frankreich erleichtert. Schritt für Schritt sind sie einander nähergekommen. — Delcassé und Cambon müssen gefühlt haben, daß sie dem Ziel ihres Ehrgeizes sich näherten.

Im April 1908 trat Campbell-Bannerman zurück, und im Juni desselben Jahrs traf sich Eduard VII., von Hardinge begleitet, mit dem Zaren in Reval. Das führte nur zur weiteren Bekräftigung des Einvernehmens zwischen England und Rußland oder vielmehr seiner Abhängigkeit von diesem. In welche Gefahr diese Geheimpolitik Greys das britische Volk stürzte, hat Loreburn sehr anschaulich dargelegt<sup>3)</sup>). Rußland war ein Land, in dem neben einigen patriotischen Ministern Leute, die jedweden Vertrauens unwürdig, maßgebend waren. Der Hauptzweck aller ihrer Maßnahmen war die Verewigung ihres auf Ungerechtigkeit und Tyrannei beruhenden Systems. Selbst wenn der Zar besten Willens war, konnte man sich nicht auf ihn verlassen, da, wie der Ausbruch des Krieges im

---

<sup>1)</sup> Vgl. M. Edith Durham, *Twenty years of Balkan Tangle*, p. 133.

<sup>2)</sup> Siehe dasselbe abgedruckt in „*Englische Dokumente zur Erdrosselung Persiens*“, Berlin 1917. S. 177.

<sup>3)</sup> Loreburn a. a. O., p. 107 ff.

Jahr 1914 zeigen sollte, sein Wille ohne Belang war, wenn diejenigen, die ihn ausführen sollten, das Gegenteil wollten. Nun bestand, wie eben schon ausgeführt, ein Gegensatz der Interessen Rußlands und Österreich-Ungarns hinsichtlich des Balkans. Österreich-Ungarn aber war mit Deutschland verbündet. Rußland andererseits stand im Bündnis mit Frankreich. Wenn die russischen Minister einen Angriff Österreich-Ungarns und des mit ihm verbündeten Deutschlands provozierten, mußte Frankreich mit ihm die Waffen ergreifen. Die Entente Englands mit Frankreich aber, vermöge deren es durch Grey auch ohne formelles Bündnis in Ehren verpflichtet war, mit ihm die Waffen zu ergreifen, wenn Frankreich in einen Krieg mit Deutschland verwickelt wurde, brachte also den Frieden des britischen Volks in Abhängigkeit von den Intrigen einer skrupellosen russischen Bürokratie.

14. Blicken wir einen Augenblick zurück. Nach der Thronbesteigung Eduards VII. hat England seine traditionelle, von Deutschland stets unterstützte Politik in Marokko verlassen; statt für dessen Unabhängigkeit und Integrität einzutreten, hat es Marokko in einem Geheimvertrag an Frankreich ausgeliefert. Mit dieser Preisgabe Marokkos hat seine gegen Deutschland gerichtete Intimität mit Frankreich begonnen. Ihre steigende Zunahme hat zu Englands Anpassung an die russischen Bestrebungen auf dem Balkan und in Persien geführt. Naturgemäß mußte sie vor allem auf das Verhalten der Franzosen in dem Lande zurückwirken, das bei ihrem Entstehen eine so große Rolle gespielt hatte. Wir haben gesehen, wie Großbritannien und Frankreich sich nur widerwillig zur Konferenz von Algeciras verstanden haben. Gestützt auf seine durch Geheimverträge besiegelte Intimität mit Großbritannien hat Frankreich den Vertrag von Algeciras alsbald praktisch zerrissen.

Es gab bei der Marokko-Frage zwei Parteien in Frankreich. Die Mehrheit war für genaue Beachtung des Algecirasvertrags und gab dem durch Parlamentsbeschlüsse wiederholt Ausdruck. Aber die unseren Alldeutschen ähnlichen französischen Kolonialpolitiker, die im Comité du Maroc organisiert waren, drängten nach wie vor nach Annexion, und unter ihrem Druck absorbierte die französische Regierung in stetigem Fortschreiten Marokko, einen Brocken hier, einen Brocken da, in Vorbereitung, es ganz zu verschlucken. Als am 22. März 1907 ein Franzose im Innern des südlichen Marokko ermordet worden, okkupierte Frankreich die hart an der algerischen Grenze gelegene marokkanische Stadt Udjda und deren Umgebung und blieb da, ungeachtet häufig gegebener Versprechen, wieder abzuziehen. Das war der erste Schritt, durch den Marokkos Integrität verletzt wurde. Der nächste war umfassender. Ein französisch-spanisches Konsortium hatte die Erlaubnis erhalten, eine Eisen-

bahn von Casablanca aus zu bauen. Es legte das Geleise mitten durch einen alten maurischen Friedhof. Darauf ein Aufstand der in ihren Gefühlen verletzten Eingeborenen, wobei einige europäische Arbeiter getötet wurden. Nun bombardierten die Franzosen Casablanca. Tausende von Marokkanern wurden allein in Casablanca getötet. Die Franzosen besetzten den ausgedehnten Schawiya-Distrikt. Französische Truppen blieben in Casablanca, Rabat und im Schawiya-Gebiet trotz wiederholter Versprechen, abzuziehen. Die Integrität von Marokko hatte aufgehört <sup>1)</sup>).

Schon vor Algéciras, 1903, hatte der Sultan Abdulaziz 800000 Pfd. St. von französischen, spanischen und britischen Syndikaten geborgt <sup>2)</sup>). Im Sommer 1904 hat er allein in Frankreich 2500000 Pfd. St. aufgenommen. Delcassé hat ihn dazu genötigt. Daraus mußte er die 800000 Pfd. St. heimzahlen, auf daß Frankreich allein sein Gläubiger sei. Dabei machten die französischen Banken einen Gewinn von 500000 Pfd. St., während Marokko nur 1920000 Pfd. St. erhielt, die Marokkaner aber die ganzen 2500000 Pfd. St. verzinsen mußten. Zur Sicherung der Zinszahlung hatte der Sultan 60 % seiner Zolleinnahmen an Frankreich verpfänden müssen, womit dieses eine Kontrolle über die marokkanischen Zölle erhielt. Auch mußte Marokko einen Teil der Anleihe auf den Ankauf von Geschützen vom Creuzot verwenden, um den Aufständen der Stämme entgegenzutreten zu können. Die französischen Finanzmänner waren bereit, dem Sultan Geld vorzuschießen, der Sultan war bereit, es dem Creuzot zugute kommen zu lassen, die Stämme arbeiteten im Interesse sowohl der französischen Finanzmänner wie des Creuzot. All das untergrub die Autorität des Sultans in seinem Land. Aber das war nur der Anfang gewesen. Nach Niederwerfung des Aufstands in Casablanca verlangte Frankreich von Marokko, daß es ihm 2400000 Pfd. St. Ersatz zahle für die Kosten, welche ihm die Besetzung marokkanischen Gebiets und die Erschießung marokkanischer Untertanen verursacht habe, und Marokko mußte auch dies zahlen; doch wurde die Ersatzsumme schließlich auf 522784 Pfd. St. festgesetzt. Die Belastung infolge aller dieser unproduktiven Anleihen wurde der Bevölkerung unerträglich. Ein Ausbruch der Volkswut führte zur Absetzung von Abdulaziz; sein Bruder Mulai Hafid wurde nun Sultan. Aber nicht bloß Frankreich hat in dieser Weise die „Souveränität“ des Sultans und die „Integrität“ seines Reichs gewahrt. Auch Spanien hatte einen kleinen Feldzug gegen die aufrührerischen Stämme unternommen und präsentierte nun eine Rechnung von 24000 Pfd. St. Marokko lag im Sterben.

Während dieser Vorgänge waren die Beziehungen Deutschlands zu

---

<sup>1)</sup> Siehe Morel, Ten years, p. 38, 39.

<sup>2)</sup> Siehe für das Folgende Morel, Ten years, chapter VIII.

Frankreich in der marokkanischen Frage nicht unfreundlich gewesen. Deutschland hatte ja erklärt, daß es in Marokko keine politischen, sondern nur wirtschaftliche Interessen verfolge. Um die Möglichkeit weiterer Reibungen zu mindern, hat die deutsche Regierung am 9. Februar 1909 ein Sonderabkommen mit Frankreich getroffen, worin diese deutsche Erklärung wiederholt wird, während die französische Republik sich nochmals zur Aufrechterhaltung der Integrität und Unabhängigkeit des marokkanischen Reichs und zur wirtschaftlichen Gleichstellung aller Nationen bekennt und alle Beeinträchtigung der kommerziellen und industriellen deutschen Interessen von sich weist. Von dieser Grundlage ausgehend, erklären beide Regierungen, daß sie keinerlei Maßnahmen ergreifen oder fördern werden, die geeignet seien, zu ihren oder zu Gunsten gleichviel welcher Macht eine wirtschaftliche Bevorzugung zu schaffen, und daß sie bemüht sein würden, ihre Staatsangehörigen an den Geschäften zu beteiligen, die zu unternehmen diese berechtigt werden könnten. Dem entsprach denn auch die Beteiligung des deutschen Kapitals, als die marokkanische Schuld in einem neuen Anlehen von 4040000 Pfd. St. konsolidiert wurde, wofür verschiedene marokkanische Einkommensquellen, darunter die dem Sultan bis dahin noch verbliebenen 40% Zolleinnahmen von ihm verpfändet wurden. Im Herbst 1910 betrug die Gesamtschuld Marokkos an Europa 6500000 Pfd. St. Gläubiger war ein internationales Syndikat. Frankreich war daran zu 40%, Deutschland zu 20%, Großbritannien zu 15%, Spanien zu 15% und andere Länder zu 10% beteiligt. Die Obligationen zu 500 Francs nominal wurden dem Publikum zu 507 Francs abgegeben. Der Sultan erhielt von dem Anlehen nichts; es diente zur Regelung der früheren Schulden.

Ebenso fand eine Beteiligung deutschen Kapitals an den Bergwerksunternehmungen der Union des Mines statt, und zum Verdruß der Alldeutschen hat die deutsche Regierung es abgelehnt, für die angeblichen Rechte der Gebrüder Mannesmann einzutreten (10. März 1910).

Da, im April 1911, verbreitete das Comité du Maroc die Nachricht, die Hauptstadt Fez sei in der Hand von Insurgenten und die dort lebenden Europäer seien bedroht. Die französische Regierung entsandte 30000 Mann unter General Moinier nach Fez, und Sir Edward Grey erklärte im Unterhaus, daß er die Besetzung von Fez billige. Spanien, das die ihm im Geheimvertrag mit Frankreich zugesprochene Stadt Fez zu verlieren fürchtete, besetzte, ungeachtet französischen Einspruchs, Larasch an der nordatlantischen Küste und El Kasr im Innern Marokkos und warf 20000 Mann ins Riff im Marokko am Mittelmeer. In Berlin aber war von Unruhen in Fez nichts bekannt. Die alldeutsche Presse, deren Annexionsplänen das Abkommen von 1909 mit seiner erneuten

Betonung der politischen Uninteressiertheit Deutschlands nicht ausgesprochen hatte, schlug sofort Lärm. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung vom 6. April 1911 schrieb, daß die Marokko-Frage in eine neue Phase eintrete. Die Lage sei vom allgemeinen Gesichtspunkt aus für Frankreich recht wenig gut, dagegen für Deutschland sehr stark. Jetzt sei der Augenblick, Bedingungen zu stellen. Es seien dieselben, die man der französischen Botschaft seit 1903 kundgetan: ein Hafen am Atlantischen Ozean, um mit den deutschen Kolonien in Afrika Verbindung zu finden, und ein entsprechendes Hinterland. Ähnlich schrieben die Tägliche Rundschau, die Hamburger Nachrichten, die Berliner Neuesten Nachrichten. Unter dem Druck einer aufregenden Agitation ließ das Auswärtige Amt eine Warnung an Frankreich ergehen, daß es nichts dagegen habe, wenn es den Europäern in Fez zu Hilfe komme, wohl aber dagegen, daß es dort bleibe, was nach seiner Meinung die unausbleibliche Folge sein werde; in diesem Falle erachte es sich von allen eingegangenen Verpflichtungen frei<sup>1)</sup>. Es war aber Delcassé, der, obwohl nicht Minister des Auswärtigen, die auswärtige Politik Frankreichs geleitet und offen erklärt haben soll, daß die Franzosen gegen Fez marschieren würden, unbekümmert um Deutschland<sup>2)</sup>. Da brachte am 28. Mai die Norddeutsche Allgemeine Zeitung die Mitteilung, daß die in Fez eingetroffenen französischen Truppen die dort befindlichen Europäer ungefährdet gefunden hätten, was nach den Nachrichten, die man von deutscher Seite vorher empfangen habe, auch zu erwarten gewesen sei, und auch in der französischen Presse wurden Stimmen laut, welche den Aufruhr und die Bedrohung der Fremden in Fez als Lüge bezeichneten<sup>3)</sup>. Aber während die französische Regierung nichtsdestoweniger ihre „Korrektheit“ versicherte, standen General Moinier mit seiner Armee nach wie vor in der Umgebung von Fez und die Spanier in dem im Geheimvertrag ihnen zugewiesenen Teil von Marokko. Da, wenige Wochen, nachdem Kaiser Wilhelm aus London, wo ihm ein glänzender Empfang zuteil geworden<sup>4)</sup>, zurückgekehrt war, am 1. Juli 1911, kam

<sup>1)</sup> Siehe das französische Gelbbuch über Marokko, vol. VI., pp. 194, 221, 236, 239, 240, 244, 247.

<sup>2)</sup> W. S. Blunt, My Diaries II, p. 361, schreibt unter dem 6. Mai: Belloc habe ihm erzählt, „Delcassé, der die auswärtige Politik Frankreichs leite, obwohl er nicht Minister des Auswärtigen sei, habe den deutschen Botschafter in Paris eingeladen, er möge — eine sehr ungewöhnliche Sache — einer Kabinettsitzung, die zur Diskussion der Marokko-Frage stattfinde, anwohnen. Der Botschafter habe geantwortet, daß der Algeciras-Vertrag beachtet werden müsse, und daß nach den Nachrichten, welche die deutsche Regierung über Fez habe, die dortigen Europäer nicht gefährdet seien, worauf Delcassé rundweg erklärt habe, daß Frankreich entschlossen sei, nach Fez zu marschieren, und diesmal dies tun werde, gleichviel ob es Deutschland recht sei oder nicht“.

<sup>3)</sup> Siehe Morel, Ten years, pp. 107 ff.

<sup>4)</sup> Siehe Blunt a. a. O., p. 362; Haldane a. a. O., p. 53.

die Nachricht, ein kleines deutsches Kriegsschiff, der „Panther“, sei in Agadir eingetroffen. Aber fast gleichzeitig, am 2. Juli, sandte der französische Minister des Äußern de Selves an die Vertreter der Republic in Berlin, St. Petersburg, Wien, London, Madrid, Rom und Tanger die folgende Depesche:

„Der deutsche Botschafter, den ich heute gesehen habe, hat mit mir über seine gestrige Mitteilung gesprochen. Er betonte den Wunsch seiner Regierung, daß die Entsendung des „Panther“ nach Agadir in Frankreich nicht ungenau und tendenziös aufgefaßt werde: um nur den Beweggrund, der seine Regierung zum Handeln veranlaßt hat, und die Absichten, die sie beseelen, zu präzisieren, hat er mir die Note übergeben, die ich Ihnen hier abschreibe:

„Die deutsche Regierung bewahrt strenge Zurückhaltung gegenüber dem militärischen Vorgehen der Franzosen. Sie hat keinerlei Absicht, der französischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. Aber andererseits haben vermöge der Natur der Dinge die Ereignisse in Marokko eine Wendung genommen, die es sehr zweifelhaft erscheinen läßt, ob sich der Schutz der internationalen Interessen in der Weise, wie sie im Algeciras-Vertrag vorgesehen ist, wirksam durchführen läßt.

„Unter diesen Umständen schickt die deutsche Regierung auf Grund dringender Vorstellungen wichtiger deutscher Handelshäuser, sie möge sich der deutschen Interessen im Süden Marokkos annehmen, ein Kriegsschiff nach Agadir, um die Sicherheit von Hab und Gut sowie des Lebens der deutschen Untertanen und Schutzbefohlenen, die in diesen Gegenden sich niedergelassen haben, zu gewährleisten, bis zu dem Augenblick, da die Ordnung im marokkanischen Reiche wieder hergestellt sein wird.

„Es kann kaum bezweifelt werden, daß es den interessierten Mächten kaum möglich sein wird, zum Status quo ante zurückzukehren. Die Auffassung des Algeciras-Vertrags von der Souveränität des Sultans und der Integrität des marokkanischen Reichs verträgt sich nicht mit der tatsächlichen Lage, wie sie durch den Gang der Ereignisse geschaffen worden ist. Die deutsche Regierung ist völlig bereit zu einem freundschaftlichen Austausch der Meinungen über eine Lösung der marokkanischen Frage, die alle Mächte zufriedenstellt, und diese ein für allemal aus der internationalen Politik ausmerzt. Sie ist völlig geneigt, in freundschaftlichem Geist, jedweden Vorschlag der französischen Regierung zu prüfen.“

Es hätte nun in der Hand Sir Edward Greys gelegen, indem er den Teil der französischen Politiker, der für einen völligen Bruch mit der Politik Delcassés war, stützte, die Verhandlungen zu gutem Ende kommen zu lassen; statt dessen hielt er seine Hand über die französischen Gewaltpolitiker. War doch Agadir ein Punkt, auf den die Alldeutschen schon 1880 ihr Augenmerk geworfen hatten<sup>1)</sup>; der Artikel der Rheinisch-Westfälischen Zeitung mußte die Erinnerung daran wachrufen, noch dazu in einem Augenblick, da Grey selbst im Interesse des britischen Handels

---

<sup>1)</sup> Siehe Conring a. a. O., S. 317.



beantragt hatte<sup>1)</sup>, den Hafen von Agadir dem allgemeinen Verkehr zu öffnen, und die unvorsichtigen, gegen die Seeherrschaft Englands gerichteten Reden des Kaisers in ihm den Wunsch hervorrufen mußten, Deutschland am Erwerb jedweden Hafens und jedweder Kohlenstation zu hindern. Eben das hatte ihn ja 1905 zu Delcassés Verbündeten gemacht. Aber im Juli 1911 war dies dem englischen Publikum noch nicht bekannt, und in London scheint man sich zugeflüstert zu haben, daß Deutschland und Frankreich sich über Agadir auf Kosten Englands verständigten<sup>2)</sup>. Da erklärte Grey am 4. Juli dem deutschen Botschafter in London, die britische Regierung könne kein Abkommen anerkennen, zu dem man ohne ihre Mitwirkung komme, und Asquith sagte am 6. Juli im Unterhause, daß nach Auffassung der britischen Regierung eine neue Lage geschaffen sei, die es möglich mache, daß kommende Entwicklungen die britischen Interessen direkt in Frage stellten. Beides war unehrlich<sup>3)</sup>. Denn der deutsche Botschafter hatte Grey sofort geantwortet, „daß die kaiserliche Regierung nicht im geringsten den Wunsch hege, England von einer Neuordnung der Dinge auszuschließen oder es an irgendwelchem Schutze britischer Interessen zu hindern“, und der britische Botschafter in Berlin hatte vom deutschen Staatssekretär des Auswärtigen die gleiche Antwort erhalten. Unterdessen schritten die Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ruhig fort, und Sir Edward Grey selbst hat gesagt, daß er von ihrem Verlauf unterrichtet werde. Deutschland erklärte sich darin bereit, unter der Voraussetzung, daß Frankreich die Fortdauer der „offenen Tür“ und der Gleichberechtigung deutscher Unternehmungen in Marokko gewährleiste, ein französisches Protektorat über Marokko anzuerkennen, wogegen Frankreich in den Austausch von deutschen Teilen von Westafrika gegen französische Teile des Kongogebietes willigte. Alles war in schönstem Fortgang, da plötzlich, am 20. Juli, brachte die „Times“ eine spaltenlange Depesche aus Paris, worin voll Entrüstung behauptet wurde, Deutschland verlange von Frankreich dessen ganzen Kongobesitz von der Meeresküste bis hin zum Flusse Sanga und die Abtretung des französischen Anrechts auf den Kongostaat, falls dessen dermalige Inhaber je zu dessen Veräußerung schritten. „Die deutschen Staatsmänner,“ so schloß die „Times“, „müssen wissen, daß keine französische Regierung auf solche Bedingungen eingehen kann, und ebenso, daß keine britische Regierung eine so große Änderung in der Machtverteilung in Afrika würde dulden können, selbst wenn eine französische Regierung sich fände, die so schwach wäre, darein zu willigen.“ Daraufhin wurde Sir Edward

---

<sup>1)</sup> Siehe das französische Gelbbuch über Marokko.

<sup>2)</sup> Siehe W. S. Blunt a. a. O., p. 365.

<sup>3)</sup> Vgl. Morel, Ten years, ch. XIX—XXIV für das Folgende.

Grey energisch. Er ließ den deutschen Botschafter kommen, beklagte sich über das Fehlen jedweder Mitteilung der deutschen Regierung seit dem 4. Juli; das Schweigen der britischen Regierung infolge desselben dürfe nicht als Erlahmung ihres Interesses an der Frage aufgefaßt werden; die Abtretung des französischen Kongo an Deutschland sei für Frankreich unmöglich. Wenn die Verhandlungen aber erfolglos blieben, würde die Lage äußerst schwierig werden. Auch spreche man davon, daß die Besatzung des „Panther“ ans Land gegangen sei — sie bestand im ganzen aus 125 Mann! — und mit den Stämmen in Beziehungen trete. Agadir sei eine geeignete maritime Basis. Es könne nötig werden, Schritte zum Schutze der britischen Interessen zu unternehmen.

Der deutsche Botschafter antwortete sofort, daß Deutschland keineswegs unmögliche Forderungen an Frankreich gestellt habe, daß es nicht die geringste Absicht habe, britische Interessen zu verletzen, betonte aber gleichzeitig, daß das französisch-englische Abkommen von 1904 für keine dritte Macht bindend und Deutschland nur durch den Algeciras-Vertrag und das Sonderabkommen mit Frankreich von 1909 gebunden sei; beide hätten die Unabhängigkeit und Integrität Marokkos zur Grundlage; niemand aber könne behaupten, daß diese nicht verletzt worden seien. Wenn Deutschland deshalb auch keine Klage gegen Frankreich erhebe, so müsse dieses doch eine Kompensation bieten, die annähernd seinem großen Ziele entspreche — genau so, wie England sich eine solche in Ägypten gesichert habe. Er könne Grey nicht verhehlen, daß ihm scheine, als ob er mit zweierlei Maß messe, einem, wenn es sich um Frankreich, und einem andern, wenn es sich um Deutschland handle.

Der deutsche Botschafter hat über diese Unterredung sofort nach Berlin berichtet. Da, noch bevor die Antwort von dort eingetroffen war oder hätte eintreffen können, worin nochmals versichert wurde, daß der deutschen Regierung nichts ferner liege, als England von der Vereinbarung mit Frankreich ausschließen zu wollen, am 21. Juli, hielt Lloyd George, auf Veranlassung Greys, auf einem von den Banken ihm gegebenen Bankett eine Rede, die den Krieg in Aussicht stellte, wenn England da, wo seine Lebensinteressen im Spiel wären, behandelt werde, als sei es bedeutungslos im Rat der Nationen. Bevor diese Rede gehalten wurde, soll eine Kabinettsitzung stattgefunden haben, worin gegen die einzige Stimme Lord Loreburns. beschlossen worden sei, es auf einen Krieg mit Deutschland wegen Agadirs ankommen zu lassen; auf Loreburns Veranlassung habe dann der „Manchester Guardian“ in friedlichem Sinne geschrieben<sup>1)</sup>; in der übrigen Presse aber eine wütende Hetze gegen

---

<sup>1)</sup> Siehe W. S. Blunt a. a. O., pp. 373, 374.

Deutschland, und zwar bezeichnenderweise weit mehr in England als in Frankreich. In Frankreich legte sich der Sturm auf Wink der Regierung fast so schnell, wie er entstanden war; auch wußte man dort, daß Deutschland nicht etwas Unmögliches von Frankreich verlange; das wußte Grey allerdings auch, da er ja, wie er selbst sagt, fortwährend von dort auf dem laufenden erhalten wurde. Das Lebensinteresse Englands aber, das nach Lloyd George auf dem Spiele stand, war, daß Deutschland am Atlantischen Ozean keinen Stützpunkt für seine Flotte erlange. Da man dies nicht offen sagen wollte, schrie man in der englischen Presse noch drei Monate lang über eine beabsichtigte Vergewaltigung Frankreichs. In Deutschland aber wachsende Bitterkeit, und zwar nicht gegen Frankreich, sondern gegen England oder vielmehr gegen dessen Regierung und deren Mundstück Lloyd George. Am 4. Nov. 1911 ist es dann doch zu einem Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich auf Grundlage der Anerkennung des französischen Protektorates über Marokko durch Deutschland und der Gewährleistung der Dauer der „offenen Tür“ und der Gleichberechtigung der deutschen mit den französischen Unternehmungen in Marokko seitens Frankreichs gekommen; in einem gleichzeitig abgeschlossenen zweiten Verträge verpflichtete sich Frankreich, 107270 englische Quadratmeilen dünn bevölkerten und geringwertigen Landes im französischen Kongogebiet gegen 6450 englische Quadratmeilen deutschen Landes im oberen Kamerun im Austausch zu geben. Indes ist bemerkenswert, daß die Einsprache Englands dagegen erst wegfiel, nachdem Deutschland auf den Erwerb der Küste des französischen Kongogebietes am Atlantischen Ozean verzichtet hatte. Erst dann sah Grey die Seeherrschaft Englands durch den Austausch nicht mehr bedroht.

15. Wenige Tage nach dieser Erledigung des deutsch-französischen Zwists wegen Marokko, am 9. und 11. November 1911, haben dann französische Zeitungen die Geheimverträge veröffentlicht, die Großbritannien, Frankreich und Spanien 1904 getätigt hatten. Nun wurde allen offenbar, daß die drei Mächte gleichzeitig mit den von ihnen bekanntgegebenen Verträgen, in denen sie die Souveränität des Sultans von Marokko und die Integrität seines Reichs zu wahren versprochen hatten, sich über die Teilung dieses Reichs unter Frankreich und Spanien bei gleichzeitiger Gewährleistung der britischen Handelsinteressen geeinigt hatten. Im Privatleben gibt es für solche Machenschaften nur die Bezeichnung unehrlich <sup>1)</sup>. Noch mehr steigerte sich die Entrüstung aller, die an

<sup>1)</sup> Dies war auch das Urteil einer Anzahl Redner, als im Februar 1912 die Geheimverträge im französischen Senat zur Sprache kamen, und zwar nicht nur des Pazifisten Baron d'Estournelles de Constant; Herr de Lamarzelle

Treu und Glauben als die Grundlage auch des öffentlichen Lebens festhalten, als bald darauf Captain Faber im Unterhaus eine Mitteilung machte<sup>1)</sup>, die auch von anderer Seite bestätigt wurde, daß Sir Edward Grey Frankreich die bewaffnete Unterstützung seitens Großbritanniens in Aussicht gestellt habe, falls es zu einem Krieg zwischen Frankreich und Deutschland käme. All dies hinter dem Rücken des Landes und seiner Vertretung, des Parlaments.

16. Das hat Morel aufs neue auf den Kampfplatz gebracht. Ich habe schon erzählt, mit welcher Verachtung ihn die gewundenen Wege der bürokratischen Diplomatie erfüllt hatten, als zur Zeit, da ganz England nach energischen Maßnahmen gegen die Kongo-Greuel schrie, Sir Edward Grey immer wieder zurückhufte, sobald es galt, den Forderungen der Menschlichkeit bei Leopold Nachdruck zu verleihen. Auch 1912 war es noch nicht bekannt, welche Besprechungen mit Belgien ihn daran gehindert haben. Aber nun waren geheime Abmachungen der britischen Diplomatie bekannt geworden, die zeigten, wie nahe sie das englische Volk, ohne daß dieses davon eine Ahnung hatte, einem Kriege gebracht hatten, der zu einem Weltkrieg ausarten mußte. Morel dagegen war der Überzeugung, daß das englische wie das deutsche Volk und alles, was von der modernen Zivilisation erhaltungswert ist, kein größeres Übel treffen könne als ein Krieg. Das englische Volk habe kein größeres Interesse als in Freundschaft mit Deutschland zu leben. Wie die infolge von Faschoda drohend gewordenen Beziehungen zwischen England und Frankreich durch rückhaltlose Aussprache zu freundlichen geworden seien, so würde auch eine völlig freie Aussprache der verantwortlichen Staatsmänner Englands und Deutschlands über deren nationale Aufgaben, soweit sie sich berührten, zu einer gerechten Würdigung ihrer beiderseitigen Bedürfnisse und zu beiderseitiger Anpassung an diese führen, ohne daß das eine oder andere der beiden Länder ein Opfer an Ehre, Ansehen oder

sagte: „Dieser Geheimvertrag zwischen Frankreich und Spanien interessiert zweifellos Spanien, aber noch weit mehr England, durch und für welches er zustande gekommen... Warum wurde dieser Geheimvertrag verborgen gehalten? Ich kann keinen anderen Grund finden als den, daß vielleicht, wenn man dem Parlament alle die Opfer mitgeteilt hätte, die uns durch diesen Geheimvertrag auferlegt worden sind, der öffentliche Vertrag abgelehnt worden wäre.“ Der alte Ribot aber verweilte bei dem zynischen Widerspruch zwischen öffentlichen Versicherungen und privaten Abmachungen. „1894 wurde ein Vertrag unterzeichnet — ein Geheimvertrag — dessen Bestimmungen wir erst kürzlich kennen gelernt haben...; es war ein Teilungsvertrag und hat Schwierigkeiten erzeugt, die noch nicht ganz beseitigt sind. Spanien war verpflichtet, sich klarzumachen, und tat es auch, daß es eine Verteilung der Souveränität zwischen Frankreich und Spanien bedeutete in demselben Augenblick, da ein veröffentlichter Vertrag erklärte, daß beide Nationen sich aus innerster Seele zur Unabhängigkeit und Integrität Marokkos bekennen.“ Morel, Ten years, p. 81.

<sup>1)</sup> Vgl. Morel, Ten years, p. 146.

legitimen Ansprüchen zu bringen habe. Morel verwarf die Lehre von der Unvermeidlichkeit des Kriegs. Er schrieb sein Buch über „Marokko in der Hand der Diplomatie“.

In diesem Buche ist Morel der systematischen Entstellung des Vorgehens Deutschlands durch die britische Presse entgegengetreten, indem er ihr unbestreitbare Tatsachen gegenüberstellte, die die Haltung Deutschlands rechtfertigten. Diese Tatsachen waren nach dem, was bis dahin bekannt war: 1. daß die britische Regierung in dem vorausgegangenen Sommer Frankreich zugesagt hatte, daß es, falls es wegen Marokkos zu einem Krieg zwischen ihm und Deutschland käme, auf britische Unterstützung zu Wasser und zu Land rechnen könne, und daß sie bis ins einzelne gehende Vorbereitungen zu diesem Zwecke getroffen habe; 2. daß diese Zusagen über jedwede damals oder jetzt eingestandene britische Verpflichtungen gegen die französische Republik hinausgingen; 3. daß die Sache der französischen Regierung in sich schlecht sei, da sie auf der Verletzung eines internationalen Vertrags durch Frankreich beruhe; 4. daß diese Verletzung mit Zustimmung des britischen Auswärtigen Amts stattgefunden habe und die Folge von geheimen Abmachungen zwischen der britischen, französischen und spanischen Regierung sei, von denen das britische Volk und die gesamte Welt bis zum November 1911 nichts gewußt habe; und daß 5. die Haltung des britischen Auswärtigen Amts in dem frühen und kritischsten Stadium der deutsch-französischen Verhandlungen so gewesen sei, daß die Möglichkeit eines Bruchs zwischen Frankreich und Deutschland durch sie vermehrt werden mußte.

Morel hat diese gegen die geheime Diplomatie Großbritanniens gerichtete Anklage in jedem Punkte durch eine Fülle unangreifbaren Aktenmaterials belegt. Es ist erstaunlich, in wie wenigen Punkten sein ohne Kenntnis der zahllosen Bücher erster Autoritäten, die seitdem erschienen sind, geschriebenes Buch der Ergänzung bedarf. Er wollte durch dasselbe jedem Engländer von auch nur gewöhnlichem Verstand die Überzeugung beibringen, einmal, daß die Haltung Deutschlands während des ganzen Marokko-Streits in der britischen Presse irreführend dargestellt worden sei, und zweitens, daß sowohl das britische als auch das französische Volk an den Abgrund eines Kriegs mit Deutschland geführt worden seien, der ausgebrochen wäre nicht infolge eines tiefgewurzelten Antagonismus oder von Gegensätzen, die in elementaren Kräften wurzeln, sondern von Intrigen, des Mangels offenerherzigen Verhaltens und des Fehlens an Voraussicht seitens einer Diplomatie, die ihr Tun und Treiben vor den Blicken der Nation verbarg.

Als das Buch im März 1912 erschien, war es für das britische Volk eine Offenbarung. Wie die Deutschen hatten sich die Engländer im

Glauben an die Rechtlichkeit und Umsicht ihrer Regierung viel zu wenig um ihre auswärtigen Angelegenheiten gekümmert. Auch nahmen sie, während sie die früheren Schriften Morels mit Heißhunger verschlungen hatten, sein Marokko-Buch zunächst ziemlich stumpfsinnig auf. Indes hat sich selbst die von Morel angegriffene Jingo-Presse dem Eindruck der von ihm beigebrachten Dokumente und seiner daraus gezogenen Schlußfolgerungen nicht entziehen können; das einzige, was einige dazugehörige Blätter erwiderten, war, daß die von Morel geforderte Öffentlichkeit internationaler Abmachungen den Zweck, um dessentwillen eine Entente zwischen England und Frankreich stattfand, gefährdet haben würde. Das war aber eher ein Argument für als gegen Morel. Auch hat die linksliberale Presse, die einem Krieg zwischen England und Deutschland entgegen war, das Buch enthusiastisch aufgenommen. Immerhin hat es vor dem Krieg nur einen beschränkten Absatz gefunden. Aber unmittelbar nach dessen Ausbruch wurde es durch die nationale Arbeiterpresse unter dem Titel „Zehn Jahre Geheimdiplomatie, eine unbeachtete Warnung“ neu gedruckt und hat zwischen März 1915 und Juli 1920 nicht weniger als sechs starke Auflagen erlebt.

---

## IV. MOREL UND DER WELTKRIEG

Tauet Himmel den Gerechten,  
"Wolken regnet ihn herab!"  
Jesaiah 45.

Nach Erscheinen seines Buches „Marokko in den Händen der Diplomatie“ ist Morel unermüdlich gewesen, in wiederholten Zuschriften an die liberalen Zeitungen vor der auswärtigen Politik der am Ruder befindlichen liberalen Regierung zu warnen<sup>1)</sup>. Solange das Ministerium des Äußeren nicht demokratisiert sei, stehe die Nation in dauernder Gefahr, sich plötzlich in einen Krieg verwickelt zu sehen. Immer wieder warf er die Frage auf nach der Natur der Bindungen Englands gegenüber Frankreich; die widersprechendsten Gerüchte seien darüber im Umlauf. Aber er erhielt darauf keine Antwort. Dagegen eröffneten einige imperialistische Blätter einen Feldzug für Verwandlung der Entente in eine Allianz; auch wurde den Russen eine französisch-englische Anleihe von 10 Millionen Pf. St. für Marinezwecke gewährt, die französische Flotte wurde im Mittelmeer konzentriert, die englische von dort zurück- und in der Nordsee zusammengezogen, und in hohen französischen und russischen Kreisen wurde erzählt, daß dies infolge eines besonderen Flottenabkommens mit England geschehe<sup>2)</sup>. Das hat Morel veranlaßt, in the Daily News vom 1. September 1912 aufs neue die Frage nach der Natur der Bindung Großbritanniens an Frankreich aufzuwerfen und das Publikum auf die Gefahr zu verweisen, daß es infolge geheimer Abmachungen, von denen es nichts wisse, sich plötzlich in einen Krieg verwickelt sehen könne.

Morels Stellung zur auswärtigen Politik war also öffentlich bekannt,

---

<sup>1)</sup> Für alles auf Morel Bezügliche ist, wie im zweiten Abschnitt, so auch in diesem meine Quelle das schon zitierte Buch von F. S. Cocks, E. D. Morel, *The Man and His Work*. London 1920.

<sup>2)</sup> Auch in den deutschen Zeitungen war von dieser auffälligen Flottenverteilung damals die Rede. Es ist daher unverständlich, wenn Fürst Lichnowsky, *Meine Londoner Mission 1912—1914*, S. 25 schreibt: „Geheime Agentennachrichten über Dinge, die ich ohne Spionage und die nötigen Fonds nicht erfahren konnte, waren mir niemals zugänglich, und erst in den letzten Tagen des Juli 1914 erfuhr ich zufällig durch den Marine-Attaché die geheimen englisch-französischen Abmachungen über das Zusammenwirken beider Flotten im Falle eines Kriegs.“

als die liberale Partei in Birkenhead ihn im Oktober 1912 aufforderte, bei den nächsten Parlamentswahlen ihr Kandidat zu sein. Morel zögerte. Er warnte, ihn aufzustellen, denn er sei Gegner der auswärtigen Politik des liberalen Ministeriums und werde es sich nicht nehmen lassen, ihr entgegenzutreten. Aber die Liberalen Birkenheads wiederholten ihre Aufforderung, und als er annahm, wurde seine Kandidatur vom ersten Einpeitscher der liberalen Partei, ja von den Liberalen des ganzen Landes enthusiastisch begrüßt. Nun begann er in einer zweijährigen Wahlkampagne seine Wähler sowohl zum Verständnis der Ziele des echten Liberalismus als auch der Bedeutung der auswärtigen Politik für Erreichung derselben zu erziehen.

Das Ziel des Liberalismus sei Achtung und Würde jedes Einzelnen und das Wohlergehen des Ganzen im Gegensatz zur Verfolgung von Klassen- und dynastischen Interessen. Er stehe in absolutem Gegensatz zum Militarismus. Vermöge der Rüstungen, welche die eine oder andere auswärtige Politik mit sich bringe, bestehe der engste Zusammenhang zwischen dieser und der sozialen Reform. Beide seien untrennbar ineinander verflochten und allenthalben wirke die auswärtige Politik daher auf die soziale Frage zurück. Um den Frieden, den deren Lösung erheische, zu wahren, sei aber eines vonnöten. Die auswärtige Politik Großbritanniens müsse ehrlich sein, offen und frei von Zweideutigkeiten. Entweder sie schließe vor aller Welt ein Bündnis mit Frankreich unter gleichzeitiger Betonung, daß sie es ablehne, durch aggressive Tendenzen Rußlands in irgendwelche Verwicklungen gebracht zu werden. Oder sie halte sich frei von jeder Bindung. Das erstere würde Deutschland von einem Kriege mit Frankreich abhalten, da es dann wüßte, daß England im Falle eines solchen Kriegs Frankreich beistehen würde, und Rußland würde wissen, daß England es ablehne, in einen Krieg einbezogen zu werden, der aus russischen Intrigen erwachse. Das zweite, was Morel vorziehen würde, gestatte Großbritannien, frei von allen kontinentalen Verwicklungen, seinen ganzen Einfluß in die Wagschale zugunsten des Friedens zu werfen, und beide Streitende könnten sich an es wenden als an einen unvoreingenommenen unparteiischen Schiedsrichter.

Als dann gegen Ende 1912 der sechste Band des französischen Gelbbuchs über Marokko erschien, enthüllte Morel an der Hand desselben in öffentlicher Rede die Fälschung, mittels deren die Times am 20. Juli 1911 die öffentliche Meinung Englands bis zur Siedehitze gegen Deutschland erregt hatte. Die „Nation“, der „Manchester Guardian“ und andere ehrlich liberale Blätter haben ihm dafür wärmstes Lob gespendet. Dann hatte die Regierung den als Freund deutscher Bildung bekannten Lord Haldane nach Berlin entsandt, wo man ihm freundlichst entgegen-



gekommen war. Hatte ihm doch der Kaiser den Entwurf eines Flottengesetzes, der in Deutschland selbst noch geheim war, mitgeteilt, mit der ausdrücklichen Erlaubnis, dem englischen Kabinett davon Kenntnis zu geben. Und wenn dies auch zur Folge gehabt hat, daß die Ausgaben für die britische Flotte sofort „in einem in der Geschichte der britischen Flotte beispiellosen Maße“ erhöht wurden<sup>1)</sup> und ein von Bethmann Hollweg vorgeschlagenes Bündnis an der Ablehnung seitens des in das Bündnis Englands mit Frankreich eingeweihten Haldane scheiterte, so haben sich doch die Beziehungen zwischen der Wilhelmstraße und Downing Street in den folgenden Jahren bis unmittelbar vor Ausbruch des Kriegs immer freundlicher gestaltet. Die britische Regierung hat dies wiederholt amtlich erklärt.

Da, mit Beginn 1913, ein Wiederaufleben der öffentlichen Agitation für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Großbritannien. Morel trat ihr in the Daily News vom 21. Februar 1913 entgegen; dabei frug er unter Hinweis auf die Einführung der dreijährigen Dienstpflicht in Frankreich, auf die Vermehrung der Effektivstärke des russischen Heers und die entsprechende Steigerung der deutschen Ausgaben für Heer und Flotte abermals, ob Großbritannien verpflichtet sei, im Falle eines kontinentalen Kriegs Frankreich beizustehen. Dieselbe Frage brachte wenige Wochen später, am 13. März 1913, Lord Hugh Cecil im Unterhause zur Sprache. Er sagte wörtlich:

„Die Meinung ist sehr weit verbreitet, daß dieses Land unter einer Verpflichtung steht, einer Verpflichtung nicht durch Vertrag, sondern infolge von Versicherungen, die das Ministerium im Laufe diplomatischer Verhandlungen gegeben hat, eine sehr starke bewaffnete Macht außer Landes zu senden, um in Europa zu operieren. Das wird allgemein angenommen.“

Darauf antwortete Asquith, damals Premierminister: „Ich muß sagen, daß dies nicht wahr ist.“

Am 24. März wurde diese verneinende Antwort sowohl von Asquith als auch von Sir Edward Grey wiederholt, von letzterem abermals noch am 28. April und 11. Juni 1914.

Diese Erklärungen waren so kategorisch, daß sie selbst Morel genügten. Jedenfalls haben sie ihn zum Schweigen genötigt. Er erachtete es als eine Unmöglichkeit, ein so feierlich gegebenes Wort eines britischen Ministers in Zweifel zu ziehen. Diese seine Meinung wurde verstärkt, als ein anderer Kabinettsminister, Runciman, der nach Birkenhead gekommen war, um die Wahl Morels ins Parlament zu unterstützen, in

---

<sup>1)</sup> Haldane a. a. O., p. 160.

der Wahlversammlung, neben Morel stehend, sagte: „Lassen Sie mich kategorisch erklären, daß wir kein geheimes Einverständnis mit einer europäischen Macht haben, das uns in einen europäischen Krieg verwickeln könnte.“ Da war Morel überzeugt. Er behelligte die Presse nicht mehr mit Fragen über geheime Abkommen, und mit erleichtertem Herzen wandte er sich zur Arbeit im Westafrikanischen Ausschuß des Kolonialministeriums, zu dessen Mitglied er ernannt worden war.

Da, am 29. Juli 1914, während er in dem französischen Seebad Dieppe im Meere schwamm, hörte er einen Franzosen zu einem anderen sagen: „Endlich hat man ihm, was ihm gebührte, getan.“ Ins Hotel zurückgekehrt, hörte er, daß Jaurès ermordet worden. Am folgenden Sonntag an allen Mauern der Stadt Mobilmachungsanschlüge und in den Straßen herzerreißende Abschiedsszenen. Der lang befürchtete Krieg war da. Morel eilte nach England zurück. Am 3. August jene Rede Sir Edward Greys, in der er zum ersten Male die Wahrheit über Englands Abmachungen mit Frankreich enthüllte. Was durch sie bekannt wurde, übertraf die Befürchtungen selbst derjenigen, die das Schlimmste erwarteten. Noch nicht einen Monat, nachdem Grey am 12. Dezember 1905 Minister des Äußeren geworden war, hatte er auf Drängen Paul Cambons, des französischen Botschafters in London, diesem in Aussicht gestellt, daß England Frankreich zu Hilfe eilen werde, falls es aus Anlaß jenes Geheimvertrags, in dem sie sich, im Widerspruch mit dem veröffentlichten gleichzeitigen Vertrag über die Erhaltung des marokkanischen Reichs, über dessen Teilung zwischen Frankreich und Spanien geeinigt hatten, zum Krieg mit Deutschland kommen sollte. Grey hatte, wie er selbst sagte, Cambon diese Hilfe, ohne daß er den übrigen Kabinettsministern außer Asquith und Haldane davon Kenntnis gab, in Aussicht gestellt. Er behauptete freilich, er habe vorher auch den damaligen Premier Sir Henry Campbell-Bannerman zu Rat gezogen. Aber Lord Loreburn, der damals Lordkanzler war und dem Premier besonders nahestand, hat, wie wir gesehen haben, diese Behauptung öffentlich in Zweifel gezogen, solange nicht andere Beweise dafür beigebracht würden. Jedenfalls haben weder Loreburn noch die übrigen damaligen Kabinettsminister vor dem 3. August 1914 davon etwas erfahren und selbstverständlich ebensowenig von den seit Frühjahr 1906 stattgehabten militärischen Besprechungen mit dem belgischen Generalstab über die Besetzung Belgiens durch britische Truppen. All dies hatte das Triumvirat Grey, Haldane, Asquith hinter dem Rücken der übrigen Kabinettsmitglieder und des Parlamentes getan. Dabei hat Grey, wie ich erzählt habe, dem französischen Botschafter allerdings wiederholt erklärt, daß alle diese Besprechungen Großbritannien nicht verpflich-

ten sollten, für Frankreich wirklich zu den Waffen zu greifen. Er hat sich am 22. November 1912 sogar schriftlich von Paul Cambon bescheinigen lassen, daß er ihm dies erklärt habe, und Cambon, der völlig begriff, daß es sich bei dieser Bescheinigung nur um ein Zeugnis handle, das Grey brauche, um dem Parlament zu beweisen, daß er sein Land zu nichts verpflichtet habe, das aber praktisch völlig bedeutungslos sei, bestätigte willig den sorgsam vorbereiteten und von den beiden vereinbarten Brief, den Grey an ihn schrieb<sup>1)</sup>. Grey aber hat dann am 3. August 1914 in derselben Rede, in der er, um dem Parlament die Verantwortung für die Kriegserklärung an Deutschland zuzuschieben, erklärt hat, daß er in seiner Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, völlig frei sei, selbst nahegelegt, daß England trotz des Fehlens einer bindenden Verpflichtung in Ehren nicht ablehnen könne, an der Seite Frankreichs zu kämpfen<sup>2)</sup>. Ja Lloyd George hat am 7. August 1918, um darzutun<sup>3)</sup>, daß England verpflichtet gewesen sei, Frankreich zu Hilfe zu kommen, sich auf eben den Briefwechsel Greys mit Cambon vom 22. November 1912 berufen, den Grey am 3. August 1918 dem Parlament mitgeteilt hat, um zu erklären, daß es in seiner Entscheidung, ob Krieg oder Frieden, vollständig frei sei!

Am Tag nach der Rede Greys schrieb Morel an den liberalen Wahlverein in Birkenhead eine schneidende Kritik der Unwahrhaftigkeit Greys und der Geheimdiplomatie. Er ermächtigte den Vorstand, diesen Brief zu veröffentlichen, und stellte seine Kandidatur vorbehaltlos in sein Ermessen. Doch statt Morels Kritik bekanntzugeben, beschwor ihn dieser, keinen Schritt in der Öffentlichkeit zu tun. Indes Morel lehnte es ab, den Heuchler zu spielen. Er hatte Freunde, die gleich ihm seit

<sup>1)</sup> Der Brief findet sich abgedruckt bei Loreburn a. a. O., pp. 98, 99. Nach Lichnowsky a. a. O., S. 26 war dieser Briefwechsel zwischen Grey und Cambon dem Berliner Auswärtigen Amte bekannt, ihm aber nicht mitgeteilt worden.

<sup>2)</sup> Damit erklärt sich auch, was sonst unverständlich wäre, warum Grey auf Lichnowskys Frage „ob er unter der Bedingung, daß wir die belgische Neutralität wahren, ihm eine bestimmte Erklärung über die Neutralität Großbritanniens abgeben könne“, erwiderte „das sei ihm nicht möglich“. (Siehe die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke usw., herausgegeben von Graf Max Montgelas und Prof. Walter Schücking, Charlottenburg 1919. III, S. 89, No. 596.) Grey war eben „in Ehren“ verpflichtet, Frankreich zu Wasser und zu Land zu unterstützen, falls es zum Krieg zwischen Deutschland und Frankreich käme, einerlei, ob die Neutralität Belgiens von Deutschland verletzt würde oder nicht; denn das britische Ministerium fürchtete, daß Frankreich von Deutschland besiegt würde, falls man es sich selbst überlasse, und daß England selbst Deutschland preisgegeben sei, wenn Deutschland die nordfranzösische Küste besetze. Vgl. Haldane a. a. O., p. 109.

<sup>3)</sup> Auf diesen merkwürdigen Widerspruch hat schon Loreburn a. a. O., pp. 103, 104 verwiesen.

Jahren das englische Volk vor der Katastrophe, der es entgegentreibe, gewarnt hatten. Das waren der Großneffe des Geschichtschreibers Macaulay, Charles Trevelyan, der tags vorher, weil er an Greys Politik nicht teilhaben wollte, aus der Regierung geschieden war, Ramsay Macdonald, bis dahin Führer der Arbeiterpartei im Parlament, Arthur Ponsonby, der frühere Privatsekretär Campbell-Bannermans, der stets die demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik im Parlamente vertreten hatte, und Norman Angell, der Verfasser des in alle Sprachen übersetzten Buches „Die große Täuschung“. Morel veröffentlichte zusammen mit diesen eine Aufforderung zur Gründung einer Gesellschaft zur Kontrolle der auswärtigen Politik durch das Volk. Das führte zu einem offenen Briefwechsel Morels mit dem liberalen Wahlverein und zu dessen großem Bedauern zum endgültigen Verzicht Morels auf die Kandidatur in Birkenhead. In seinem an die dortigen liberalen Wähler gerichteten Abschiedsbrief hat er Grey vorgehalten, wie dessen geheime Abmachungen Gut und Blut des englischen Volks in Abhängigkeit gebracht habe nicht nur von Frankreich, sondern durch dieses auch von Rußland, das durch seine allgemeine Mobilmachung am 30. Juli abends 7 Uhr den Ausbruch des Kriegs verschuldet habe. Er verwies darauf, daß selbst der russische Minister des Äußern, Sasonoff, dem britischen Botschafter in Petersburg gesagt habe, er glaube nicht, daß Deutschland den Krieg wirklich wolle, aber dessen Haltung werde durch die Englands bestimmt; wenn England fest zu Frankreich und Rußland halte, gebe es keinen Krieg. Unglücklicherweise sei Deutschland überzeugt, daß es auf Englands Neutralität rechnen könne. Daß Deutschland dies geglaubt habe, sei die Schuld der Geheimpolitik Sir Edward Greys. Nun berichtet allerdings Haldane<sup>1)</sup>, daß er schon 1912 Herrn von Bethmann Hollweg mitgeteilt habe, daß England im Falle eines deutsch-französischen Kriegs Frankreich beistehen werde, und daß dieser dies begreiflich gefunden habe; auch hat Lichnowsky<sup>2)</sup> stets nach Berlin berichtet, daß Deutschland mit der englischen Gegnerschaft rechnen müsse, falls es zum Krieg mit Frankreich käme; andererseits aber stimmt, was Sasonoff gesagt hat,

<sup>1)</sup> Haldane a. a. O., p. 58: „Ich sagte ihm offen, daß wir maritime und militärische Vorbereitungen getroffen hätten, aber nur solche, wie die Verteidigung sie erheischte und wie sie in Deutschland als Sache der gewöhnlichen Verwaltung angesehen würden (? Reorganisation des Heers, Vorbereitung der Besetzung Belgiens!). Ich fuhr fort, daß wir gegen Aggression jedweder Nation seien (Geheimverträge mit Frankreich und Spanien!) und, was sein Gemüt zu erleichtern schien, daß wir keine militärische Geheimverträge hätten (aber Besprechungen!). Aber, fügte ich hinzu, wenn Frankreich angegriffen würde und versucht würde, sein Gebiet zu besetzen, dürfe Deutschland nicht auf unsere Neutralität rechnen.“

<sup>2)</sup> Lichnowsky a. a. O., S. 26—30.

damit überein, daß Bethmann Hollweg aufs schmerzlichste überrascht war, als der britische Botschafter in Berlin ihm Englands Kriegserklärung überreichte.

Der Abschiedsbrief Morels an die liberalen Wähler von Birkenhead hat nicht wenig Aufsehen erregt und hat, als Broschüre wieder abgedruckt, in wenigen Tagen in zehntausend Exemplaren Absatz gefunden. Aber nun wiederholte sich, daß für alle, die unbekümmert um Gunst oder Mißgunst nach nichts als der Wahrheit streben, der Karfreitag nahe beim Palmsonntag liegt. Um das Volk zu dem Krieg zu begeistern, mußte man Deutschland als den Hort alles Unrechts und seine Bekämpfung als einen Krieg für die Freiheit der Völker gegenüber unerträglichen Weltoberungsplänen hinstellen. Eine Flut von Verleumdungen des deutschen Volks wurde systematisch verbreitet, an ihrer Spitze die, daß es allein die Schuld trage am Krieg. Da Morel mit dem Mute des Helden dieser Lüge entgegentrat, wurde er, der noch eben der Stolz Englands gewesen war, der bestgehaßte Mann Englands. Er hat von Anfang an erkannt, daß auf der Lüge von der Alleinschuld Deutschlands, die Forderung von Friedensbedingungen beruhen würde, die für Deutschland unerfüllbar und ebendeshalb die Ursache einer Verewigung des Kriegs sein würden. Aber, wie Cobden schon 1862<sup>4</sup> geschrieben hat, sobald einmal ein Krieg erklärt ist, hört alle Vernunft auf; man könnte ebensogut mit tollwütigen Hunden argumentieren wollen. Wenn einmal eine Legende Wurzel gefaßt hat, ist jeder ein Feind, der ihre Irrigkeit dartut, und da Morel die Ansicht verfocht, daß es zu keiner Zeit unangemessen sei, der Wahrheit die Ehre zu geben, sagte er sie, unbekümmert um die entehrendsten Verleumdungen, die nun auf sein Haupt niederprasselten. Er begann am 8. Oktober 1914 in dem Arbeiterblatt „The Labour Leader“ eine Serie von glänzenden Aufsätzen über den Krieg und dessen Ursachen zu veröffentlichen, unübertrefflich durch Bemeisterung des Stoffs und die Schärfe der Argumentation, worin er den populärsten Irrtümern entgegentrat. Darin macht er aus seinem Abscheu vor den in Deutschland herrschenden, die Gewalt verherrlichenden Theorien von Bernhardi und verwandter Publizisten, durch welche die Mentalität zahlloser Deutscher vergiftet worden war, kein Hehl. Aber das hindert ihn nicht, die Deutschen zu verteidigen, wo sie im Recht sind. Diese Aufsätze sind im Juli 1916 als Buch unter dem Titel „Truth and the War“ (Die Wahrheit und der Krieg) erschienen. Was darüber über Geheimdiplomatie, Freihandel und das internationale Zusammenwirken der Völker, das Prinzip der offenen Tür und die Zukunft der Tropen, die Behandlung der Eingeborenen, die Neutralisierung Afrikas steht, ist ausgezeichnet. Das Wichtigste darin

ist aber für uns der meisterhaft geführte Nachweis der Unwahrheit der Behauptung, daß Deutschland allein schuldig am Krieg sei. Doch dabei brauche ich nicht zu verweilen. Die Kapitel des Buchs, die sich mit der Schuldfrage befassen, sind von Hermann Lutz in einer vortrefflichen Übersetzung unter dem Titel „Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege“ jedem Deutschen zugänglich gemacht worden. Ich kann der Übersetzung nur sehr viele Leser wünschen.

Als das Buch in England erschien, haben die meisten Zeitungen es totgeschwiegen. Das ist weniger zu verwundern, als daß das gleiche auch der deutschen Übersetzung seitens der deutschen Presse passiert. Die meisten unter den englischen Zeitungen, die davon Kenntnis nahmen, haben es mit Schmähungen überschüttet. Nur sozialistische Blätter haben es gelobt. Trotzdem sind innerhalb dreier Monate Zehntausende von Exemplaren verkauft worden. Dann folgten noch zwei Schriften Morels. Die eine ist betitelt „Des Zarentums Anteil am Krieg“, die andere 1917 erschienene „Afrika und der Friede Europas“. Sie sollten der Regierung Gelegenheit geben, an dem unentwegten Bekenner der Wahrheit eine für sie selbst schmachvolle Rache zu nehmen.

In Frankreich hatte sich unter dem Namen „Comité pour la reprise des relations internationales“ eine Anzahl tapferer Männer zusammengefunden, die unbekümmert um Verfolgungen den Spuren von Jaurès folgten. Eine Broschüre „Qui a entraîné la France dans la guerre?“ hatte bei aller Betonung des deutschen Anteils an der Schuld doch der russischen Regierung die Hauptschuld am Kriege zugesprochen. Das begegnete sich mit Morels Broschüre über des Zarentums Anteil am Kriege. Morel suchte Fühlung mit dem Verfasser der Broschüre zu gewinnen. Er schrieb an die Nichte des Ministers Balfour, Miß Ethel Sidgwick, die häufig nach Frankreich reiste, sie möge dem ihr befreundeten Romain Rolland ein Exemplar seiner Schrift „Über Afrika und den Frieden“ übermitteln. Damit machte er sich eines Verstoßes gegen Dora (Abkürzung von Defence of the Realm Act., Gesetz, betr. die Verteidigung des Reichs) schuldig. Danach war es zwar erlaubt, Druckschriften ins Land von Alliierten, nicht aber von Neutralen zu senden. Romain Rolland aber wohnte nicht, wie Morel irrtümlich angenommen hatte, in Frankreich, sondern in der Schweiz. Morels Brief an Miß Sidgwick war von der Zensur geöffnet worden. Darauf wurde er plötzlich am 31. August 1917 im Hause eines Freundes verhaftet, vor Gericht gestellt, weil er Miß Sidgwick zu einem Vergehen gegen Dora habe verleiten wollen, und vom Richter, der die Annahme von Bürgschaft verweigerte, im Gefängniswagen ins Gefängnis geschickt. Trotz des Hinweises seines Verteidigers auf die unsterblichen Verdienste, die sich Morel um die Menschheit

erworben, wurde er wegen einer unbeabsichtigt, aus Unkenntnis von Tatsachen begangenen, an sich völlig harmlosen Übertretung einer der Unterdrückung der Wahrheit dienenden Vorschrift zu 6 Monaten Einsperrung im Gefängnis in Pentonville verurteilt. Der Mann, den noch wenige Jahre vorher unter dem Jubel ganz Englands ein Bischof als den Helden gepriesen, den Gott dem englischen Volke gesandt habe, um sein Gewissen zu wecken, saß dort, eben weil er dieser Aufgabe nachgekommen, bis zum Frühjahr 1918 als gemeiner Verbrecher zwischen einem Dieb und einem wegen Notzüchtigung eines Mädchens in zartem Alter Verurteilten; was er dort zu erdulden hatte, zeigt die ergreifende Schilderung, die ich als Anhang I wiedergebe. Wie einer der angesehensten Männer Englands, der frühere Präsident des Unterhauses, Lord Courtney of Penwith an Morels Frau schrieb, war „das Motiv des Prozesses die Unterdrückung der Meinung; es war klar, daß der Prozeß angestrengt worden war, nicht nur um diese Meinung zu unterdrücken, sondern jedweden in Schweigen zu begraben, der sich eine Meinung, die man unterdrücken wollte, zu bilden imstande war“. Es war die Rache dafür, daß Morel den Nachweis erbracht hatte, daß nicht Deutschland allein schuldig am Krieg sei.

Die Entrüstung von Morels Freunden kann jeder sich vorstellen. Sie verhallte vergeblich. Die Regierung hatte die öffentliche Meinung in ihrer Gewalt.

Nachdem Morel seine Freiheit wiedererlangt hatte, hat er das Amt eines unbesoldeten Sekretärs des Vereins für demokratische Kontrolle wieder aufgenommen. Dieser ist keine Friedensgesellschaft<sup>1)</sup>. Seine Führer betonten nachdrücklich, daß im Falle einer überlegten aggressiv-feindlichen Handlung oder der Bedrohung wirklicher Landesinteressen ein Aufruf zur Gegenwehr auf einstimmige Zustimmung des Volkes rechnen könne. Wenn es sich dagegen nur um den von einem fremden Minister oder Gesandten beliebten Ton oder um den Schacher über die Teilung von Territorien in fremden Weltteilen, auf die keiner ein Recht habe, oder um die Verletzung des Stolzes der verschiedenen Auswärtigen Ämter im Gefolge von Schmollen der Diplomaten handle, würden die Völker nicht zustimmen, wenn man zum Austrage durch das barbarische Mittel des Kriegs schritte. Auch haben die Führer der Vereinigung aus der Geschichte früherer Kriege die Überzeugung gewonnen, daß nahezu alle Friedensschlüsse der Vergangenheit nichts als Waffenstillstände gewesen sind, die in ihren Bedingungen bereits den Keim künftiger Kriege enthalten haben. Daher ihr Eintreten für einen Frieden, der durch Vermeidung dieser Fehler seine Dauer sichern solle.

---

<sup>1)</sup> Vgl. über die leitenden Ideen, die ihn beseelen: Arthur Ponsonby, M. P., *Democracy and the Control of Foreign Affairs*. London 1912.

Ebenso muß man nicht meinen, die Vereinigung verlange, daß der Minister des Auswärtigen seine Karten offen auf den Tisch lege, so daß nicht nur sein eigenes Volk, sondern auch die Minister der Völker, gegen die er spielt, sie sehen. Aber das Spiel, das er spielt, ist mit großen Gefahren verbunden, und auf seinen Schultern ruht eine riesige Verantwortung. Der Einsatz ist groß und für jeden unklugen oder fehlerhaften Zug, den er tut, muß das Volk mit seinem Gut und Blut aufkommen. Ist es da unvernünftig, wenn es verlangt, daß man ihm sage, um was das Spiel geht? Mag ein Minister des Auswärtigen noch so gewissenhaft und vorsichtig sein, er arbeitet in einer gewissen Isolierung. Mag er noch so sehr von dem Gefühle, daß er das Interesse seines Volks zu wahren habe, erfüllt sein, sein Handeln findet nicht immer in Übereinstimmung mit den Wünschen der Mehrheit desselben statt. Einmal, weil diese die Tatsachen, eben weil sie ihr vorenthalten werden, nicht gleich ihm beherrscht und daher auch nicht gleich ihm sich ein treffendes Urteil zu bilden vermag. Dann aber auch, weil er außer Fühlung ist mit dem Denken und Fühlen der Mehrheit seines Volks. Er arbeitet inmitten einer durch traditionelle Geheimtuerel geschaffenen Atmosphäre, ist gelehrt worden, die Meinung der diplomatischen Bureaukratie höher zu schätzen als die von dieser verachteten, aber oft weit richtigeren Empfindungen des Volks. Daher er oft in Verdacht gerät, unter dem Einfluß einer Clique zünftiger Sachverständiger zu handeln, die sich in den Kopf gesetzt hat, gerade die eine oder andere Politik zu verfolgen. Mitunter geht der Verdacht auf noch Schlimmeres. Was jene Clique bestimmt, sind heute nicht Rassegegensätze. Man verbindet sich heute mit Leuten jeglicher Rasse ohne Unterschied der Hautfarbe gegen die dem Blut nach Nächststehenden. Es ist der Ehrgeiz der sog. Staatsmänner, das Interesse von Spekulant und Finanzleuten, die Eifersucht politischer Parteien und mitunter — wie im zarischen Rußland — das Streben, das Volk durch Krieg von Umsturzversuchen abzulenken, was die Entschlüsse jener Cliquen beeinflußt. Aber kein Zweifel, daß die heutigen Völker für Frieden sind. Der internationale Charakter der Arbeiterbewegung ist dafür das sprechendste Zeugnis. Daher je mehr die Führung der äußeren Politik ihren bürokratischen, oligarchischen und aristokratischen Charakter verliert, je demokratischer sie wird, desto größer die Sicherheit einer Dauer des Friedens und um so geringer die Gefahr seiner Störung.

Die Politik der diplomatischen Bureaukratie verfolgt die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts der Mächte. Das hat zur Teilung Europas in zwei sich entgegengesetzte Lager geführt und bringt eine fortwährende Neuordnung mit sich, um die richtige Verteilung der Macht zu sichern;



sie führt zu fortwährender Einmischung in die Verhältnisse anderer Völker, zu Ententen, Bündnissen, Geheimverträgen, zu Eifersucht und Beargwöhnung und, als Schlimmstes, zu fortwährend steigenden Rüstungen. Die Politik der Demokratie geht auf harmonisches Zusammenwirken der europäischen Mächte. Aber da dem Volk die nötige Information und die Kenntnis der auswärtigen Beziehungen des Landes vor-  
enthalten wird, ist es außerstande, die Zweckmäßigkeit des Übergangs von der einen zur anderen Politik zu diskutieren und damit diesen herbeizuführen. Es ist unerträglich, daß das Land so im Dunkel gehalten wird, zumal in einer Zeit, in der die Politik des Geheimhaltens die ernsteste Gefahr birgt. Daß dies nicht so bleiben kann, ist von den hervorragendsten englischen Politikern wie Bagehot, Bryce, auch von Gladstone längst anerkannt worden.

Dies eine Andeutung der Gedanken, von denen die Vereinigung für demokratische Kontrolle der auswärtigen Politik ausgeht. Ihr Programm, das sie speziell für die Gegenwartslage noch während des Kriegs aufgestellt hatte, lautet:

„Die Vereinigung ist ins Leben getreten, um festzustellen, was eine Politik erheischt, welche die Herbeiführung und Sicherung eines dauernden Friedens bezweckt, und alles zu organisieren, was diesem Zweck dient. Dementsprechend tritt sie für die folgenden Forderungen und jedwede weitere Maßnahme ein, welche ihr Vorstand von Zeit zu Zeit für ihrem Zwecke dienlich erklärt:

1. „Kein Gebiet soll von einer Regierung an eine andere übertragen werden, ohne daß die es bewohnende Bevölkerung der Übertragung durch Plebiszit oder auf andere Weise zugestimmt hat.

2. „Kein Vertrag, Abkommen oder Unternehmen soll im Namen Großbritanniens ohne Zustimmung des Parlamentes vereinbart werden. Es soll ein zweckentsprechender Apparat zur Kontrolle der auswärtigen Politik durch das Volk geschaffen werden.

3. „Die auswärtige Politik Großbritanniens soll nicht die Schaffung von Allianzen zur Erhaltung des Gleichgewichts der Mächte verfolgen; sie soll sich die Herbeiführung vereinten Wirkens der Mächte zum Ziel setzen und die Schaffung eines internationalen Rats, dessen Beratungen und Verhandlungen öffentlich sein sollen; dieser soll mit den nötigen Mitteln ausgestattet sein, um ein den Frieden sicherndes internationales Zusammenwirken zu gewährleisten.

4. „Großbritannien soll als Teil des abzuschließenden Friedens einen Plan vorschlagen zu freiwilliger wirksamer Minderung der Rüstungen der kriegführenden Mächte. Um diese Politik zu erleichtern, sollen die

Rüstungsindustrien allgemein verstaatlicht und die Ausfuhr von Waffen aus einem Land in ein anderes einer Kontrolle unterworfen werden.

5. „Der europäische Krieg soll nach Beendigung des Kampfs mit den Waffen nicht durch einen Wirtschaftskrieg fortgesetzt werden. Die britische Politik soll demgemäß auf Herbeiführung von Freihandel zwischen allen Nationen und Erhaltung und Ausdehnung des Prinzips der ‚offenen Tür‘ gerichtet sein.“

Seit dem sog. Frieden von Versailles hat sich die Zahl der Mitglieder der Vereinigung außerordentlich vermehrt. Am 11. November 1920, dem Jahrestag des Abschlusses des Waffenstillstands, hat auch die Jahresversammlung der Vereinigung stattgefunden. Die Plattform hat ausschließlich aus ausgedienten Soldaten, darunter Stabsoffizieren bis hinauf zum General, bestanden. Die einstimmig angenommene Resolution lautet:

„Diese unter den Auspizien der Vereinigung für demokratische Kontrolle abgehaltene Versammlung, die unter dem Vorsitz und unter aktiver Beteiligung von Männern tagt, welche in dem großen Kriege in der Armee Seiner Majestät gekämpft haben, beklagt an dem zweiten Jahrestage seiner Beendigung den Jammer, das Elend und den Zustand des Blutvergießens, worin ein so großer Teil von Europa nach wie vor sich befindet. Die Versammlung erklärt, daß dieser Zustand das unvermeidliche Ergebnis ist der Abweichung von den Grundsätzen eines gerechten und dauernden Friedens, auf deren Grundlage der Waffenstillstand abgeschlossen worden war und deren Verwirklichung die britische Regierung als das Ziel ihrer Politik angegeben hatte, als sie die Nation aufrief, den Krieg zu führen und zu verlängern. Sie verurteilt die sog. Friedensverträge als undurchführbar und als direkt berechnet, neue Kriege hervorzurufen. Sie verlangt deren durchgreifende Revision, die Annahme einer Politik internationalen Friedens durch die Regierung, die Wiederversöhnung und den Wiederaufbau und die Kontrolle der auswärtigen Politik durch das Volk.“

Der dramatischste Teil der Versammlung war die durch alle Reden dieser Exsoldaten sich hinziehende Klage<sup>1)</sup>, daß sie nicht früher auf die Vereinigung für demokratische Kontrolle gehört und sich ihr nicht angeschlossen hätten, daß die Vereinigung recht und sie selbst unrecht gehabt hätten, und einige wandten sich zu dem gleichfalls auf der Plattform befindlichen Morel mit den Worten: „Sie waren im Recht, wir im Unrecht. Sie haben uns all die Zeit gesagt, daß der Krieg ein nichtswürdiger Krieg sei. Aber wir haben uns durch den Unsinn, den man uns vorschwatzte, betören lassen und glaubten, daß wir wirklich für

---

<sup>1)</sup> Siehe den Anhang II, in dem ich die in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ wiedergegebenen Stellen aus diesen Reden in Übersetzung vorführe.

eine gerechte Sache kämpften.“ Welche Genugtuung für den Mann, der, weil er die Wahrheit gesagt hatte, ins Gefängnis gesetzt worden war!

Die Vereinigung hat auch außerhalb Großbritanniens Verbreitung gefunden. Am 1.—3. Juli 1920 hat in Genf die erste internationale Zusammenkunft ihrer Mitglieder stattgefunden. Es waren dort vertreten Großbritannien, Frankreich, Italien, die Vereinigten Staaten, Belgien, die Schweiz, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, Polen, Ägypten. Auch Deutschland ist vertreten gewesen. Und in der Tat, welches Volk hat es nötiger, auf seine äußere Politik Einfluß zu gewinnen, wie das deutsche! Man erinnere sich, wie unsere äußere Politik vor dem Kriege geleitet wurde! Wir wissen aus Bismarcks eigenem Munde, wie viel Mühe selbst dieser Gewaltige aufwenden mußte, einen einheitlichen Willen zur Geltung zu bringen. Seine Nachfolger haben, was ihm noch, wenn auch schwer, gelungen, nicht zu erreichen vermocht. Auf die Regierung Alexanders des Großen sind sich bekämpfende Diadochen gefolgt. Da trieb das Marineamt eine besondere auswärtige Politik, für die der Reichskanzler von Bethmann Hollweg die Verantwortung ausdrücklich abgelehnt hat. Von dem Auswärtigen Amt aber ging die Fama, daß sich ein großer Teil der Tätigkeit der darin Angestellten in Intrigen gegeneinander erschöpft habe. Und sogar dem Amte nicht mehr Angehörige, wie der daraus geschiedene Herr von Holstein, haben darin einen von allen gefürchteten Einfluß geübt. Lord Haldane erzählt<sup>1)</sup> in dem Bericht über seine schon erwähnte Mission nach Berlin im Jahre 1912, diese sich bekämpfenden Strömungen in den maßgebenden Kreisen hätten einen fremden Diplomaten zu dem Ausspruch veranlaßt: „Wenn man in dieser hochorganisierten Nation bis zum allerobersten Stockwerk aufgestiegen ist, findet man nicht bloß Konfusion, sondern Chaos.“ Als Folge dieser Kopflosigkeit sind wir in einen Krieg gegen die gesamte Welt getrieben worden, mit der sterbenden Türkei am Arm und dem Leichnam Österreich-Ungarn im Tornister; als Ergebnis eine Lage, die gerechte Besorgnis erweckt, ob wir uns daraus je wieder erheben werden. Müssen wir da nicht mit der Vertrauensseligkeit brechen, die unkontrollierten Geschäftsführern die Bestimmung überläßt, wohin sie uns führen? Und ist nicht das Herz jedes Patrioten, besonders in Süddeutschland, heute mit Sorge erfüllt, welchen neuen Komplikationen mit denen, die noch immer sich als unsere Feinde verhalten, unsere Politik uns entgegenführt?

Unmittelbar vor Ausbruch des Kriegs gab es außer der Internationale der Arbeiter und der weit größeren und glorreicheren, welche in der ka-

---

<sup>1)</sup> Haldane a. a. O., p. 71.

tholischen Kirche verkörpert ist, eine Annäherung auch unter den liberal denkenden Politikern der verschiedenen Nationen, die den Frieden der Welt sichern wollten. Sie wurzelte in der Auffassung, daß bei aller Wahrung nationaler Besonderheit die europäischen Völker eine große Kultureinheit bilden und daß die gleichen Parteien der verschiedenen europäischen Länder in vielen Fragen, und zwar gerade in denen, worin die Zivilisation der Menschheit sich äußert, einander viel näherstehen als ihren Gegnern im eigenen Land. So insbesondere hat jedes Land seine Kriegsverherrlicher und Gewaltanbeter, die sich derselben Argumente bedienen, und jedes umgekehrt Männer und Frauen, die sich mit Abscheu vom Krieg und seinen entsittlichenden Begleiterscheinungen, der Not und dem Generationen verseuchenden Elend, wenden, die er im Gefolge hat. Erleben wir doch soeben, mit welcher Entrüstung Engländer und Amerikaner, ja alle Völker außer den Franzosen, sich gegen die Infamie wenden, die wilden Völkerschaften Afrikas auf das widerstandsunfähige Deutschland loszulassen. Auch hier wieder ist es Morel, der durch seine Schriften „Die schwarze Pest“ und „Schrecken am Rhein“ zu flammenden Protesten veranlaßt hat, nicht ohne auch hier wieder, wie zur Zeit seines afrikanischen Befreiungskampfes, den nichtswürdigsten Verleumdungen seitens derer, denen die Wahrheit tödlich ist, zu begegnen. Aber die Verleumdung hat ihm auch hier nichts anhaben können. Zehntausende von Männern und Frauen in England haben ihre Stimmen in Massenversammlungen gegen diese Versündigungen an der Menschheit erhoben. Und nicht bei bloßen Protesten mit Worten sind sie stehen geblieben. In werktätiger Hilfe sind sie unseren verhungerten Kindern und Frauen zu Hilfe gekommen. Nicht genug Anerkennung kann ihrem in Taten sich aussprechenden Mitleid gespendet werden. Das sind unsere Freunde, an die wir uns anschließen müssen, wenn Deutschland nicht untergehen soll. Nur auf diese Weise kann die internationale Gesinnung geschaffen werden, die nötig ist, wenn aus dem Völkerbund, der bis jetzt nur eine Organisation ist, um Deutschland systematisch darniederzuhalten, die Organisation der Völker werden soll, in der einem jeden Volke das Recht wird, alle seine Anlagen zu voller Entfaltung zu bringen und durch Ergänzung der Leistungen des einen Volks durch die des anderen die gesamte Menschheit auf eine höhere Stufe zu heben. Aber wenn schon die auswärtige Politik jedes Volks der Kontrolle durch dieses bedarf, so erst recht der Völkerbund der Kontrolle durch alle Völker. Wie sehr eine solche notwendig ist, zeigt die Art, wie man mit dem Art. 18 des Völkerbundsvertrags umspringt. Dieser lautet:

„Jeder Vertrag oder jede internationale Abrede, die ein Mitglied-

staat des Bundes künftig abschließt, soll unverzüglich beim Sekretariat eingetragen und so bald wie möglich von ihm veröffentlicht werden. Keiner dieser Verträge und keine dieser internationalen Abreden sind vor dieser Eintragung rechtsverbindlich.“

Diese Bestimmung kennt weder Einschränkung, noch ist sie zweideutig. Die Mitglieder des Völkerbundes müssen ihre Verträge eintragen lassen und sie veröffentlichen, sonst sind diese nicht bindend. Frankreich und Belgien aber haben die Bestimmungen ihres kürzlich abgeschlossenen Vertrags nicht eintragen lassen, sondern nur die diesen einleitenden Briefe. Läßt der Völkerbund sich dieses gefallen — und er ist auseinandergegangen, ohne dagegen zu protestieren — so ist für jeden Geheimvertrag Tür und Tor geöffnet, und der Völkerbund, der zur Sicherung des Friedens ins Leben getreten ist, kann der Deckmantel werden zur Vorbereitung des Kriegs.

---

## ANHANG I

### IM GEFÄNGNIS PENTONVILLE

September 1917 bis Januar 1918

(Aus E. D. Morel, *Thoughts on the War: The Peace — and Prison*, London 1920, p. 50.)

„Ich wollte, ich hätte mich des irischen Ausdrucks erinnert, den Walter Scott bei einem Aufenthalt in Irland entdeckte und in seinen Briefen ständig anführte, so oft Gemeines ihm in den Weg trat: *Nabochlish*, das alt-irische Wort für das französische *N'importe*. Wenn ich im politischen Leben von einem boshaften oder beleidigenden Worte lese oder höre, dient es mir zu wahrer Beruhigung, mit überzeugtem Nachdruck *Nabochlish* vor mich hin zu sprechen. Was tut's? Wozu mich aufregen? Es wird die Dinge nicht ändern. Die Zeit wird den Beweis erbringen. Abwarten. Tatsachen sind's, die rechtfertigen — Tatsachen und Zeit. Da habt Ihr eine großartige Dosis Philosophie!“

Lord Morleys „Erinnerungen“.

**B**ürgschaft abgelehnt! Ich mußte innerlich lächeln, wie ich daran dachte, daß zwei Tage vorher Bürgschaft für einen Mann angenommen worden war, der einen andern, den er mit Recht oder Unrecht für den Geliebten seiner Frau hielt, erschossen hatte. Mein Verbrechen war ja so viel verruchter!

Bald darauf rumpelte die „Schwarze Maria“ über die Pflastersteine auf dem Wege nach Brixton. Ein schmaler Gang zwischen kleinen, zellenartigen, nach dem Gang zu sich öffnenden Kasten. Darin ein hölzerner Sitz; darüber ein Gitter. Dies das Innere der „Schwarzen Maria“. Ich war ihr einziger Insasse bei dieser Gelegenheit, mit Ausnahme eines

Wächters des Gesetzes, gelangweilt und schläfrig. Bei meiner Rückfahrt zum Gericht war die „Schwarze Maria“ vollbesetzt. Gesichter sahen mich durch die Eisenstäbe an — seltsame, verbrecherische Gesichter zumeist, und Geständnisse, teils reuiger, teils prahlerischer Art, ergossen sich mit größter Redseligkeit.

Als die Annahme einer Bürgschaft zum zweiten Male abgelehnt worden war, wurde mir, dank der Bemühungen meiner Frau, ein Auto bewilligt. Ich verzeichne diese Vergünstigung.

Ich setzte mich auf meine Holzbank. Es war ein himmlischer Sommertag. Wie im Traume spürte ich noch den Rosenduft im Garten an diesem, als mir die Vorladung eingehändigt wurde, und die freie, starke Seeluft über den Dünen. Dort habe ich als Schuljunge die wilde Bienenorchidee gesucht und Jagd auf einen besondern blauen Schmetterling gemacht — das ist schon viele Jahre her.

Die Menschen strömten gerade aus dem Criterion. Wir rumpelten und rasselten an Westminster vorbei. Das Parlamentsgebäude erweckte die Erinnerung an begeisterte Menschenmassen, an ein Meer emporblickender Gesichter, an die lächelnde Zustimmung eines Kabinettsministers und viele erfreuliche Prophezeiungen. Die Sache war doch eigentlich humoristisch. „La vie est une véritable farce“, wie ein französischer Freund zu sagen pflegte. Dann plötzlich ward ich mir der unwillkürlichen Regung bewußt, mich in den innersten Winkel der „Schwarzen Maria“ zurückzuziehen; ein herrschaftlicher Wagen war an uns vorbeigefahren und die Augen seiner Insassen hatten die meinen durch das offene Gitter über der Türe getroffen. Der Abgrund, der die normale Welt von dem Verbrechertum scheidet, ist so unüberbrückbar wie der zwischen Leben und Tod. Und ich befand mich jenseits. Jene zwei Worte „Bürgschaft abgelehnt“ hatten es fertiggebracht, daß ich nun außerhalb der Schranken stand.

\* \* \*

Sechs Monate in der zweiten Abteilung. So — das war zu Ende; Rede und Gegenrede und die ganze künstliche Aufmachung, die ein vorgefaßtes Urteil umgab. Dem waren Monate fortwährender Insinuationen und außergewöhnlicher Beschimpfungen seitens eines Teils der Presse vorangegangen; monatelange absichtliche Ausstreunung der unglaublichsten Lügen, sowohl öffentlich als auch unter der Hand; monatelanges Wühlen und Intrigieren, während dessen die ganze offizielle Maschine, die für solche Zwecke geschaffen ist, in Tätigkeit gesetzt worden war, um aus der fernen Vergangenheit oder aus der Gegenwart irgendeine Tat, ein geschriebenes oder gesprochenes Wort auszugraben, mit dessen Hilfe der Mann unschädlich gemacht werden könnte, der

mit einer systematischen Hartnäckigkeit, die auf bestellte Arbeit schließen ließ, als eine verhängnisvolle, geheimnisvolle, bestechliche Persönlichkeit geschildert wurde, die sich in die vaterländische Gedankenwelt eingenistet hatte — dessen Vergangenheit aber in Wirklichkeit sich seit seinen Schultagen mit Leichtigkeit verfolgen ließ, und der während der letzten zwanzig Jahre in ungewöhnlichem Maß im Licht der Öffentlichkeit gestanden hatte. Diese Bemühungen waren völlig fehlgeschlagen, aber ihr Ziel blieb bestehen.

\* \* \*

Immer im Kreise; immer im Kreise, meist im Schneckentempo — denn der Raum genügt nicht für die Zahl — der Vorschrift nach eine Stunde lang, in Wirklichkeit selten mehr als 45 Minuten. Das nennt sich Bewegung. An kalten Tagen eine Übung in der Kunst, den Blutumlauf in blutleeren Körpern zu fördern. Und es ist die einzige Bewegung, die man während vierundzwanzig Stunden hat, es sei denn, man hätte das Glück, zur Trägerkompagnie zu gehören. Immer im Kreise, Tag für Tag, Woche für Woche, Monat für Monat; bei jeder Runde auf Armlänge an einer Reihe offener Aborte vorbei, einer ekelhaften, ganz zwecklosen Eigenheit des „Systems“. Achtzig bis hundert Mann, teils in dunkelbraunen, teils in mostrichfarbenen oder in blauen Anzügen, die alle mit dem breiten Pfeilzeichen bedruckt sind. Dazu Unterkleider, die möglicherweise 14 Tage vorher von syphilitischen oder tuberkulösen Patienten getragen worden waren, fadenscheinige, rissige Hemden, an denen die Knöpfe fehlten, Unterhosen, die nur bis zum Knie reichten und, da die Beinkleider zu eng, sich oben zusammenballten. Ein Adonis würde in solchem Gewande seine Schönheit verlieren, und es sind wahrlich keine Adonis, die unsere traurige Besatzung bilden. Besonders im Anfang sind sie einem ebenso abstoßend, wie man ihnen zweifellos selber erscheint. Ich glaube, selbst ein Erzbischof würde in solchem Gewand wie ein Verbrecher aussehen. Die in Blau Gekleideten sind die wenigst abstoßenden. Es sind Ausländer, meist gebildete Männer, Ausgewiesene. Ihre Gesichter sind intelligenter als die der Diebe, der Einbrecher, der Hehler, der Fälscher, der Trunkenbolde und Sittlichkeitsverbrecher, die den größten Teil dieser Gesellschaft ausmachen. Und meist haben sie Bärte, was besser aussieht als die achttägigen Stoppeln der andern, die nur einmal in der Woche mit einem stumpfen Schermesser beseitigt werden.

Fast alle diese Gesichter sind mit tiefem Trübsinn, mit stumpfer Hoffnungslosigkeit gestempelt. Es gibt Ausnahmen: die, deren Strafzeit kurz ist oder bald abgelaufen sein wird. Diese bewegen sich rascher, sehen weniger betrübt aus. Aber das Elend der andern sticht nur um so mehr



ab. Nicht wenige der Gefangenen leiden an physischen Mißbildungen, verkrümmten Rücken, Schlotterbeinen. Weitaus die meisten sind unter Normalgröße, verkümmert und von augenscheinlich sehr tiefstehender geistiger Entwicklung, manche schon an der Grenze geistiger Entartung; Opfer unserer selbstsüchtigen, fehlerhaften, heuchlerischen Zivilisation. Indem sie diese Unglücklichen straft, spricht die Gesellschaft ihr eigenes Urteil. Die Richter, welche solche Leute ins Gefängnis schicken, sollten, als unentbehrlichen Teil ihrer richterlichen Vorbildung, selbst sechs Monate im Gefängnis verbringen müssen. Sie würden dann vielleicht ihren Sonntagsbraten mit weniger Genuß verzehren. Ja, vielleicht würde es ihnen sogar das Denken beibringen.

Um und um, immer im Kreise; ein Geschiebe und ein Geklirr. Gefängniswärter stehen in Zwischenräumen auf dem äußersten Zirkel — denn es gibt deren drei, auf dem innersten humpeln die ärgsten Krüppel, Leute mit schlimmen Bruchleiden, oder Rekonvaleszenten aus dem Hospital oder solche, deren Wunden noch behandelt werden; denn es sind nicht wenig Soldaten dabei. Die Aufgabe der Wärter ist, Unterhaltungen zwischen den Gefangenen zu verhindern. Es gelingt ihnen nicht ganz. Man erhascht ab und zu geflüsterte Worte, schmutzig und viehisch. Ihre beständige und sinnlose Wiederholung wirkt merkwürdig aufreizend auf die Nerven. Manche der Wärter versuchen es auf gutmütige Art, dieses Sprechbedürfnis — die „Bewegung“ findet nach 16 Stunden Zellengefängnis (von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr früh) statt — zu hemmen; andere zornig, mit lauten Schimpfworten. Einer besonders arbeitet sich förmlich in Wutparoxysmen hinein; er ist noch jung, ohne Erfahrung und ein geborener Tyrann. Die Gefangenen geben es ihm in wütenden Flüstertönen zurück, sobald sie aus seiner Hörweite sind. „Wenn ich je dem .... außerhalb dieses .... Orts begegne, will ihm seinen .... Schädel entzweischlagen“ usf. Man empfindet Ekel, Mitleid und Empörung und ein nie endendes Staunen über das Maß des menschlichen Blödsinns, das in diesem System eine Einrichtung zur Besserung des Menschen zu besitzen vorgibt, und mit einem Gefühl tiefer Demütigung kehrt man in seine Zelle zurück.

\* \* \*

Jeder Tag bringt neue Ankömmlinge, neue Insassen für diese Schule der Besserung. Da ja alle Werturteile relativ sind, sieht man nach einiger Zeit diesem allmorgendlichen Auf- und Abwandern als der einzigen Gelegenheit, sich in die Unendlichkeit zu verlieren, entgegen. Denn sie können den Himmel nicht ausschließen. Droben über der Häßlichkeit und dem Elend erniedrigten Menschentums, über der abscheulichen Umgebung bleibt der Himmel. Und so erlernt man es schließlich, ohne das

Gleichgewicht zu verlieren, das Haupt zurückgebogen, die Augen auf jene fleckenlose Reinheit geheftet, vorwärts zu marschieren. Dort bei den segelnden, oftmals rosig schimmernden Wolken, in dem weiten, weichen Blau, zartgefleckt und flaumig, dort ist Hoffnung, sind Augenblicke des Friedens und des Vergessens; Farbe auch und Umriß, so unsäglich wertvoll dem ausgehungerten Sinn. Die mechanische Tätigkeit des Körpers geht fast unbewußt vor sich, die im Kreise marschierenden Gestalten werden undeutlich und verschwommen, so wie böse Träume im Morgenlicht; man hört kaum mehr das Schlurren der schweren Stiefel. Der Geist ist ungefesselt; frei wandert er dorthin, wo die Geliebten sind, wo Kinderlachen durch Waldwege schallt und wo die Herrlichkeit des Gartens ihn zur Wohnung Gottes macht.

Rund herum, immer im Kreise; die Verdorbenen und die bloß Schwachen, die Gesunden und die Kranken, die Verantwortlichen und die Nichtverantwortlichen, die Lasterer und die, die reinen Herzens sind, die Alten und die Jungen und die in mittleren Jahren — alle derselben Behandlung unterworfen, alle nach demselben Maße gemessen. Um und um im Kreise, bis die Stunde vorüber ist und die Gefangenen im Gänsemarsch, gesenkten Hauptes durch den Torweg, durch die eisernen Türen, die zementierten, die hallenden Gänge entlang in ihre Zellen abermals zurückkehren.

\* \* \*

Ein langer, vielfenstriger Saal. Tische in der Mitte; die Seiten durch Geländer abgetrennt; ein Durchgang, der für die Träger der zu verarbeitenden Stoffe offen bleibt, trennt die Leute der gewöhnlichen dritten Abteilung von denen der mit einem Stern gezeichneten dritten und denen der zweiten. Die beiden letztgenannten Kategorien arbeiten zusammen. Innerhalb der Einfriedigung sind Gefangene mit der Anfertigung von Hanfmatten beschäftigt, die später in den Maschinenräumen der großen Dampfer ihren Platz finden werden. Andere sitzen oder stehen, je nach der Arbeit, an den langen Tischen. Es gibt mehrere solcher Säle, und auch in den Gängen des Erdgeschosses wird gearbeitet; Hängematten, Besen, Körbe werden angefertigt. Alle Nahrung wird in dem Gefängnis bereitet, das auch eine geräumige Waschküche enthält.

Hier, in der Hauptwerkstatt, sind die meisten Gefangenen mit dem Aufdrehen und Auskämmen alter Schiffstaue beschäftigt, die dann als Material zur Anfertigung jener Schiffsmatten verbraucht werden. Eine langwierige, kreuzlähmende Arbeit, wobei die Arbeiter nebeneinander auf langen Bänken sitzen. Wieder andere legen viereckige Leinenstücke zusammen, aus denen später Postsäcke entstehen werden, oder zeichnen vermittelt eines Rädchens die verschiedenen Teile mit Kreide auf. Sind

diese dann zugeschnitten und zusammengefaltet, so werden sie eine Treppe höher gebracht, wo ein paar Dutzend Nähmaschinen tätig sind und die auf längere Zeit Verurteilten das Anfertigen der Gefängnis-kleidung und die Buchbinderei erlernen. Andere wieder schneiden Jute mit langen, biegsamen Messern oder zeichnen mit Schablonen die verschiedenen Buchstaben und Nummern auf die fertigen Säcke, worauf diese zusammengeschnürt und aufgestapelt werden.

Auf der äußeren Seite des abgetrennten Seitengangs sitzen Leute der dritten Abteilung; sie machen Matratzen. Träger kommen, gehen, bringen Material aus den Vorrathshäusern und nehmen die fertige Arbeit mit sich fort. Riesenhafte Bündel Roßhaar werden jeden Morgen herbeigeschafft, Ballen von Jute und Sackleinen aus den Magazinen; Stöße von fertigen Säcken aus den Zellen, wo sie mit geteertem Bindfaden und langen, groben Nadeln zusammengeheftet werden; Schiffstaue, welche von den Gefangenen unter Aufsicht eines Wärters im Gefängnishof mit Äxten in Stücke zerhauen werden. Unter den Tischen häufen sich Ansammlungen von altem, staubigem, faserigem Wergabfall, wahre Brutstätten der Tuberkulose. Einmal im Monat kommen Inspektoren, gehen herum und machen außerordentlich ernste und wichtige Gesichter. Doch scheint ihnen der Gedanke nie zu dämmern, eine gründliche, regelmäßige Reinigung der Werkstatt oder ein Scheuern des Fußbodens mit irgendeinem Desinfektionsmittel anzuordnen. Auch scheinen diese Herren, die zweifellos für ihre rein ornamentale Tätigkeit hohe Gehälter beziehen, nicht zu ahnen, daß ein einziger Abort für achtzig Leute viel unnötige Unbequemlichkeit und Leiden mit begleitenden Krankheiten verursachen muß. Wahrscheinlich liegen solche Kleinigkeiten außerhalb des Bereichs ihrer Sinekuren.

Die Arbeit geschieht unter Aufsicht eines Oberaufsehers; zwei oder drei ihm untergeordnete Wärter stehen oder gehen herum während der endlos langen Stunden. Der Oberaufseher ist zum Glück ein von Natur feinfühligler Mensch; unendlich langmütig in der Ausübung seiner Pflichten; taktvoll, gutartig, höflich. Seine Untergebenen wechseln. Sie werden oft gewechselt, denn die Luft in der Werkstatt ist alles andre als gesund. Überall schwebt ein feiner Staub, und Rachenentzündung am Abend ist sehr verbreitet. Die Gefängnisordnung verlangt absolutes Schweigen, ein unmenschliches und dummes Gesetz, wie so viele andere, und unmöglich wörtlich einzuhalten; denn der Mensch, der wochen- und monatelang tatsächlich kein einziges Wort spräche, müßte verrückt werden. Dieses Schweigen zu erzwingen und die Bitten um „Austraten“ der Gefangenen zu regeln, ist die ganze Beschäftigung der Werkstattaufseher. Darum ist es nicht zu verwundern, daß einige von ihnen —

soweit meine Erfahrung geht, erstaunlich wenige — ihr menschliches Mitgefühl verlieren; es ist vielmehr erstaunlich, daß es noch so viel Gutmütigkeit unter ihnen gibt, als die strenge Ordnung überhaupt zuläßt. Denn es ist ein mit unserer traurigen Menschheit versöhnender Zug, daß sogar das Gefängnisleben nicht imstande ist, sie vollkommen zu verrohen, und daß die Saiten des Mitleids mit den Gefangenen bei den Aufsehern noch immer erklingen. Und es ist merkwürdig, wie nach einigen Monaten dieses eintönigen, abtötenden Lebens, welches das System mit sich bringt, das kleinste freundliche Wort, Blick oder Handlung eine ganz wunderbare Wirkung ausübt. Das System ist für vertierte Geschöpfe erdacht. Dem Aufseher, der, was auch das „System“ ihm vorschreiben mag, diese zweibeinigen Geschöpfe in ihrer grotesken, unförmlichen Kleidung doch für menschliche Wesen hält, wird manches stumme Wort des Segens und der Dankbarkeit lohnen. Das Gemüt wird hier zu einem sensitiven Thermometer; innerhalb weniger Stunden steigen die Lebensgeister oder sinken unter Null. Wie eifrig wird da heimlich nach der großen Turmuhr außerhalb des Gebäudes Ausschaut! O diese erdrückende Eintönigkeit, wenn man so Stunde um Stunde sitzt oder steht — in tiefstem Schweigen! Es ist nicht, daß die Arbeit zu schwer wäre; aber sie läßt den Geist gänzlich unbeschäftigt; und bei denen, die an kalten Füßen leiden, verhindert dieser quälende Zustand, daß sich das Gehirn eine andere Welt erschaffe, während der Körper seine mechanische Arbeit tut. Wäre auch nur ein beschränktes Sprechen gestattet und dieses nach bestimmten Regeln festgesetzt, so würde die Arbeit besser und fröhlicher vor sich gehen; sie würde die Tage verkürzen, anstatt den Stunden Blei an die Sohlen zu heften.

\* \* \*

„Ach, Herr, wenn die Tür so zum letztenmal hinter einem geschlossen wird, ist das nicht zum Wahnsinnigwerden?“ Diese Frage wird mir flüsternd gestellt, als sich am Ende der Arbeitszeit die Gefangenen versammeln, um über den Hof, durch die hallenden Gänge in ihre Zellen zurückgeführt zu werden; der die Frage stellt, ist ein Mann von der „Stern“-Abteilung, mit vergrämem Gesicht und verstörten, blauen Augen; sein Verbrechen bestand darin, anderer Leute Besitztum im Leihamt zu versetzen. Diese langen Stunden der Einzelhaft, von 4 Uhr nachmittags bis 8 Uhr früh, müssen eine besonders harte Strafe für wenig oder gar nicht gebildete Menschen sein, deren Geist niemals zu konstruktivem Denken erzogen wurde, die unfähig sind, ein innerliches Geistesleben zu führen, denen Bücher kein Trost sind. Es ist nicht leicht, sich selbst und seine Umgebung zu vergessen, sogar bei so anregender Arbeit wie Säckeflicken und Wergzupfen, welches auch in der Zelle geschieht; denn

der Gefangene bleibt immer im Bann des „Systems“, welches ihn mit-  
leidlos umklammert, sogar bis in seinen Schlaf.

Der einzige belebende Moment, wenn die Tagesarbeit „in Gemein-  
schaft“ — welche Ironie in diesem Ausdruck! — vorüber ist, kommt,  
wenn das Abendessen, die letzte Mahlzeit, um 4 Uhr nachmittags  
gebracht wird. Es besteht aus einem Stück Brot, einer Viertelmaß  
lauwarmer Grütze, die in einem Blechgefäß gereicht wird, das oft noch  
Spuren von Salzheringen von einer früheren Mahlzeit enthält, und einer  
halben Maß heißen, fettigen Kakaos, den man bald, besonders an kalten  
Tagen, als einen wahren Göttertrank zu würdigen lernt. Die eisernen  
Karren rasseln die Gänge entlang und die Gefangenen harren gehorsam  
an ihren Türen, bereit die Nahrung entgegenzunehmen, wie Tiere im  
Zoologischen Garten. Das Brot wird ihnen rasch durch die Wärter  
gereicht und der Kakao in einen bereitgehaltenen Napf gegossen; dann  
schlägt die Türe zu, der Schlüssel dreht sich im Schloß. Das Klirren  
und Klappern der aneinanderstoßenden Blechtöpfe geht weiter und ver-  
hallt in der Ferne. Das Zuschlagen der Zellentüren wird leiser und  
leiser. Grabesstille senkt sich herab, bisweilen nur unterbrochen von  
dem fernen, dumpfen Schritt irgendeines Gefangenen, auf und ab, auf  
und ab — wird der Unglückliche denn nie zur Ruhe kommen, der arme  
Kerl? — und dann, regelmäßig ehe die Glocke läutet, welche die Stunde  
des Bettmachens und der Vergessenheit kündet, kommt ein kurzes, klirren-  
des Geräusch, wenn das Guckloch in der Zellentür geöffnet wird  
und ein Aufseher noch einmal hereinblickt.

\* \* \*

Mein Zellennachbar zur Rechten ist ein stattlicher junger Mensch mit  
offenem Blick und einer während vieler Jahre untadelhaften Vergangen-  
heit im Dienste einer Aktiengesellschaft und Inhaber einer Rettungs-  
medaille. In einem Augenblick der Verirrung nach einer Festlichkeit hat  
er drei Flaschen Whisky veruntreut, deren Wert damals 16 Schilling  
war. Urteil: Neun Monate — drei Monate pro Flasche. Wann wird  
endlich ein Ausschuß von erfahrenen Richtern zusammentreten, um die  
von verärgerten, gallsüchtigen Obrigkeitspersonen erlassenen Urteile nach-  
zuprüfen und umzuändern! Mein Nachbar hat die Reinigung unseres  
Korridors zu besorgen, und ich werde ihm mein Leben lang dankbar  
sein für so manche kleine, gutmütige Handlung, die nicht zu seiner vor-  
geschriebenen Arbeit gehörte. Er hat sich seitdem verheiratet, denn  
sein „Mädel“ hat an ihm festgehalten trotz seines Fehltritts, und er hat  
nun wieder eine geachtete Stellung inne. Ich wünsche ihm von Herzen  
Glück und Segen.

Mein Nachbar zur Linken ist ein Unseliger, dessen verderbte Nei-

gungen in seinen vertierten Zügen zu lesen sind. Verheiratet und Vater vieler Kinder, hat er ein Mädchen, fast ein Kind noch, vergewaltigt, das in der Folge Mutter geworden ist. Zweifellos wird es unserer Zivilisation gelingen, daß auch dieses Kind seiner Zeit in diese Mauern einkehren und hier seines Vaters Verbrechen büßen wird. Urteil: Zwölf Monate. Zwischen diesen beiden verbüße ich meine sechs Monate, die mir vorgeblich für das Verbrechen zudiktiert wurden, daß ich nichts von der Übersiedelung eines bekannten französischen Schriftstellers in die Schweiz gewußt hatte. Ein dreifaches Zeugnis für die „Gerechtigkeit“, wie sie von unsern Behörden verstanden wird.

\* \* \*

Seltsame, aufgeregte, angsterfüllte Nächte! Vorstellungen von gutem Essen, die sich uns unaufhörlich, in quälenden Träumen aufdrängen. Denn unsre Körper sind unterernährt — ganz unnötigerweise — qualvoll sogar für Menschen, die niemals an Tafelfreuden zu schwelgen gewohnt waren. Und dieses physische Verlangen verfolgt uns auch im Schlaf. Die Wochen, ehe die Gänge zum erstenmal geheizt werden, sind Leidenswochen; die Zellen eisig. „Herrgott, wie frier' ich in der Nacht!“ Ich kann das junge Gesicht jetzt noch sehen, bläulich und eingesunken, wie der Arme mir in heiseren Flüstertönen seine Leiden anvertraute, während er auf ärztliche Behandlung wartete. „Herrgott, was ich geweint habe, Herrgott, es ist ja gräßlich! Sagen Sie mir, Herr, warum sind denn Sie hier?“ Armer Junge! Er lernt jetzt, wie man ein nützliches Glied der Gesellschaft wird, nach einer Kindheit auf der Straße, mit betrunkenen Eltern und einem elenden Heim im Proletarierviertel. Aber er hat ja eine glänzende Zukunft vor sich. Bald wird er fortgebracht werden, um Kanonenfutter aus ihm zu machen.

Die Kälte einer kalten Zelle — es gibt nichts Kälteres auf Erden. Nichts scheint dagegen zu helfen, aber freilich, man hat ja auch fast nichts, um dagegen anzukämpfen. Wenn so die Wochen und Monate verstreichen, beginnt die Einbildung ihre kleinen Scherze mit dem Bewußtsein zu treiben. Als kämen Wolken, faulig, erstickend, umklammernd; Dünste aus heißem Schacht, die einem die Kehle zuschnüren. Ehe der Schlaf kommt und mit ihm das Vergessen, ist's, als sei man selbst und alles um einen her vergrößert, aufgedunsen, wie Wälle im Nebel. Wenn man so daliegt, scheint der Kopf einen riesigen Umfang anzunehmen und haltlos auf dem Kissen zu schwimmen — ähnlich wie der Mann in der Geschichte von Wells, der seine Schwere verloren, aber seinen dicken, unförmlichen Körper behalten hatte. Die undeutlichen Gitterstäbe werden groß und dick wie Baumstämme, die Wände der Zelle scheinen vorzurücken, unaufhaltsam, drohend, zermalmend.... Schweiß bricht

aus den Poren, der Wille kämpft gegen den sich immer näher wälzenden Alldruck, denn dessen Sieg würde Wahnsinn bedeuten. War es dies, was jener Mann mit den irren, blauen Augen mir zu erklären versuchte? Soll das Gehirn in diesem Hause der Verzweiflung wanken und zerfallen?

Und dieses Schlüsselklirren, dieser der Knechtschaft eigentümliche Laut! Kling, kling, wie die Schlittenglöckchen in jenem bekannten Theaterstück.... Kling, kling.... durch die Täler des Schlags.... Verstopft eure Ohren, es hilft euch nichts, kling, klang, immer näher, lauter und lauter. Ist keine Rettung? Dröhnen und Klingen, Dröhnen und Klingen: das ist die Morgenglocke. Ein neuer Tag bricht an, ein Tag näher der Befreiung zu.

\* \* \*

Reihen und Reihen emporgewandter Gesichter, denen die Botschaft des Heilands gedeutet wird. Er, der da sprach: „Nicht siebenmal sollst du deinem Feinde verzeihen, sondern siebenmal.“ Christentum! Man denkt an Lessings Worte: „Das Christentum ward geprüft und es hat versagt; nun bliebe noch die Lehre Christi zu versuchen.“ Draußen hat man sie noch nicht versucht. Sollte man sie hier drinnen finden — und man findet sie — so ist das trotz ihrer äußerlichen Formen und trotz der wenn auch ehrlichen Absichten der angestellten Diener der Kirche. Man findet sie hier drinnen, weil es hier ein konzentriertes Leiden gibt. Manche der Kirchenlieder, laut schallend, von diesen Kehlen, in dieser Atmosphäre gesungen, wirken wie Ironie, wie rotglühender Draht. Wie maschinenmäßig, wie ganz verständnislos ist dieser schablonenhafte Gottesdienst! Diese Predigten, strotzend von Schmähungen gegen den Feind und von Selbstgerechtigkeit, wenn es sich um unsere eigenen Kämpfe handelt; das gleiche in der kurzen Übersicht über die Kriegsnachrichten, die uns vom Gouverneur oder Kaplan zum Schluß gegeben wird. Erst die Botschaft des Friedens, des guten Willens gegen alle Menschen, das Gebet um Gnade und die Fürbitte für alle unsre Brüder auf Erden; dann die Aufforderung zu jubilieren, weil der Feind größere Verluste gehabt hat als wir und weil wir Vergeltung geübt und irgendeine feindliche Stadt erfolgreich mit Bomben belegt haben. Erst die Bergpredigt. Dann das Evangelium des Hasses. Warum muß das hier an dieser Stätte verkündigt werden? Warum wird uns das eingetrichtert, hier, in diesem Hause des Menschenleids, unter dem Schutz des Worts des Erlösers? Soll es diese verstörten Seelen und halbverhungerten Leiber aufrichten, Sonntag um Sonntag zu hören, daß der Feind Hunger leidet, daß der Friede ferner gerückt ist denn je, daß der Krieg noch jahrelang dauern kann und daß wir — o immer wieder-

kehrende, das Ganze krönende Ironie — „uns den Schmachtriemen ein Loch enger schnallen müssen“?

Unwillkürlich wirft man einen heimlichen Blick nach rückwärts (es ist streng verboten, anders als geradeaus zu sehen) hin zu den ernstesten, gedankenvollen Gesichtern der Männer in Grau, die sich am Sonntag zu der Verbrecherherde gesellen, von der sie die übrige Zeit abgesondert sind. Dies die Männer, welche im dunkeln Dilemma der Zeit gewählt haben „zwischen der Pflicht eines Bürgers im irdischen Staate und der Pflicht eines Bürgers und Untertans in jener Civitas Dei, in die sie ihr Gewissen angeworben hat<sup>1)</sup>“. Diese, um ihres Gewissens wegen Verfolgten, von der Welt verachtet und gehetzt, immer freundlich, mit aufmunterndem Gruß, wenn man ihnen zufällig in den Gefängnishöfen begegnet; diese, der Vortrupp der neuen Gesellschaft, der in kommenden Tagen die Welt neu durchsäuern soll; was mag durch ihre Gedanken gehen, während des Predigers Anklage uns erst alle in einem gemeinsamen Netz des Verbrechertums zusammenfaßt, um alsdann den Pazifismus und alle seine Werke zu denunzieren. Welch ein Durcheinander von Unsinn ist das alles! Ich nehme an, daß Father Vaughan noch immer darüber koslegt, daß es die erste Pflicht eines Christen sei, „Deutsche umzubringen“, und daß der Bischof von London nach wie vor über den letzten Mann und den letzten Pfennig donnert.

Dort, jene langen Reihen von Knaben, die immer wieder wegen versuchten Flüsters von den Wärtern gerüffelt und hin und her geschoben werden, welche selbst auf erhöhten Estraden sie übersehen. Sechzehn- bis Achtzehnjährige sind's, die auf dem Weg zu den verschiedenen Besserungsanstalten hier einige Wochen oder Monate Station machen. Möge die Behandlung dort wieder gutmachen, was hier an ihnen verdorben wird. Auf den Zetteln an ihren Zellentüren liest man Alter und Straßmaß; drei Monate, sechs Monate, ein Jahr Zwangsarbeit. Es kocht in einem über diese Bosheit, diese Sinnlosigkeit. Auf einigen Gesichtern manches Intelligente, Vielversprechende, bereits im Begriff zu versinken, auf andern nur dumme Brutalität, leere, starrende Blicke. Den ganzen Tag sieht man sie, truppweise, Steine klopfend oder schwere Karren schiebend oder mit Erdarbeiten beschäftigt. Manche sehen aus wie Kinder. Ein armer, kleiner, unausgewachsener Teufel, dessen besondere Vorliebe andrer Leute Taschenuhren sind, ist von Geburt her so mißgebildet, daß er nur humpeln kann; ein Krüppelheim wäre besser für ihn geeignet als eine Strafanstalt. Aber das Glied der Kette, das diese Unglücklichen mit dem Krieg verbindet, ist eng. Dieselbe Zivilisation, die

---

<sup>1)</sup> Lord Morleys Erinnerungen.



sie gemacht hat, hat auch den Krieg gemacht; es sind nur verschiedene Äußerungen desselben Grundirrtums (denn alles Unrecht ist anfänglich Irrtum). Das ist das Ganze.

\* \* \*

„Stillgestanden, Nummer Zehn!“ Heute sind wir ein großer Trupp. Die Juteballen können nicht viel unter einem Zentner wiegen, es dauert eine Weile, bis sie dem wartend gebeugten Rücken und Nacken aufgeladen sind, und es werden heute ihrer viele in der Werkstatt gebraucht. Ich lehne meine Last an die Wand. Ein feiner Wind pfeift durch die sich kreuzenden Gänge und die offenen Höfe, welche die verschiedenen Vorrathshäuser verbinden. Der Boden ist matschig von aufgeweichtem Schnee, der Himmel düster. Man wird die Häßlichkeit der Menschen und ihrer Werke nicht los. Farbe, Umriß und Material sind alle gleich nebelnaß, rauchgeschwärzt, schmutzig, gemein und abstoßend. Da wandern die Gedanken weit zurück, zu einem Lande, wo der Himmel von reinsten Bläue, wo welliges, waldiges Hochland im heißen Dunst der tropischen Sonne glitzert; ein Land der offenen Ebenen und des unendlichen Horizonts. Eine Karawane von dreißig Männern, die Lasten auf dem Kopf tragen, Männern mit Haut wie poliertes Ebenholz, mit raschen, blitzenden Augen und lächelnden Lippen, zwischen denen tadellos weiße Zähne schimmern; Gliedern wie von griechischen Götterbildern, schwellenden Muskeln unter der gesunden Haut. Das hohe Elefantengras teilt sich vor ihren Schritten, die Luft hallt wider von ihrem Gelächter und Neckereien. Vorweg marschiert ein Riese, der auf den Namen Nummer Eins hört, weil er immer als erster das Ziel erreicht. Ein weißer Mann im Tropenhelm reitet neben ihnen her und tauscht Scherzworte und Bemerkungen mit jedem dieser dunkelhäutigen Diener und Freunde aus. Aber jetzt trägt er selber eine Nummer, Nummer Zehn, und führt den Trupp der Lastträger an in Seiner Majestät Strafanstalt Pentonville. Aber die Erinnerung bleibt und die Erfahrung ist ein großer Lehrer. Unendlich viel kann hier gelernt werden und schließlich hat man's gelernt, in beiden Rollen seinen Mann zu stehn, was, wenn man philosophisch gestimmt ist, auch seinen Reiz hat.

„Vorwärts!“ Das Kommandowort erschallt, und vierzig schwankende Gestalten setzen sich in vorwärts taumelnde Bewegung. In dem Wandelhof geht heut ein neuer Ankömmling im Kreise mit. Seine Haut ist von stumpfem Schwarz, sein Haar ist wollig, seine Augen glanzlos; die Kleider schlottern um seine Glieder, er schiebt die Füße müde vor sich her. Armes Überbleibsel von Afrikas sonnigen Fluren, wie kamst du in dies Haus des Jammers, in dies Produkt der weißen Kultur?

\* \* \*

Welches ist der eigentliche, leitende Zweck dieses Systems? Ist es Abschreckung? Ist es Strafe? Wenn Strafe, was hat es dann für einen Sinn (ich rede gar nicht von Gerechtigkeit), dieselbe Behandlung gegen einen Mann, der drei Flaschen Brantwein gestohlen, und den, der ein jungfräuliches Kind vergewaltigt hat, anzuwenden, oder auch, was das betrifft gegen den Mann, der schuldig befunden, eine „vorbereitende Handlung“ begangen zu haben, welche die Übersendung einer Schrift, die von Zehntausenden seiner eigenen Landsleute gelesen worden war, nach der Schweiz begünstigte? Das ist nicht „Strafe“, denn das Wort „Strafe“, in einem Staat der für zivilisiert gilt, deutet auf Intelligenz bei dem, der sie verhängt, mag diese Intelligenz auch falsch eingestellt sein. Gilt es aber abzuschrecken, dann muß diese Behandlung, in neun Fällen von zehn, versagen. — Ganz wenige Menschen nur werden durch solche Erlebnisse gebessert. Die Mehrzahl, besonders von den sogenannten Erst-Verbrechern (ein Ausdruck, der sehr oft nichts andres bedeutet, als daß der Betreffende zum ersten Male ertappt worden ist) müssen schlechter aus diesen Toren herauskommen, als sie hineingegangen sind. Der wirkliche, echte Erst-Verbrecher, der Mann, der den einen, ersten Fehltritt seines Lebens gemacht hat, wird sich beschmutzt und verbittert fühlen, es sei denn, daß er von ganz ungewöhnlichem Stoff geformt sei; seelisch zerbrochen. Und wird die Gesellschaft ihm hinterher den Weg der Rechtschaffenheit zu ebnen bemüht sein?

Der Kern der Sache ist der, daß in dem ganzen „System“ nichts, absolut nichts dazu angetan ist, einen Hoffnungsfunken herauszuschlagen, einen Weg zu klarerem, vernünftigerem Ausblick zu weisen, das Selbstgefühl zu heben und die Hemmungen gegen den Andrang der Versuchung zu stärken. Im Gegenteil: alles in dem System ist solchem feindlich. Man möchte meinen, es sei absichtlich erdacht, um die Hoffnung zu töten, um die Persönlichkeit, die Selbstachtung, zu zermalmen, das seelische Wiederaufleben zu hindern, die moralischen Muskeln zu schwächen. Man kann auch nicht eine bestimmte Einzelheit des Systems als besonders abscheulich hervorheben; das Ganze, die ganze angehäuften Wirkung ist verdammenswert. Sie drängt den Menschen in sich selbst zurück, freundlos, verlassen, einsam. Er kann seine Sünde nie vergessen. Er wird nicht nur als ein gewesener Verbrecher, sondern als zukünftiger Verbrecher angesehen und behandelt. Verbrecherluft umgibt ihn. Er ist der Gegenstand nie endenden Mißtrauens. Er wird beobachtet und ausspioniert. Die Mauern selbst scheinen ihm zuzurufen, daß er auf Böses sinnt. Es gibt nicht viele — besonders nicht aus der Schicht, die hier am meisten vertreten ist — die das in ihrem Innern besitzen, was in dieser Umgebung, bei diesen täglichen Erlebnissen, ihre Seele aufrecht-

erhält. Die sanitären Einrichtungen sind unangemessen und schamlos, die Nahrung ungenügend, sowohl was Menge als auch Qualität betrifft. Für einige Wochen macht das nichts aus. Aber wenn es sich um Monate und Jahre handelt — mit dem begleitenden Umstand der Verschlechterung — so wirkt das moralisch zersetzend, wie jedem erfahrenen Arzte bekannt ist. Die Eintönigkeit ist fürchterlich; die Absonderung und das erzwungene Schweigen naturwidrig und schädlich; die Disziplin übertrieben und falsch aufgefaßt. Außer im Fall einiger wenigen, eigentümlich veranlagten Leute, geborenen Zwangsmeistern, sind die Pflichten der Aufseher äußerst widerwärtig, ja, buchstäblich genommen, unmöglich zu erfüllen. Man darf sich nicht wundern, wenn manche von ihnen die Gefangenen als ihre natürlichen Feinde betrachten; wenn sie ihnen irgendeine persönliche Freundlichkeit erweisen, ernten sie, wenn es bekannt wird, harte Verweise. Die ganze hierarchische Obrigkeitsleiter hindurch geht ein Faden von Mißtrauen und gegenseitiger Spionage. Darum verdienen die Aufseher, die — wie in den meisten Fällen — ihrer Arbeit überlegen sind, die allerhöchste Anerkennung. Zweifellos haben die Reformen der letzten fünfzig Jahre manchen Fortschritt auf dem Gebiet der Reinlichkeit und der Hygiene und manche materielle Verbesserung gebracht, und humane Absichten mögen die Obrigkeit heutzutage mehr beeinflussen als früher; aber so wie es heute noch in Kraft ist, bedeutet das System Seelenmord. Jedes menschliche Element ist darin ausgemerzt; jeder menschliche Impuls durchkreuzt. Es ist zu einer Art Wissenschaft geworden, wie man mit Menschen umgeht, als ob es Maschinen seien, nicht Geschöpfe von Fleisch und Blut. Mag sein, daß es früher, was das Materielle betrifft, noch viel schlimmer zugegangen ist. Aber die Gefängnisreform hat nicht mit der Höherentwicklung des ethischen Maßstabs Schritt gehalten. Ich kann es nicht glauben, daß früher so viel seelischer Jammer gewesen ist, so viel ungelinderte Trübsal, solch tiefe Hoffnungslosigkeit. Amerika kann uns, wie man hört, über das Studium und die Behandlung dieser Fragen vieles lehren. Sicher ist, daß wir viel zu lernen haben.

\* \* \*

Der Nebel ist dichter geworden; kalt, klebrig, undurchdringlich, wie ein Symbol der Zeit, in der wir leben. Er zieht bis in die Gänge herein und erfüllt auch den Warteraum. Einer nach dem andern kommen die Aufseher die Stufen herauf, mit nassen, tropfenden Mänteln.

Der Tag der Befreiung ist da. Endlich wieder, mit einem Gefühl unbeschreiblichen Wohlbehagens hat man sein eignes Zeug wieder angezogen, und mit dem Abstreifen der Gefängnis Kleider ist es, als hätte man sich von etwas noch Fühlbarerem befreit. Wunderbar, dieser Ein-

fluß der Kleidung! Die vorgeschriebenen Formalitäten sind abgemacht. Der geringe Inhalt der Zelle ist zusammengepackt und ausgehändigt worden. Man ist durch die mittelste Halle gegangen, das Herz von Erbarmen zum Springen voll, vorüber an denen, die einem während langer, träger Monate Genossen waren; so manche von ihnen haben noch viele solcher Monate vor sich; es kommt einem so ungerecht vor.

Von seiner Tür halbverborgen steht ein großer, schlanker Gefangener, der, wie man bestimmt glaubt, nur durch einen schrecklichen Justizirrtum hierhergekommen ist\*). Er schüttelt seine eine Hand mit seiner andern, ein stummes, beredtes Lebewohl. Uhr und Ring sind zurückgegeben worden, auch ein paar lose Silbermünzen. Es steht einem frei, fortzugehen, aber es wird einem erlaubt, zu warten — bei einem offenen Feuer zu warten — o lang entbehrter Genuß?

Die Minuten schleichen dahin. Der Nebel wird, wenn möglich, noch dichter als bevor. Acht Uhr. Acht Uhr und fünfzehn Minuten. Der Zeiger rückt weiter. Jede Minute ist übertoll von intensiver Spannung. Man steht oben, am Treppenabsatz, gegenüber, nur wenige Meter, von den großen Torflügeln und versucht umsonst den Dunst zu durchdringen. Aber die Welt dort draußen gibt kein Zeichen. Acht Uhr dreißig. Über einem in der Kapelle werden sie sich jetzt wohl schon versammeln; denn es ist Mittwoch, der Tag, an dem die tödliche Monotonie des Daseins durch einen halbstündigen Gottesdienst barmherzig unterbrochen wird. Jetzt braust die Orgel — oh, wie manches Mal hat man in seinem Herzen dem Orgelspieler gedankt! — dann ein Augenblick der Stille.... und dann, aus siebenhundert Kehlen, das Lied des Trostes und der Hoffnung, das der Lauscher da unten heute zum erstenmal an dieser Stätte hört, das Lied von dem guten Kampf, der gekämpft werden muß. Der Gesang öffnet die Schleusen von einem Strom von Erinnerungen, die fast überwältigen.

Die beiden ersten Verse sind gesungen; die Uhr tickt wie toll. Man steht wieder oben an der Treppe und starrt vor sich hin, mit brennenden Augen, mit vorgebeugtem Haupt.

„Laß deine Sorgen und hoff' auf morgen

Und deines Führers starke Hand!

Ja sein Erbarmen hilft auch uns Armen“....

Achzend tun sich die Torflügel nach innen auf. Ein Meer von Nebel stürzt herein, in wirbelnden Wellen. Aber durch den Nebel hindurch kommt der Klang einer geliebten Stimme.

---

\*) Dies ist wirklich, wie sich später herausgestellt hat, der Fall gewesen.

---

---

## ANHANG II

### ÄUSSERUNGEN BRITISCHER STABSOFFIZIERE ÜBER DEN WELTKRIEG

Als wir in diesen Krieg eintraten, waren wir allzu gutgläubig .... wir glaubten unserer Regierung. Wir wären weiser gewesen, hätten wir auf die U. D. C. gehört und weniger auf die anderen Stimmen. (Hört, hört!) Ich, ein Mann, der in diesem Kriege gekämpft hat, bin stolz, heute auf einer U. D. C.-Plattform mit denen zusammenzustehen, die immer gegen diesen Krieg protestiert und uns gesagt haben, daß wir betrogen würden. Sie hatten recht und wir hatten unrecht. (Beifall.)

Major Attlee, Bürgermeister von Stepney, Vorsitzender der Kingsway-Hall-Versammlung, am 11. November 1920.

Mr. R. H. Tawney M. A.: „Auf jeden einzelnen, der vor einem Jahre erkannt hatte und es aussprach, daß der Friedensvertrag unmoralisch in seiner Entstehung und unheilvoll in seiner Wirkung sei, kommen heute Tausende, die dasselbe behaupten. Wenn auch wenig über die Verträge zu sagen bleibt, das nicht bereits gesagt worden wäre, so ist es dennoch von größter Wichtigkeit, daß im Ausland bekannt werde, daß die zynischen und herzlosen Politiker, welche sie abgeschlossen haben, nicht die eigentliche Stimmung in Großbritannien vorstellen .... Besonders ist es bedeutsam, daß die heutige Demonstration von Männern ausgeht, die im Heere dienen oder gedient haben. Denn diese Verträge werden Interessen dienstbar gemacht, daß die Toten in ihren Gräbern keine Ruhe haben könnten, wüßten sie, für was für Zwecke sie ihr Leben lassen mußten.“

Mr. A. E. Mauder (bis vor kurzem Sekretär des Vereins entlassener Heeresangehöriger): „Ich empfinde es sehr schwer, daß all der Pomp und die Feierlichkeiten des Waffenstillstands-Gedenktages absichtlich geplant sind, um die breiten Massen zu verhindern, sich über das Ergebnis des Kriegs klar zu werden. Ein Dunst von allgemeiner Rührung

wird ausgebreitet, um die häßlichen Tatsachen dahinter zu verbergen. Man fragt sich, was der unbekannte britische Jüngling, der Hauptgegenstand der heutigen Feierlichkeiten, von diesen Ehrenbezeugungen der Nation halten würde, und man meint, sein ironisches Lachen zu hören; denn vergessen Sie nicht, es ist mehr denn wahrscheinlich, daß dieses selben Jünglings Mutter oder Witwe am heutigen Tage Mangel leidet. Und eines ist jedenfalls gewiß: alles das, wofür er gekämpft hat, wofür er den Tod erlitten, ist heute vergessen; denn der Sieg, den er durch das Opfer seines Lebens mitgewonnen hat, er ist zu gemeinen Zwecken des Geschäftsinteresses prostituiert worden.“

Hauptmann E. N. Bennett: „Die fundamentale Lüge, auf die der Vertrag von Versailles aufgebaut ist, ist die Lehre von der Alleinschuld und Alleinverantwortung Deutschlands an diesem Kriege. Kein billig denkender Mensch, der den Krieg und seine Ursachen untersucht, kann dieser Behauptung zustimmen. Aber die Propaganda von Deutschlands Alleinschuld ist so hartnäckig von Kanzel, Presse und Parlament verkündet worden, daß die Masse unseres Volkes sie nachgerade als unerschütterliches Axiom angenommen hat, das die Bedingungen des brutalsten und ungerechtesten Friedens der Weltgeschichte rechtfertigt.“

Major Carey: „Was beabsichtigt die Regierung für die entlassenen Heeresangehörigen zu tun, die lebenden Kameraden der Toten, gleich ihnen die Opfer einer ungerechten Sache?“

Hauptmann G. I. Bell: „Nichts ist heutzutage notwendiger, als den Geist eines tatkräftigen Idealismus wachzuhalten, welchen seit dem Waffenstillstand eine jede Regierung zu verhöhnen und zu zertreten beflissen ist. Der Mantel des Junkertums, den wir zerstört zu haben glaubten, hat sich auf die Schultern aller europäischen Regierungen gesenkt.“

Lieutenant S. S. Cameron: „Es gibt nichts, das mir so am Herzen läge wie die Revision des Versailler Friedens. Diejenigen, die für ihre Ideale gekämpft, können nicht ohne Protest bleiben, wenn ihnen die Früchte ihres Siegs entrissen werden. Der gegenwärtige Geist eines parteiischen und intransigenten Nationalismus ist tief zu beklagen.“

General Herbert Gough: „Man kann den Versailler Friedensvertrag von zwei Gesichtspunkten aus betrachten: dem moralischen und dem rein utilitarischen. Von beiden aus ist er durch und durch schlecht.

Er hat versagt und muß weiter versagen, irgendeinen guten Erfolg zu zeitigen, wie wir, die wir gekämpft haben, ihn uns als Endziel gedacht. Wir hofften auf Gerechtigkeit, auf anständige Beziehungen von Volk zu Volk, auf ehrliches Einhalten gegebener Versprechungen; wir glaubten einen guten und dauernden Frieden zu begründen, der notwendigerweise auf dem guten Willen der Völker aufgebaut sein müßte. Der Friedensvertrag hat nichts von alledem gebracht.“

Major Attlee M. A.: „Als ich an der Front war, habe ich gelegentlich mit den Offizieren und Soldaten, besonders mit den Soldaten, geplaudert und sie gefragt, wofür sie eigentlich kämpften. Und immer wieder erhielt ich die Antwort: daß sie für etwas kämpften, das höher noch sei als König und Vaterland; sie glaubten — alle glaubten wir — daß wir für das Wohl der ganzen Welt kämpften. Und hier ist's, wo der große Verrat eingesetzt hat.“

Captain Edward Gill M. C.: „Als wir zur Front gingen, wurden uns gewisse Dinge gesagt. Bestimmte Zusicherungen wurden den Bewohnern dieses Landes gemacht, und im Lichte dieser Zusicherungen müssen wir den Friedensvertrag beurteilen. Es war uns erklärt worden, dieser Krieg sollte den Krieg vernichten. Zwei Premierminister sagten uns, das Ziel dieses Krieges sei, den Militarismus in der ganzen Welt zu zerstören. Auch wurden wir belehrt, daß wir in diesem Kriege kämpften, um einen Militarismus zu Boden zu werfen, der die kleinen Nationen hinderte, diejenige Regierungsform zu haben, die ihren Bedürfnissen am besten entsprach.... Angenommen, Deutschland hätte gesiegt, angenommen, es hätte unsere militärische Organisation zertrümmert, aber es hätte unsere Bergleute in Wales wie die Galeerensklaven im alten römischen Reiche behandelt, hätte ihnen den letzten Schweißtropfen erpreßt, um den Kriegstribut an Deutschland, Österreich und die Türkei zu zahlen — glauben Sie, daß so der Militarismus in unserm Lande überwunden worden wäre? Glauben Sie, daß unsere Männer sich mit einem Friedensvertrag beruhigt hätten, der sie auf solche Weise mißhandelte?.... Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß wir dergleichen Deutschland angetan haben, obgleich wir Deutschlands militärische Organisation vernichtet hatten; machen wir uns klar, daß wir nunmehr in unserm Lande den Militarismus haben, so sind wir berechtigt, unserer Regierung vorzuwerfen, daß sie das Wort gebrochen, welches sie den Männern gab, als sie in den Krieg zogen. Wohin Sie auch blicken mögen, Sie finden, daß — soweit England in Betracht kommt — jedes Versprechen, jede Bürgschaft gebrochen wurde, die wir beim Beginn des

Krieges gegeben. ....Eins habe ich in diesem Kriege gelernt: daß der Krieg nie etwas endgültig abschließt. Die Lehre für uns aber ist diese: Es ist uns nicht gelungen, die Ideale zu erringen, die durch Gewalt zu erringen wir für möglich hielten. Wir müssen uns nach andern Waffen umsehen.“

Commander Kenworthy R. N. M. P., Major Barnes M. P., Colonel Bruce Kingsmill M. A. und Mr. John Beckett (Exvorsitzender des Vereins für frühere Heeresangehörige) hielten gleichfalls Ansprachen in der Versammlung, welche, sei es persönlich, sei es schriftlich, auch durch Brigadegeneral C. B. Thomson, Commander Grenfell R. N., Major Leigh-Aman D. S. O., Major Cyprian Bridge, Captain James O'Grady M. P., Lieutenant Kennedy Lindsay, Captain W. G. Hall, Captain C. D. Kendall, Major Graham Pole, Lieutenant Ernest Thurtle, Lieutenant J. H. Macrae Gibson, Councillor C. A. G. Manning, Captain J. L. Stocks, Lt. Col. W. F. Wright u. a. unterstützt wurde.

---





# WAS EUROPA GESCHEHEN IST

VON FRANK A. VANDERLIP

Deutsch herausgegeben von R. von SCHOLTZ

Geheftet Mk. 15.—; gebunden Mk. 21.—

*Die Aufzeichnungen Frank Vanderlips, des hervorragenden amerikanischen Finanzmannes, sind eine der ersten sachlichen Erörterungen über die Folgen des Krieges für die Weltwirtschaft, die aus der Neuen Welt zu uns gelangt sind. Der Verfasser ist als einer der wenigen ausländischen Führer anzusehen, die geeignet sind, auch uns Deutschen einen weiteren Blick für die Wirtschaftslage der europäischen Staaten und Richtlinien für die zukünftige Gestaltung Europas zu geben.*

---

Dr. GUSTAV CASSEL (Stockholm)

## DAS GELDPROBLEM DER WELT

Deutsch herausgegeben von Dr. FRIEDRICH STIEVE

Geheftet Mark 12.—

*Hiermit wird das Memorandum, das der bekannte schwedische Nationalökonom Gustav Cassel im vorigen Jahre der internationalen Finanzkonferenz in Brüssel vorgelegt hat, bereichert um einige Aufsätze über Themen, die damit im Zusammenhang stehen, der Öffentlichkeit übergeben. Die verwickelten Probleme der heutigen Finanzlage werden in ungemein faßlicher, auch dem Laien verständlicher Weise dargelegt, und zugleich werden die Mittel und Wege namhaft gemacht, die nach Ansicht des Verfassers allein zur Gesundung der wirtschaftlichen Lage Europas führen können: nur in dem Aufgeben der wirtschaftlichen Ausbeutungspolitik der Siegerstaaten sieht Cassel die Möglichkeit, Sieger und Besiegte vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten.*

---

## ZUR REFORM DES POLITISCHEN DENKENS

VON Dr. ELIAS HURWICZ

Geheftet Mark 9.—

*Es ist durchaus kein Zufall, daß die beiden Staaten, die jetzt am tiefsten darnieder liegen, Deutschland und Rußland, zugleich Länder der höchsten Entfaltung des politischen Doktrinarismus sind. Es besteht vielmehr zwischen diesen beiden Tatsachen eine unverkennbare innere Verknüpfung. Der Verfasser bekämpft diesen Typus politischer Mentalität. Er stellt in seiner ungemein interessanten Schrift dem politischen Doktrinarismus Rußlands und Deutschlands die politische Kunst der Engländer gegenüber. Die aus dieser Gegenüberstellung für Deutschland sich ergebenden Lehren werden sodann speziell auf dem Gebiete des politischen Parteiwesens, der politischen Presse und der politischen Volkserziehung zur Formulierung bestimmter Vorschläge verwendet. Die Erfüllung dieser Vorschläge können wir vorerst vielleicht nur erhoffen. Wir dürfen aber nicht untätig bleiben, uns zu jenen Wegen durchzuarbeiten, die der Verfasser uns aufzeigt.*

---

DREI MASKEN VERLAG MÜNCHEN

Mandruck G. m. b. H., München

